

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

lfd. Nr.	Titel Bürgervorschlag	Text Bürgervorschlag	Potential-schätzung Autor	Anzahl Kommentare	Anzahl Bewerbungen	pro	Contra	pro / contra	Stellungnahme der Verwaltung	Potential-schätzung Verwaltung (€)
1	365 Tage 24h Umsetzung des Bußgeldkataloges - Ausbau Ordnungsdienst	Die Stadt Solingen verfügt über einen Bußgeldkatalog der in weiten Zügen nicht angewendet wird und wenn nur während der üblichen Arbeitszeiten. Außerhalb der eigentlichen Innenstadtlagen findet keine nennenswerte Überwachung des ruhenden Verkehrs statt. Parken auf Anwohnerparkplätzen nach 18:00 stellt null Risiko dar, ebenso im absoluten Halteverbot. Vernachlässigung der Verkehrssicherungspflicht im Winter wird ganz offensichtlich nicht einmal an den Hauptstraßen verfolgt. Die Stadt lässt mutwillig das Geld auf der Straße liegen. Regenrinnen die sich auf die Straße ergießen? Dafür ist ein Bußgeld vorgesehen, Verfolgung in Solingen? Null. Ständige Befahrung der Fußgängerzone? Interessiert niemand in Solingen. Verschmutzung von Tierkot wird überhaupt nicht verfolgt. Man hat den Eindruck es geht Solingen noch viel zu gut. Evt. bestände eine Kombinationsmöglichkeit mit dem Vorschlag des Streifendienstes? Zahlen aus ganz NRW zeigen, dass ein gut ausgebautes Ordnungsamt ein deutliches Plus erzielt, pro Mitarbeiter sind es statistisch bis zu 30.000 €. Das bisher absolut minimalistisch besetzte Ordnungsamt in Solingen ist völlig überlastet und kann nicht effektiv arbeiten, auch wenn die Mitarbeiter wirklich engagiert sind. Entsprechend müssen mehr als die für den Streifendienst vorgesehenen Stellen geschaffen werden. Durch eine restriktive Ordnungspolitik könnte Solingen sich als attraktiver Wohnstandort positionieren. So wie es jetzt gehandhabt wird ist Solingen in vielen Teilen rechtsfreier Raum geworden. Im wahrsten Sinne kaputt gespart. Es geht nicht darum einen Überwachungsstaat zu schaffen, es geht darum bestehende und nicht ohne Grund erlassene Vorschriften wieder zur Geltung zu bringen.	keine Angabe	6	66	56	10	46	Im Auftrag des Rates wurde bereits sein Gesamtkonzept zur Ordnung, Sicherheit und Vorbeugung erstellt, welches u. a. die deutliche Ausweitung der Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes beinhaltet. Die dazugehörige Informationsvorlage (1786) wurde zur ersten Lesung im Juni 2016 in den Haupt- und Personalausschuss sowie in den Rat eingebracht und wird aktuell überarbeitet. Es folgt dann eine erneute Beratung in den Gremien. Voraussetzungen, finanzielle Auswirkungen sowie mögliche Kooperationen werden in der o.g. Vorlage aufgeführt. Angaben betreffend Einsparungen werden in dem o.g. Konzept nicht thematisiert und können aufgrund der unterschiedlich betroffenen Aufgabenbereiche derzeit nicht eingeschätzt werden. Der Hinweis wird jedoch aufgenommen und mit berücksichtigt.	0
2	Nächtliche Abschaltung von Ampeln	Wer hat nicht schon nachts an einer leeren Kreuzung vor einer roten Ampel gestanden? Dies kostet die Stadt Energie, die Bürger Kraftstoff und Zeit und die Anwohner werden durch unnötige Abgase belastet. Die ausgeschaltete Ampel an der Kölner Straße zeigt, dass es selbst tagsüber funktioniert. Warum sollte das nicht auch nachts an übersichtlichen Kreuzungen gehen? Gefährliche Kreuzungen sollten natürlich weiterhin 24h/Tag geregelt bleiben.	10.000 bis 50.000 EUR	10	100	95	5	90	Von den 150 Lichtsignalanlagen (LSA) im Stadtgebiet werden aktuell 50 nachts bereits abgeschaltet. Die Lichtsignalanlagen, die sich für eine Nachtabschaltung eignen, wurden zuletzt im Jahre 2008 anhand eines Prüfrasters ermittelt, welches Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßenwesen (FGSV) enthält und in erster Linie auf die örtlichen Gegebenheiten und die daraus resultierenden sicherheitsrelevanten Aspekte abstellt. Die Kostenersparnis bei einer Nachtabschaltung einer LSA liegt bei ca. 150,- € im Jahr. Für weitere Abschaltungen müsste das Prüfraster erneut zugrunde gelegt und anschließend die Stellungnahme der Polizei bzgl. der jeweiligen Unfalllage eingeholt werden. Das Finanzressort geht dabei von mindestens 20 weiteren Abschaltmöglichkeiten aus, was einer Einsparung von ca. 3.000 € / Jahr entsprechen würde.	3.000

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

3	Nächtliche Schließung öffentlicher Anlagen	<p>Es ist leider schon seit längerem bekannt, dass öffentliche Parks und Grünflächen als Umschlagplätze für kriminelle Machenschaften fungieren. In Solingen gibt es gleich einige dieser Punkte. Da das Personal in den öffentlichen Sicherheitseinrichtungen wahrscheinlich auch in Zukunft eher ab-, als zunimmt, sollte hier doch in erster Linie über eine Eindämmung der Krisenherde nachgedacht werden. Bedenkt man, dass etwa nach 22:00 kaum noch ein "normaler Mensch" durch einen der zentralen Stadtparks spaziert, weil es heutzutage leider viel zu unsicher geworden ist, dann sollte man sich doch fragen, welche Alternative zu einer Überwachung der Anlagen noch bleiben. Stellen Sie sich bitte die Frage, wer hält sich noch nach 22:00 in einem Stadtpark auf und hat dabei noch etwas "Gutes" im Sinn?</p> <p>- Es sind in aller Regel Trinker, Drogenabhängige, Jugendliche, die Party machen wollen und fast alle sorgen dabei für Ruhestörung, Randalen und Sachbeschädigung! Ich weiß wovon ich rede, wir wohnen Luftlinie 20 Meter von einem Park entfernt! Kameraüberwachung ist im Land NRW streng eingeschränkt, evtl. gar nicht möglich. Wieso also nicht ein Aufenthaltsverbot ab 22:00 Uhr einführen? Die Lampen in den Parks könnten bis 06:00 Uhr abgeschaltet werden. Wüssten Anwohner von einem Verbot, so könnte immer noch die Polizei hinzugezogen werden und bauliche Maßnahmen, wie Ein- und Ausgänge zu verschließen könnte man sich sparen. Der Aufenthalt könnte mit einer Strafe in Form von Platzverweis, Bußgeld oder sonstiger Maßnahmen verbunden sein. Dies dann Juristisch zu bewerten, gilt sicherlich den Verantwortlichen. Doch so wie der Zustand im Moment ist, kann es einfach nicht bleiben! Das potenzielle Ersparnis errechnet sich wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanierungsarbeiten wegen Vandalismus gehen zurück (weniger Personalkosten) - Strom und Wartungskosten für die Laternen werden dezimiert - Entsorgung von Müll (der vorwiegend durch feiernde Menschen entsteht) wird drastisch reduziert - Anstelle von zusätzlichen Mitarbeitern können durch Aufklärung der Bevölkerung gezielte Kontrollen angefahren werden <p>Und als wichtigstes, wenn auch nicht in finanzieller Hinsicht: Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger steigt! Besonders bei denen, die nahe solcher Hotspots wohnen!</p>	50.000 bis 100.000 EUR	11	44	21	23	-2	<p>Eine Schließung öffentlicher Grünanlagen nach 22.00 h ist vor dem Hintergrund der Einsparungsüberlegungen wirkungslos. Die vom Bürger zugrunde gelegte These, dass sich nach 22 h nur noch Kriminelle und keine „normalen Menschen“ in öffentlichen Grünanlagen aufhalten, lässt sich nicht bestätigen. Auch kann nicht bestätigt werden, dass ein über die Maßen stattfindender Vandalismus nach 22h erfolgt, der ein generelles Aufenthaltsverbot rechtfertigen würde. Die Korkenzieherbahn, als öffentliche Grünanlage, wird z.B. seit einiger Zeit beleuchtet, um sie auch am Abend nutzbar zu machen. Die Resonanz dazu ist in der Bevölkerung und der Politik positiv. Die Tatsache, dass z.B. Jugendliche Bänke in Grünanlagen und an Spielplätzen als Treffpunkt nutzen gehört zum urbanen Leben einer Stadt mit ca. 160.000 Einwohnern dazu. Argumentative Vorbereitung und Beschlussfassung wären notwendig. Für den Bereich der Spielplätze und der Freizeitanlagen (Skateranlagen, Basketballanlagen, Kleinfeldspielanlagen) gilt der § 11 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Straßen und in den Anlagen des Gebietes der Stadt Solingen (Straßenordnung). Danach ist das Betreten von Kinderspielplätzen Personen über 14 Jahre nur gestattet, wenn sie Kinder begleiten, beaufsichtigen oder abholen. Dies gilt nicht für Spielplätze, die dem Spiel von Jugendlichen ab 14 Jahren gewidmet sind. Hierbei handelt es sich dann meist um Anlagen, die als Freizeitanlagen eingestuft werden können. Hier gilt, dass das Verweilen von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr auf öffentlichen Freizeitanlagen nicht gestattet ist. Zudem gilt, dass auf von der Stadt für besondere Zwecke zur Verfügung gestellten Flächen wie Kinderspielplätzen und Spielplätzen jeglicher Konsum von Alkohol, Nikotin und Drogen untersagt ist. Im Ergebnis bedeutet dies, dass es für die Spielplätze bereits das im Bürgervorschlag gewünschte Aufenthaltsverbot gibt. Auch ist eindeutig beschrieben, was man auf den Flächen nicht darf (Alkohol, Drogen, Nikotin). Verstöße gegen den § stellen bereits jetzt eine Ordnungswidrigkeit dar und können entsprechend geahndet werden. Ein Problem ist es, dieses Aufenthaltsverbot bei 204 Spielplätzen in der Praxis umzusetzen. Bauliche Maßnahmen (Tore, Schließdienst) haben in "Pilotprojekten" leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Ungedeckte Flächen wie Spielplätze, können anders als Gebäude (gedeckte Einheiten) leider nicht zugangssicher verschlossen werden. Tor- und Zaunanlagen werden überstiegen. Unabhängig davon können die Anlagen aus Kostengründen auch nicht flächendeckend mit Toren versehen und mit einem Schließdienst gesichert werden. Auch können die Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen nicht mit eigenem Personal überwacht werden. Im Rahmen der gegebenen personellen Möglichkeiten werden die Flächen durch die Polizei und die Ordnungsbehörde in die Bestreifung aufgenommen. Auffällige Flächen werden dabei im Rahmen der Möglichkeiten in eine verstärkte Bestreifung genommen. Bei festgestellten Verstößen gegen die Straßenordnung werden die Personalien festgestellt und Platzverbote erteilt. Bei wiederholten Verstößen erfolgen schriftliche "Hausverbote". Parallel begeht das Jugendamt die auffälligen Flächen mit Mitarbeitern, die Kontakt zu den Jugendlichen aufnehmen und durch Angebote Änderungen im Verhalten zu erreichen versuchen. Der Bürgervorschlag läuft daher, bezogen auf die Spielplatzflächen, ins Leere. Einsparmöglichkeiten werden nicht gesehen.</p>	0
---	--	---	------------------------------	----	----	----	----	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

4	Stop von Ko- und Mischfinanzierungsmaßnahmen	<p>In Solingen hat sich eine Kultur der "Mitnahme"-Finanzierung etabliert. Es wird Geld ausgegeben, welches die Stadt gar nicht hat. Weil es vordergründig aus Landes-, Bundes- oder EU-Mitteln kommt. Diese werden aber letztendlich doch auch wieder von Solingern bezahlt. Es werden Maßnahmen in Angriff genommen die nicht überlebensnotwendig sondern maxiaml in die Rubrik "wäre nett wenn..." fallen. Die Bürger werden getäuscht durch Aussagen wie: "Solingen muss nur 10% der Kosten tragen...". Letztendlich werden aber oft die Folgekosten nicht erwähnt oder mit der Förderung verbundene Auflagen. Das Kernproblem ist, dass die Stadt Solingen durch diese ach so günstige Finanzierungsform Probleme löst die gar nicht elementar sind. Solingen hat inkl. der verbundenen Unternehmen Schulden von fast 1 Mrd. €, baut aber den Entenpfuhl um. Zitat aus dem Solinger-Tageblatt: "Mit der aufgehübschten Straße – hier gibt es jetzt Sitzmöglichkeiten und neue Pflanzen in großen Beeten – und dem umgestalteten Entenpfuhl hat die Stadt städtebaulich für rund 900 000 Euro mit Landeszuschüssen optisch eine Menge getan." An anderer Stelle bricht die Substanz weg. Ohne die Landeszuschüsse wäre niemand in Solingen auf die beklopfte Idee gekommen. Was eine Stadt sich nicht SELBST leisten kann, sollte sie auch nicht umsetzen!</p>	k.A.	7	57	37	20	17	<p>Um den Herausforderungen des Strukturwandels in der Stadt Solingen, welcher sich in unterschiedlicher Form, z. B. durch städtebauliche Missstände, infrastrukturelle Mängel oder soziale Probleme teilweise in bestimmten räumlichen Bereiche manifestiert, zu begegnen, wird die Möglichkeit genutzt, Fördermittel z. B. des Bundes und des Landes in Anspruch zu nehmen. Grundlage für die Inanspruchnahme von Fördermitteln sind sog. Integrierte Handlungskonzepte, die auf der Basis von ausführlichen Analysen und Bürgerbeteiligungen erarbeitet werden und im Ergebnis ein Bündel von unterschiedlichen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen enthalten, welche dann politisch beschlossen werden müssen. Im Falle der angesprochenen Umgestaltung der Unteren Hauptstraße und des Entenpfuhls waren beispielsweise alle Anwohner und Eigentümer in dem Bereich (auch Kinder und Jugendliche) im Rahmen vieler Veranstaltungen beteiligt worden. Wenige Bauprojekte in Solingen sind mit so einer umfangreichen Beteiligung begleitet worden. Städtebaufördermittel haben das Ziel, städtebauliche Missstände zu beseitigen und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel zu meistern, um auch in Zukunft die notwendige Daseinsvorsorge gewährleisten zu können. Die umgesetzten Maßnahmen leisten demnach einen Beitrag für eine ganzheitliche/integrierte Stadtentwicklung in den einzelnen Programmgebieten. Daher werden neben städtebaulichen auch wirtschaftliche und soziale Probleme behandelt. Jeder Euro der durch Städtebaufördermittel eingesetzt wird, wird durch private Investitionen vervielfacht. Bei einer öffentlichen Förderung von einem Euro wird so durchschnittlich 1,70 Euro aus privater Hand in einem Fördergebiet investiert. Durch einen Verzicht auf die Maßnahmen und die Einsparung der (zweckgebundenen) Mittel, könnten die Fördermittel nicht für andere Maßnahmen eingesetzt werden. Der Entenpfuhl bedurfte als Eingangstor zur Innenstadt dringend einer Aufwertung und ist nach der Aufwertung des Alten Marktes eine logische Konsequenz bei der Aufwertung des öffentlichen Raumes in der Innenstadt. Öffentliche Investitionen in die Aufenthaltsqualität und die regelmäßige Beratung der Eigentümer und potenzieller Ansiedler durch das Innenstadtbüro waren und sind hier wichtig, um eine weitere strukturbedingte Abwärtsspirale zu vermeiden. Folgekosten und Unterhaltskosten werden bei einer Projektplanung immer einkalkuliert und bei baulichen Maßnahmen berücksichtigt. Bei der Umsetzung wird immer auch abgewogen, welche Materialien in Bezug auf Langlebigkeit und Pflegeaufwand finanziell am sinnvollsten sind. Zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme sind keine Investitionen und keine Stellenschaffungen nötig. Bei Verzicht auf sämtliche Städtebauförderungsmaßnahmen kann der städtische Eigenanteil eingespart werden. In der Folge verfallen jedoch die Fördermittel, da sie nicht für andere Zwecke eingesetzt werden können. Die Möglichkeit zur Umsetzung wichtiger Strukturmaßnahmen in betroffenen Quartieren wäre unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltslage auf unbestimmte Zeit nicht mehr vorhanden.</p>	0
5	Schließung Klingengemuseum - oder Überführung in private Trägerschaft	<p>Auszug aus Internseite der Stadt Solingen: Betreiber: Stadt Solingen Personalstärke: 6,4 Stellen, ca. 35 Ehrenamtler mit 1.600 Std./a Besucher im Jahr: ca. 22.000 zahlende + ca. 4000 freier Eintritt bei Eröffnungen etc. Finanzielle Beziehung zur Stadt: jährlicher Zuschussbedarf rd. 700 TEUR 31,81 € Zuschuss PRO Besucher! Das Museum ist Luxus! 6,4 Stellen, davon 1,85 Beamtenstellen.... Auch wenn die Verwaltung diesen Vorschlag gestrichen hat, es geht nicht um einmalige Einsparungen von 600 oder 700 t€ sondern um JÄHRLICHE Einsparungen. Das Museum kann gerne in eine private Trägerschaft überführt werden, eine Stiftung oder was auch immer. Aber die Stadt muss erst einmal Ihre Kernaufgaben erfüllen und nicht Spezialmuseen betreiben. Die Sammlung könnte gut in das Freilichtmuseum Hagen überführt werden.</p>	über 100.000 EUR	5	78	35	43	-8	<p>Die Maßnahme Schließung des Klingengemuseums ist grundsätzlich umsetzbar. Allerdings muss die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme bezweifelt werden, wenn die Klingengemuseum Solingen ihr Klingengemuseum schließt. Schließlich leistet das Klingengemuseum einen wichtigen Beitrag zur Marke Klingengemuseum Solingen. Deshalb hat die Sammlung auch nichts im Freilichtmuseum Hagen zu suchen. Eine Überführung in private Trägerschaft ist grundsätzlich möglich, wird aber nicht den erwünschten wirtschaftlichen Erfolg bringen. Eine materielle Privatisierung, d.h. ein externer Dritter übernimmt das Klingengemuseum, wird aufgrund der Verlustsituation nicht möglich sein, da ein solches Museum nicht gewinnbringend betrieben werden kann. Auch die formelle Privatisierung, d.h. es wird eine privatrechtliche Rechtsform gewählt, die Stadt Solingen bleibt aber Trägerin bzw. Gesellschafterin, wird nicht zu der erhofften Einsparungen führen. In der privaten Rechtsform entstehen Kosten wie Buchhaltung, Jahresabschlussprüfung etc., die zurzeit nicht anfallen. Analog zu den anderen Kulturbetrieben der Stadt Solingen. Die formelle Privatisierung erhöht nur die Transparenz in Bezug auf den wirtschaftlichen Erfolg einer Einrichtung. Es entstehen durch die Gründung einer Gesellschaft Kosten, die das Ergebnis belasten und sich letztlich nicht amortisieren. Um die Arbeit des Deutschen Klingengemuseums zu unterstützen, haben die „Freunde des Deutschen Klingengemuseums e.V.“ 2009 eine Stiftung gegründet, ausgestattet mit einem anfänglichen Grundbetrag von 140.000 Euro. Das Stiftungskapital soll wachsen und in Zukunft – zusätzlich zur städtischen Trägerschaft - eine dauerhafte private Basis für die Existenzsicherung des Museums schaffen." Das bedeutet, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt die Finanzierung über die Erträge der Stiftung erfolgen könnte, sofern genügend Stiftungskapital vorhanden wäre.</p>	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

6	verbessertes Stadtmarketing für Solingen als lebenswerter Wohnort	Als täglicher Pendler nach Köln erlebe ich Solingen (als gebürtiger Solinger) jeden Tag als eine Ruheoase wo ich mich zurückziehen kann und von der stressigen Arbeit erholen kann. In Gesprächen mit meinen Arbeitskollegen stelle ich immer wieder fest, wie günstig es ist (im Vergleich zu Langenfeld, Leichlingen, Einzugsgebiet Düsseldorf und Köln), hier schön und ruhig zu wohnen. Mehr gut-situierte Einwohner, gerade Pendler in die umliegenden Großstädte als Steuerzahler nach Solingen zu bekommen, sollte ein wichtiges Ziel in der Stadtentwicklung sein. Dazu benötigen wir ein Konzept für neue bezahlbare Grundstücke mit gutem Anschluss an den ÖPNV oder zur Autobahn. Auch hier sollte noch einmal über einen besseren Anschluss der A3 an Solingen nachgedacht werden. Die richtigen Schritte wurden ja schon in Richtung neue KiTa's unternommen, Solingen sollte nur auch für Pendler mehr interessant werden. Diese dafür notwendigen von mir nicht ermittelbaren Kosten sind notwendig, um nachhaltige und steigende Steuereinnahmen für die Stadt zu generieren. Dies in Zusammenarbeit mit der Ansiedlung von neuen Firmen (Gewerbesteuern) kann zu einer schnelleren Entschuldung von Solingen beitragen.	keine Angabe	6	51	41	10	31	Die Verbesserung der Anbindung an die A3 wird seit Jahren diskutiert. Die Maßnahme besteht zum einen aus der Verlängerung der Viehbachtalstraße (L405) von Ober der Mühle nach Landwehr und des Neubaus der B229 von Landwehr zum Autobahnkreuz Langenfeld. Beide Maßnahmen liegen nicht in der Zuständigkeit der Stadt Solingen. Die L405 ist im Landesstraßenbedarfsplan als „nachrangig zu planen“ eingestuft, im Bundesverkehrswegeplan wurde die B229 nicht berücksichtigt. Die Anbindung an die A3 über die Straße Hardt wurde jedoch erst vor kurzem mit einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur versehen, was zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit führte. Im Hinblick auf die Entwicklung des Wohnstandortes Solingen wird derzeit, begleitet durch ein externes Fachbüro und in enger Abstimmung mit den Solinger Wohnungsmarktakteuren, ein Handlungskonzept Wohnen erarbeitet, welches als strategische Grundlage für die Entwicklung des Solinger Wohnungsmarktes fungieren soll. Im Rahmen des Konzeptes geht es auch um das Thema Wohnungsneubau und die Mobilisierung von Flächen an geeigneten Standorten. Voraussetzung für eine Umsetzung der Straßenbaumaßnahmen sind sowohl die Höherstufung im Landesstraßenbedarfsplan als auch die Aufnahme im Bundesverkehrswegeplan. Einsparungen, die sich im städtischen Haushalt niederschlagen, sind nicht zu erzielen.	0
7	Antrag auf eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten zu wissenschaftlichen Zwecken.	Die Stadt Solingen soll beim BfArM einen Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung zu Forschungszwecken, bezüglich der kontrollierten Abgabe von Cannabis stellen! Dadurch würden Kosten bei der Verfolgung von Konsumenten und Konsumentinnen eingespart. Zudem würden dem Schwarzmarkt Einnahmen entzogen, was die Finanzierung ernstzunehmender Folgekriminalität einschränkt und die Stadt somit sicherer macht. Die Stadt Solingen könnte entweder durch Steuern oder den kontrollierten Verkauf der Cannabisprodukte Geld einnehmen. Die Maßnahme könnte Solingen sowohl als Lebens-, als auch als Wirtschaftsstandort attraktiver machen.	über 100.000 EUR	3	48	19	29	-10	Bei dem Antrag geht es nicht um eine spezielle Regelung für Solingen, sondern um die generelle Freigabe von Cannabisprodukten. Dafür müsste eine bundesgesetzliche Grundlage geschaffen werden.	0
8	Ampelanlagen durch Zebrastreifen ersetzen	Der Ersatz von Ampelanlagen durch Zebrastreifen spart die jährlichen Wartungsarbeiten von ca. 6000€ je Ampel.	10.000 bis 50.000 EUR	7	72	64	8	56	Bei allen Ampelanlagen, die störanfällig sind bzw. erneuert werden müssen, wird geprüft, ob die Signalanlage noch benötigt wird oder durch Zebrastreifen oder Querungshilfen ersetzt oder ersatzlos beseitigt werden kann. Aktuell wird der Abbau der Anlage Kölner Straße /Birkerstraße in den politischen Gremien beraten. Die Unterhaltungskosten einer Fußgängerampel betragen 2.500,- € im Jahr. In den Kosten sind alle Wartungen, Lampenwechsel, Ersatzmaterialien und Entstörungen inbegriffen. Bei der Anlage eines Zebrastreifens ist es nicht ausreichend, die Fahrbahn zu markieren sowie zwei Schilder aufzustellen. Es muss das komplette Beleuchtungsniveau am Fußgängerüberweg angepasst werden. In der Regel müssen dafür mehrere neue Beleuchtungsmasten gesetzt werden. Weitere Ampelanlagen sind zurzeit in der Prüfung. Ob ein Zebrastreifen wirtschaftlicher ist als der Neubau einer Signalanlage muss in jedem Einzelfall geklärt werden.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

9	Aktives Beschaffungsmanagement Stadtbücherei	Wenn man beim jährlichen Bücherverkauf der Stadtbücherei sich umschaute, dann wundert man sich immer wieder was alles an Büchern für die Bibliothek gekauft wurde und wird. Auf dem letzten Bücherverkauf habe ich mir (für 1,- €) das wunderschöne Buch "Geschmacksschule" gekauft. Das Buch kostet neu 99,- ! Dem Zustand nach wurde es fast nie ausgeliehen. Es ist auch fraglich zu welchem Zweck BWL Fachliteratur/Studienliteratur angeschafft wird. Das ist Aufgabe der Universitätsbibliothek. Es tut mir leid es so zu sagen, aber anscheinend können sich hier noch ungebremst Schöngesteister ausleben. Hier sollten klare Regeln aufgestellt werden was gekauft werden darf. Und auch beim Verkauf dürfen die Bücher nicht anschließend verramscht werden. Neben der Geschmacksschule habe ich einige Springer Fachbücher aus dem Maschinenbau für Kleckerbeträge erwerben können. Hier wird Geld ohne Ende verschwendet.	10.000 bis 50.000 EUR	3	59	47	12	35	Die Stadtbibliothek Solingen, als Kultur- und Bildungseinrichtung, hat das Ziel den Medienzugang für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und ein fachlich ausgewähltes aktuelles Medienangebot sicher zu stellen. Dafür erhält sie einen Medienetat, der in den letzten Jahren kontinuierlich gekürzt worden ist. Um dieses Ziel weiterhin aufrecht zu halten, ist ein Mindestbetrag des Medienetats notwendig. Das Medienangebot umfasst natürlich auch, neben den Universitätsbibliotheken, Sachliteratur für Schülerinnen und Schüler sowie für die berufliche Aus- und Weiterbildung, wobei es gerade bei der Sachliteratur die aktuelle Auflage sein sollte. Dass sich „Schöngesteister ungebremst ausleben können“, wird zurückgewiesen, da die Diplom-Bibliothekarin und Diplom-Bibliothekare das Medienangebot bedarfsgerecht und kompetent auswählen. Auch erhält die Stadtbibliothek von außen erhebliche Geschenke, die dann von den zuständigen Lektoren eingearbeitet werden. Ältere Medien (das angesprochene Buch war ca. 9 Jahre im Bestand der Stadtbibliothek) werden ausgeschieden und den Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines „Bücherflohmarktes“ angeboten, da das Medium Buch stark abhängig von der Aktualität des Inhaltes ist. Die Einnahmen des „Bücherflohmarktes“ fließen zurück in den Haushalt. Das vom Autor geschätzte Einsparpotential kann durch die Verwaltung nicht bestätigt werden.	0
10	Autobahnanbindung	Um Solingen wieder attraktiver für Firmen zu machen, die jetzt häufig in die Nachbarstädte ziehen, braucht die Stadt unbedingt eine verbesserte Infrastruktur, heißt ein Ausbau der Viehbach an die A3. Die jetzigen Möglichkeiten, auf die Autobahn zu gelangen, sind nicht ausreichend und attraktiv.	k.A.	9	89	64	25	39	Die Verbesserung der Anbindung an die A3 wird seit Jahren diskutiert. Die Maßnahme besteht zum einen aus der Verlängerung der Viehbachstraße (L405) von Ober der Mühle nach Landwehr und des Neubaus der B229 von Landwehr zum Autobahnkreuz Langenfeld. Beide Maßnahmen liegen nicht in der Zuständigkeit der Stadt Solingen. Die L405 ist im Landesstraßenbedarfsplan als „nachrangig zu planen“ eingestuft, im Bundesverkehrswegeplan wurde die B229 nicht berücksichtigt. Die Anbindung an die A3 über die Straße Hardt wurde jedoch erst vor kurzem mit einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur versehen, was zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit führte. Voraussetzung für eine Umsetzung der Straßenbaumaßnahmen sind sowohl die Höherstufung im Landesstraßenbedarfsplan als auch die Aufnahme im Bundesverkehrswegeplan.	0
11	Einnahme	Wenn möglich Parkscheinautomaten Untengönrather Strasse.	0 bis 10.000 EUR	3	29	11	18	-7	Im Bereich Mittelgönrath wurde im Juni 2016 das Bewohnerparken eingerichtet, da die Schule und Mitarbeiter der Betriebe in Scheuren ihre Fahrzeuge in Mittelgönrath abgestellt haben. Wir haben mit dem Weyersberg schmerzvoll erfahren, was die Bewirtschaftung für die Umgebung bedeutet und mussten die Bewirtschaftung wieder aufheben. Dasselbe würde hier auf der Untengönrather Straße passieren. Weder Lehrer, Schüler oder Beschäftigte würden Parkgebühren entrichten, da es sich um Langzeitparker und keine Kurzzeitparker handelt. (Ein Parkautomat ist in der Regel auf eine Parkdauer von 2 Stunden ausgelegt, in Ausnahmefällen gibt es ein Tagesticket für 5 Euro). Es gibt jedoch keine Nachfrage für Kurzzeitparker, da auf der Untengönrather Straße keine entsprechenden Nutzungen (Einzelhandel, Dienstleistungsbetriebe) vorhanden sind, die ein bewirtschaftetes Kurzzeitparken rechtfertigen würden. Daher kann das mögliche Einsparpotential durch die Verwaltung nicht bestätigt werden.	0
12	Einnahmen	Schaffung einer Pferdesteuer. Es ist nicht einzusehen warum Hundebesitzer Steuern zahlen müssen und Pferdebesitzer nicht.	50.000 bis 100.000 EUR	24	126	72	54	18	Im Finanzausschuss der Stadt Solingen wurde noch am 16.06.2016 die Einführung einer Pferdesteuer beraten, siehe Informationsvorlage Nr.1734. Dem Gremium wurde die Meinung der Verwaltung dargelegt, von der Einführung einer Pferdesteuer in Solingen abzusehen und die Gründe erläutert. Der Finanzausschuss nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis. Eine Weiterverfolgung des Prüfauftrages zwecks Einführung einer Pferdesteuer wurde von Seiten der Ausschussmitglieder weder diskutiert noch initiiert. Auch der Oberbürgermeister nimmt derzeit - mit bindender Wirkung für die Verwaltung – eine ablehnende Haltung zur Einführung dieser Steuer ein und geht auf Basis der Diskussion im Finanzausschuss davon aus, dass diese Haltung auch von der Ratspolitik geteilt wird. Dabei ist die zukünftige inhaltliche Ausrichtung des Landesgesetzgebers weiterhin kritisch zu beachten.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

13	Umgestaltung des kleinen Parkplatzes an der Elisenstraße gegenüber Entenpfuhl	Wenn noch möglich sollte dieses Vorhaben nicht mehr umgesetzt werden. Die Parkplätze sollten erhalten bleiben. Eine weitere Spielfläche mit fragwürdiger Aufenthaltsqualität ist zu vermeiden.	50.000 bis 100.000 EUR	7	56	46	10	36	Der Beschluss zur Umsetzung der Baumaßnahme wurde durch die politischen Gremien BV Mitte am 21.04.2016 und ASUKM am bzw. 20.06.2016 gefasst. Ein Verzicht auf die Umsetzung wäre somit politisch zu beschließen. Eine Umsetzung ist bis Ende 2019 möglich. Derzeit ist mit der Umsetzung noch nicht begonnen worden, um auch die Entwicklungen im Umfeld – speziell die Ergebnisse des städtischen Wettbewerbs zur Entwicklung der Omega-Fläche - noch in die Planungen einbeziehen zu können. Zur Umsetzung können Fördermittel des Landes in Höhe von 274.210 € in Anspruch genommen werden. Zuzüglich fällt ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 68.533 € an. Bei Verzicht auf die Umbaumaßnahme kann der städtische Eigenanteil eingespart werden. Allerdings sind damit die Fördermittel nicht mehr verfügbar und können auch nicht für einen anderen Zweck eingesetzt werden. Insofern ist eine Möglichkeit für eine Umgestaltung des Bereiches unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltslage auf unbestimmte Zeit nicht mehr vorhanden.	68.600
14	Schwimmbad Vogelsang	Standortfrage	k.A.	1	10	6	4	2	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
15	Parkgebührenerhöhung	In der sonderliste habe ich gesehen, dass eine Parkgebührenerhöhung um 20% ein Kaputtsparen sein soll?! Seit wieviel Jahren sind die Pargebühren nicht erhöht worden? Ist doch schon ewig her. Also: 20% rauf, 400.000 € mehr im Stadtsäckel. Das ist jedenfalls besser als die Schließung von Einrichtungen.	über 100.000 EUR	4	68	36	32	4	Eine Umsetzung der Maßnahme wäre generell möglich, ein politischer Beschluss ist erforderlich. Von einer Einnahmenerhöhung ist auszugehen. Eine Gebührenerhöhung ist zurzeit nicht vorgesehen. Die Differenz der Gebührenhöhe zu den privaten Parkhäusern, Tiefgarage usw. würde weiter steigen, der Parksuchverkehr sich dadurch ändern. Differenzierte Betrachtung der Stadtteile ist notwendig, durch geringere Parkgebühren soll der stadtteilbezogene Einzelhandel attraktiver/gefördert werden. Kosten für das Umprogrammieren der Parkscheinautomaten (PSA) und die Beschilderung der neuen Gebührenhöhe (250 €-300€ pro PSA). Gegebenenfalls müssen alte PSA erneuert werden. Entleerungskosten und Münzgeldaufbereitung könnten sich erhöhen. Eine zusätzliche Stellenschaffung ist nicht nötig. Abhängig von verschiedenen Einflussfaktoren wie Akzeptanz, Verdrängungsmöglichkeiten usw. sind durch eine Gebührenerhöhung ca. 100.000 € p.a. möglich	100.000

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

16	Auf den Bau der BHC-Arena verzichten!	<p>Mögliches Einsparpotenzial: viele Millionen Euro an Folgekosten. Es ist anerkennenswert, dass Teile der Politik dem BHC eine eigene Sportstätte bauen möchten. Doch es gibt Bedenken: Vom Lärm für die Anwohner (jeden 3. Tag eine Veranstaltung), drohenden Verkehrsproblemen zu Beginn und besonders zum Ende einer jeden Veranstaltung und negative ökologische Folgen für das angrenzende Ittertal. Der BHC will etwa 20 Spiele im Jahr in der Arena austragen, und weitere 80 Veranstaltungen sollen die Halle rentabel machen. Die Arena (Baukosten 15 Mio.) soll großteils durch öffentliche Zuschüsse aus Landesmitteln für Sportstättenbauten finanziert werden – Geld, das dann dem Breitensport in Solingen entzogen wird. Zusätzlich sollen Kredite bei Landesbanken aufgenommen werden. Wer bürgt und wer haftet dafür wenn die Arena pleite geht? Was passiert, wenn der BHC nicht mehr in der 1. Liga spielt? Der professionelle Betrieb einer solchen Halle ist kostenaufwendig. Die Veranstaltungsbranche steht zudem allgemein unter Druck wegen stark gestiegener GEMA-Abgaben (10% der Einnahmen inkl. der Einnahmen aus Sponsoring). Es gibt aber noch weitere absehbare Probleme: Für die Durchführung von Veranstaltungen gibt es einen Gebietsschutz. Der kann 30 km, 50 km und auch mehr betragen. In dem Umkreis darf eine Veranstaltung nur einmal durchgeführt werden. Damit träte die BHC-Arena in Konkurrenz zur Mitsubishi-Electric Halle in Düsseldorf und der König-Pilsner-Arena in Oberhausen. Das macht die Planungen von Veranstaltungen ziemlich schwierig. In der 6.000-er Größenordnung wird das Kölner Einzugsgebiet oder das von Oberhausen mit Sicherheit dem Solinger vorgezogen – denn Halle soll nach Möglichkeit auch voll werden. Was am geplanten Standort Piepersberg-West übrigens völlig fehlt ist eine gute Anbindung an den ÖPNV. Bei den derzeit in Planung stehenden Kürzungen beim ÖPNV wird eine notwendige Anbindung nicht finanzierbar sein. Damit wird die BHC-Arena die einzige Halle in NRW sein, die keine öffentliche Verkehrsanbindung hat.</p>	über 100.000 EUR	17	111	78	33	45	<p>Für das regional bedeutsame Projekt des Baus einer Arena Bergisch Land haben alle drei Bergischen Großstädte Remscheid, Solingen und Wuppertal eindeutig klargestellt, sich weder am Bau, noch am Betrieb der Arena finanziell zu beteiligen. Aus diesem Grund werden auch keine Finanzmittel für den Bau und Betrieb der Arena in den Haushalt der Stadt Solingen eingestellt. Da die Stadt Solingen - was aus den vorherigen Aussagen folgt - nicht Antragsteller beim Land NRW sein wird, übernimmt die Stadt auch keine Bürgschaft für das Projekt. Die notwendigen privaten "Sicherungsmaßnahmen" zur Arena ergeben sich aus den Nebenbestimmungen des möglichen Bewilligungsbescheides der Bezirksregierung Düsseldorf zum Förderantrag des privaten Antragstellers gegenüber diesem. Der neben der Sportstättenförderung des Landes von Ihnen angesprochene mögliche Kredit bei der NRW-Bank muss über die Hausbank des Antragstellers gestellt werden. Hierbei werden die entsprechenden privaten Sicherungsmaßnahmen - wie bei jedem anderen Kredit auch - mit den Bankinstituten vereinbart. Die mögliche Förderung aus Mitteln der Sportstättenförderung entzieht übrigens dem Breitensport in Solingen und Wuppertal keine Gelder. Die zu beanspruchenden Landesgelder stehen nur dem Spitzensport bei einem entsprechenden Nachweis des Landesinteresses zur Verfügung, d.h. bei einer möglichen Bewilligung wären dies zusätzliche Fördergelder für die Region, die sonst in andere Regionen mit entsprechenden Großvorhaben fließen würden. Auch bei einem Abstieg des BHC in die 2. Liga würde der Verein weiterhin die Halle nutzen. Nach der Aussage und den Erfahrungen des Vereins bedeutet dies auch keine nennenswerten Einbußen in den Zuschauerzahlen. Wie das exakte Verhältnis von sportlichen Nutzungen (auch weitere Nutzungen außerhalb des Handballsports sind möglich) sowie kulturellen und anderweitigen Nutzungen aussieht, ist im Rahmen eines Nutzungskonzeptes durch den privaten Antragsteller darzulegen. Dies betrifft auch die von Ihnen angesprochenen Fragen eines "Gebietsschutzes". Der private Antragsteller muss ein glaubwürdiges Nutzungskonzept - neben weiteren Unterlagen - dem Förderantrag beifügen. Aus Sicht des Planungsrechts stehen die Städte Solingen und Wuppertal (Wuppertal bei der möglichen Fassung eines Aufstellungsbeschlusses) zu Beginn eines längeren Prozesses. Die von Ihnen benannten Fragestellungen bzgl. Lärm, Verkehr und ökologische Auswirkungen auf das Ittertal müssen im Rahmen des nun folgenden Bauleitplanverfahrens und evtl. anschließenden Genehmigungsverfahren beantwortet werden. So ist in einem nächsten Schritt u.a. sowohl ein Lärmgutachten, wie auch ein Verkehrsgutachten zu erstellen. Die Ergebnisse der Gutachten sind für das Vorhaben bindend, um bspw. den Schutzansprüchen der angrenzenden Bebauung nachkommen zu können. Das Verkehrsgutachten wird neben dem MIV auch die notwendige ÖPNV-Anbindung untersuchen und hierzu entsprechende Vorschläge unterbreiten, die von den beteiligten Städten Solingen und Wuppertal sowie der Politik zu bewerten sind. Ökologische Auswirkungen in Bezug auf das Ittertal werden im Rahmen des Umweltberichtes untersucht und fließen mit den vorgeschlagenen Maßnahmen ebenfalls in das Bauleitplanverfahren ein.</p>	0
----	---------------------------------------	--	------------------------	----	-----	----	----	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

17	Kostenlose Parkmöglichkeiten am Entenpfuhl	<p>Um die zentrale Innenstadt wieder zu beleben, sollten möglichst kostenlose Parkmöglichkeiten im Bereich des Entenpfuhls eingerichtet werden.</p> <p>Das Stadtbild versinkt in Leerstand. Nicht das es hier ausschließlich um Verschönerungen ginge. Jedes leerstehende Ladenlokal bedeutet Verlust an Gewerbesteuer für die Stadt.</p> <p>Bedenkt man, dass die Clemens Galerien umgebaut werden und bald hoffentlich zu neuem Glanz erstrahlen, so sollte die Stadt dies nutzen und dringend diesen Anziehungspunkt für die Belebung der Fußgängerzone von Entenpfuhl bis hoch zu den Clemens Galerien anpassen.</p> <p>Würde es kostenlose Parkmöglichkeiten in Höhe Werwolf bis Entenpfuhl geben und wären diese als solche zu erkennen (Schilderführung für ausserstädtische Besucher), so dürfte man davon ausgehen, dass viele den Fußweg durch die Hauptstraße wählten. Das wäre der Fußgängerfluss, der uns bislang immer wieder verwehrt blieb, da sowohl Clemens Galerien, als auch Hofgarten ihre eigenen Parkhäuser mitbrachten und die Stadt vermehrt auf kostenpflichtiges Parken setzte.</p> <p>Diese Maßnahme klingt vielleicht zunächst nach Einnahmemeinbußen, bringt aber schon mittelfristig einen Anstieg der steuerlichen Einnahmen, die zu einem gesunden Wachstum führen. Ohne eine solche Initiative, sehe ich den Leerstand in den nächsten Jahren weiter anwachsen und zu einer Destabilisierung der Solinger Wirtschaft führen. Besonders im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen, welche bereits jetzt kaum noch den Innenstadt-Raum halten können.</p>	k.A.	1	49	30	19	11	<p>Im Bereich zwischen Werwolf und Entenpfuhl gibt es bereits kostenlose Parkmöglichkeiten z.B. Parkplatz Birker Bad, Parkscheibenregelung entlang der Straße ‚Werwolf‘. Allein die Möglichkeiten kostenloser Parkmöglichkeiten erhöht nicht die Attraktivität des Einzelhandels. Um die Attraktivität der Innenstadt zu steigern, wurden der Alte Markt, die Hauptstraße und der Entenpfuhl umgestaltet. Zusätzlich wurde ein Fußgängerwegweisungssystem angebracht, dass den Fußgängerverkehr durch die Innenstadt führen soll. Bewirtschaftete Parkstände z.B. am Ufergarten sind gut ausgelastet. Um kostenlose Parkstände bereitstellen zu können, müsste die Beschilderung geändert werden. Hierdurch würden Kosten in Höhe von ca. 350 € pro Schilderstandort entstehen. Es sind keine direkten Einnahmen zu erwarten, ggf. geringere Einnahmen durch Parkgebühren.</p>	0
----	--	--	------	---	----	----	----	----	--	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

18	Wiederbelebung Innenstadt/Untere Hauptstraße	<p>Durch die sich ändernden Einkaufsgewohnheiten muss das Konzept einer "Einkaufsstraße", bzw. die Eröffnung von Shopping-Malls grundlegend überdacht werden. Solingen wird niemals mit anderen Einkaufshochburgen im Umland konkurrieren können, zumindest nicht mit den klassischen Systemen des stationären Handels. Vor welchen Schwierigkeiten der stationäre Handel in Solingen steht, sieht man an dem erschreckend hohen, fortschreitenden Leerstand. Auch wird die Solinger Innenstadt nur noch von einem Bruchteil – und hier nicht gerade von dem kaufstärksten Teil – der Solinger Gesellschaft genutzt. Um die Innenstadt wieder zu beleben, bedarf es mehr als ein neuer Ramschladen in Form eines Outlet-Centers, oder der im Vorfeld zum Scheitern verurteilte Feierabendmarkt: Ersteres zieht die Qualität noch weiter herunter, und hat sicherlich nicht das Potential die müden Pendler auf den Fröhof zu locken.</p> <p>Um Solingen für Familien attraktiver zu machen, bedarf es mehr als nur eine halbe Metallkugel an der alten Kirche. Spielgeräte-/plätze auf der Hauptstraße und ein Kinderhort für Shoppende Mütter und Väter wären hingegen hilfreich.</p> <p>Ein koordinierter Lieferservice der Solinger Einzel- und Wochenmarkthändler (im Geschäft oder am Stand gekauft, und am Mittag/Abend zu Hause erhalten) könnte den nötigen Einkaufskomfort liefern.</p> <p>Eine Umgestaltung des Entenpfuhls mit Kaffees, Terrassen und Biergärten kombiniert mit einer Anbindung von Südpark in Form von Wegweisern, Bodenmarkierungen, etc. würde die untere Hauptstraße wiederbeleben.</p> <p>Weitergestaltung der Trasse ähnlich der jüngeren Wuppertaler Nordbahntrasse, und Erweiterung des Radweges mit einer besseren Anbindung der Stadtteile Gräf-rath, Wald und Mitte an die bestehende Trasse.</p>	k.A.	6	46	35	11	24	<p>Der Strukturwandel im Einzelhandel ist in vielen Innenstädten zu spüren. Durch geändertes Einkaufsverhalten (z.B. verstärkte Nutzung des Onlinehandels) und zunehmende Filialisierung der Handelsbetriebe sind viele inhabergeführte Geschäfte gezwungen zu schließen, weil der Umsatz zurück geht. So geht es vielen Städten, Solingen steht bei dieser Entwicklung nicht alleine da. Dennoch ist der stationäre Handel in der Innenstadt nicht überall schlecht aufgestellt, insbesondere in den Randbereichen werden strukturelle Schwächen sichtbar. Zu den Aufgaben der Stadtentwicklung gehört es, Konzepte und Strategien zu entwickeln, um die Funktionsvielfalt der Innenstadt als Hauptgeschäftsbereich der Stadt zu erhalten und zu stärken. Vor allem im Rahmen des Programmes „City 2013 – Die Kreativ- und Standortoffensive“ sind eine Vielzahl an Maßnahmen in Planung bzw. bereits umgesetzt worden mit deren Hilfe zum Beispiel die Aufenthalts- und Gestaltungsqualität gesteigert, Leerstand reduziert und die Attraktivität gesteigert werden sollen. Ganz wichtig für die Stärkung und Entwicklung des Einzelhandels ist das Innenstadtbüro. Es bemüht sich in engem Kontakt zu vielen Eigentümern um die Ansprache attraktiver Unternehmen mit dem Ziel neuer Betriebsansiedlungen und entwickelt Ideen die Leerstände in der Innenstadt mittel- bis langfristig zu beleben und den Standort insgesamt zu stärken.</p> <p>Die in dem Vorschlag erwähnten ergänzenden Dienstleistungen wie der Lieferservice für den Wochenmarkt und Kinderbetreuung sind grundsätzlich gute Ideen für die Innenstadt. Dem aktuellen Förderaufruf des Landes zum Thema „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken“ folgend, wurde erst kürzlich ein Förderantrag gestellt, der die aktuellen Herausforderungen des Handels vor allem hinsichtlich der Digitalisierung aufgreift. Zu den beantragten Ideen gehört auch ein lokaler Lieferservice, der eine Zustellung von Einkäufen auch in eher „ländlich geprägten“ Randgebieten der Stadt gewährleisten soll. Auch der Hinweis auf die Spielgeräte ist gut. Aus den erwähnten Gründen gibt es sie daher bereits auf der unteren Hauptstraße und in Randbereichen der Oberen Hauptstraße. Aber nicht alle Bereiche der Innenstadt eignen sich dafür, weshalb die konkreten Standorte eng mit den Eigentümer und Betreibern abgestimmt werden müssen, um die Laufwege der Kunde nicht zu behindern. Im Falle der Unteren Hauptstraße hat diese Abstimmung stattgefunden.</p> <p>Nicht erst seit der Neugestaltung des Entenpfuhls gibt es Bestrebungen, diesen durch Außergastronomie wie Cafés, Terrassen oder Biergärten zu beleben. Solche Ansiedlungen sind dort ausdrücklich erwünscht und das Innenstadtbüro unterstützt sowohl Betreiberanfragen als auch die Beratung von Immobilieneigentümern. Leider sind aber die Einflussmöglichkeiten auf direkte (Gastronomie- oder Einzelhandels-)Ansiedlungen oder die Umsetzung kreativer Betreiberkonzepte durch die Stadt begrenzt, da Mietpreis, Zuschnitt des Ladenlokals etc. eine wichtige Rolle bei der Expansion von Betrieben spielen. Letzten Endes sind es außerdem die Immobilieneigentümer, die in dieser Hinsicht die relevanten Entscheidungen treffen. Die Stadt kann z. B. mit der Gestaltung im öffentlichen Raum, dem Verfügungsfonds und dem Hof- und Fassadenprogramm „lediglich“ gute Rahmenbedingungen schaffen.</p> <p>Südpark und Entenpfuhl sind im Übrigen – wie andere wichtige Punkte in der Innenstadt auch – durch das Wegweisersystem „Leiten und Lenken“, das aus Wegweisern und Stelen besteht, bereits miteinander verbunden.</p> <p>Auch entlang der Korkenziehertrasse gibt es eine Hinweisbeschilderung, die Besucher in Stadtteilzentren leiten. Zur Förderung des Radtourismus und zur Erweiterung des Radnetzes arbeitet die Stadt Solingen zusammen mit der bergischen Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind teilweise bereits umgesetzt, in anderen Fällen liegen sie nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt. Daher können Investitionen oder Stellenschaffungen nicht kalkuliert werden.</p>	0
----	--	---	------	---	----	----	----	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

19	Standort Vogel-sang	<p>wie tickt die Politik und Verwaltung unserer Stadt ?Die Zusage ist jetzt doch keine Zusage mehr! Jahrelanges Sammeln von Fakten, die dagegen und dafür sprachen, wurden mit allen Beteiligten intensivst durchgesprochen. Am Schluss stand für Alle fest, dass der Standort Vogelsang erhalten bleibt. Dies ist ab jetzt Makulatur. Wie soll der Bürger solch unschöne Entscheidung jetzt deuten?Nachdem man die anvisierten und erst jetzt publik gemachten neuen Standorte schon im Vorfeld massiv bei der Politik und Verwaltung kritisierte, wurde von diesen nun eine Abstimmung per Internet veranlasst. Das nennt die Politik, und ganz besonders Josef Neumann, unverblümt auch noch Inklusion! Wer von den vielen Nutzern, wie die Behinderten, Senioren, Migranten usw., hat wirklich von dieser Entscheidung gehört, gelesen und verstanden ? Wie sollen diese Menschen per Internet abstimmen ?Und über was soll der Bürger in diese Befragung entscheiden?Lest hier doch selbst und bildet Euch ein persönliches Urteil !Das Statement zu Vogelsang soll beeinflussen und auf einen Standortwechsel hinzielen.Was wollen und benötigen wir in Solingen? Doch wohl ein behindertengerechtes und attraktives Bad – oder? Hat die Politik und Verwaltung dies jemals verfolgt?Nach dieser nichtbehindertengerechten Auswahl der neuen Standorte und der Fragestellung kann man dies eindeutig mit NEIN beantworten!Dies lässt sich für jeden verständlich begründen:Es stehen doch nur maximal 9 Millionen Euro zur Verfügung und keinen Cent mehr!Warum werden die Standorte nicht mit exakten Zahlen verglichen?Die Rechnung ist einfach. Nach Abzug aller Kosten wie, Abriss des alten Bades, Ertüchtigung des Grundstückes zum Verkauf oder Neubau und Erschließungskosten für die neuen Standorte, an denen Fernwärme, Kanal, Strom, Zuwege und Neubau eines Sportplatzes und vieles mehr zu berücksichtigen ist, sollte transparent aufgelistet werden.Somit steht fest: Für einen Neubau an der Focherstraße verbleiben ca. 7,5 Millionen. An der Müllverbrennungsanlage ca.5,5 Millionen und am Klingenbad auch nur ca. 5,5 Millionen. Des Weiteren sollte man auch die nichtbehindertengerechten Standorte und die Busanbindungen genauer darstellen. Frequentierung und auch die Anbindungen an die Stadtteile ist unbedingt zu beachten. Nicht zu vergessen, das nichtbehindertengerechte Klingenbad. Und der große Felsen im Grundstücksboden am Klingenbad, der einen Neubau erheblich verteuert. Die genauere Grundstücksbeschaffenheit an der Müllverbrennungsanlage fehlt mir, aber die Ausdünstungen der Müllentsorger kann man da gut riechen. Dies wäre ein aussagekräftigerer Vergleich!Des Weiteren hat die Politik und Verwaltung zu keinem Zeitpunkt die Erhaltung des Gebäudes an der Focherstraße in Erwägung gezogen. Aber genau um dieses haben wir, die Schwimmbadbefürworter jahrelang gekämpft. Eine Erhaltung des behindertengerechten und noch intakten und renovierten Gebäudes, mit einer Kernsanierung des Kellers und Umbau des großen Beckens verringert die Ausgaben beim Abriss und die, des anschließenden Neubaus. Somit stünden am Standort Vogelsang sogar ca. 8 Millionen für einen Anbau sowie für die Attraktivierung des Bades zur Verfügung.Fazit: Ein Bau ohne Abriss, für 8 Millionen wird größer und attraktiver ausfallen als ein Bau mit Abriss für 7 Millionen oder an den anderen Standorten für nur ca.5,5</p>	k.A.	21	34	29	5	24	<p>Eine Sanierung des Hallenbads Vogelsang ist in der Vergangenheit eingehend von der Verwaltung und von Fachfirmen untersucht worden. Man hat festgestellt, dass eine Sanierung nicht rentabel ist. Alle relevanten politischen Gremien haben beschlossen, dass ein Neubau errichtet werden soll.Die Auswahl des Standorts erfolgt unter Berücksichtigung vieler Aspekte, u.a. auch derjenigen, die im Kommentar dargestellt werden. Ziel ist es, den Standort zu wählen, der insgesamt der beste für die Nutzerinnen und Nutzer ist ohne die betriebswirtschaftlichen Aspekte aus den Augen zu verlieren.Die Behauptungen, dass das Sportbad Klingenhalle nicht behindertengerecht ist, weisen Verwaltung und Geschäftsführung der Solinger Bädergesellschaft mbH zurück.</p>	0
----	---------------------	---	------	----	----	----	---	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

		Millionen! Jedem Zweifler rate ich die angedachten neuen Standorte persönlich zu besichtigen. Ein Referenzbad (Klingenbad) , dass vor ca. 5 Jahren für ca. 8 Millionen errichtet wurde, sollte genauestens unter die Lupe genommen werden. Dies ist nach DIN und neuesten Vorschriften errichtet worden und trotzdem nicht behindertengerecht. In der jetzigen Phase können wir noch Entscheidungen beeinflussen, im Nachhinein wird es mit Sicherheit keine Korrektur geben – siehe besagtes Klingenbad! So wird doch jeder Immobilienbesitzer in unserer Stadt vorgehen, rechnen und handeln. Die Politik verfolgt hier jedoch andere Ziele und diese sind einfach am Bürger vorbei! Jetzt ist es ganz, ganz wichtig, von vielen schnellstens mit einem Kommentar für Vogelsang abzustimmen und Leserbriefe mit diesen Hinweisen zu schreiben. Wir Alle wünschen uns doch ein behindertengerechtes und attraktives Schwimmbad, welches nur an der Focher Str. Sinn macht.								
20	Digitaler Postversand innerhalb der Verwaltung	Sämtliche Eingangspost für die Verwaltung sollte zentral gescannt, archiviert und an die einzelnen Stadtdienste weitergeleitet werden. Eine entsprechendes Dokumenten-Management-System, dass die Voraussetzungen des Dienstweges abbilden kann, müsste hierfür angeschafft werden. Dadurch kann die Abholung an den einzelnen Standorten der Verwaltung optimiert werden, was zu Kosteneinsparungen führt. Auch innerhalb der Verwaltung sollte grundsätzlich nur noch digital kommuniziert werden. Hier würden Papier- und Druckkosten entfallen.	10.000 bis 50.000 EUR	5	73	59	14	45	Der Stadtdienst Druckerei/Post- und Botendienst ist seit 2015 mit dem Thema beschäftigt. Hier setzt der Spareffekt erst dann ein, wenn alle Bereich der Verwaltung und alle Betriebe und Gesellschaften organisatorisch umgestellt und die entsprechende Software zur Steuerung des Workflows genutzt werden kann. Erst dann kann, nach der Beschaffung des neuen Systems, das alte kostenintensive Verfahren eingestellt werden. Für den Gesamtkonzern ist die Umstellung auf digitalen internen Postverkehr eine sehr komplexe organisatorische Aufgabe, die sorgfältig und verfahrenssicher organisiert und aufgebaut werden muss. Es gibt bereits im aktuellen HSP 2016 ff die Maßnahme 316 mit dem identischen Inhalt und einem festgeschriebenen Einsparpotential von 170.000 € ab 2018. Diese wurde im neuen HSP für 2017 ff. mit anderen Maßnahmen zur Maßnahme M313 - Entwicklung eGovernment - zusammengefasst, daher ergeben sich aus Sicht von R1-15 aus diesem Bürgervorschlag keine zusätzlichen Einsparpotentiale.	0
21	Fußgängerüberwege an der Korkenziehertrasse	Die Korkenziehertrasse kann in Solingen wohl als Bereicherung und erfolgreich umgesetztes Vorhaben gewertet werden. Nach meiner Beobachtung wird die Trasse von den Solingerinnen und Solingern gut angenommen und dient sowohl als Wegstrecke, sowie für sportliche Aktivitäten. Aus Gründen der Verkehrssicherheit, ist an den Übergängen Fuhrstraße, Nümmener Feld und Focher Dahl, die Einrichtung von Fußgängerüberwegen („Zebrastrreifen“) zu empfehlen. Gerade für Kinder stellen diese Übergänge einen Gefahrenpunkt dar, welchen es zu entschärfen gilt. In der Priorität ist sicherlich die Fuhrstraße als erstes zu nennen, gefolgt vom Übergang Nümmener Feld. Letzterer wird leider auch von vielen Autofahrern als Umgehung der Kreuzung Zentral genutzt und es wird gerne mal „flotter“ gefahren.	k.A.	4	40	22	18	4	Die Verwaltung hat bereits eine Planung erstellt, wie die Übergänge Korkenziehertrasse optimiert werden können. Die Kosten hierfür müssen noch ermittelt werden. Diese Maßnahmen müssen noch den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt werden.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

22	Katzensteuer einführen	kurz und knapp: Katzensteuer eingeführt	keine Angabe	13	70	29	41	-12	Zum derzeitigen Zeitpunkt ist aufgrund eines landesrechtlichen Genehmigungsvorbehalts nicht prognostizierbar, ob die vorgeschlagene Maßnahme rechtlich umsetzbar ist. Sollte die erforderliche Genehmigung erteilt werden, könnten sich hohe, personalkostenintensive Anforderungen ergeben. Bei der Katzensteuer handelt es sich begrifflich um eine kommunale Aufwandsteuer. Im Land NRW wurde die Katzensteuer bisher in noch keiner Gemeinde eingeführt. Die erstmalige Einführung der Katzensteuer bedarf in NRW einer landesrechtlichen Genehmigung, welche bis heute nicht erteilt worden ist. In der Gemeinde Porta-Westfalica wurde im Jahr 2011 die Einführung einer Katzensteuer zunächst vorgeschlagen, aber ohne weitere Beratungen verworfen. Im Zuge der medialen Berichterstattung zur Einführung der Katzensteuer im Land NRW wurden deutlich skeptische Äußerungen seitens des Innenministeriums verlautbart. Es bestehen weiterhin Zweifel an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Erhebung einer Katzensteuer. Da die Festsetzung der Katzensteuer von der Erklärung des Steuerschuldners (Katzenhalter) abhängt, werden erhöhte Anforderungen an die Steuerehrlichkeit gestellt. Der Satzungsgeber muss die Steuerehrlichkeit deshalb durch hinreichende, die steuerliche Belastungsgleichheit gewährleistende Kontrollmöglichkeiten abstützen. Im Veranlagungsverfahren bedarf das Deklarationsprinzip insoweit der Ergänzung durch das Verifikationsprinzip (vgl. Urteil Bundesverfassungsgericht vom 27.06.1991, Az. BvR 1496/89). In Niedersachsen in der Gemeinde Sande wurde die Einführung einer Katzensteuer auch aus diesen Gründen verworfen: die Erhebung einer Katzensteuer wäre aufgrund der zu gewährleistenden Steuergerechtigkeit zweifelhaft und juristisch angreifbar. Eine Steuer solle alle diejenigen treffen, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft. Dies wäre mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand aufgrund der Lebensgewohnheiten der Tiere, insbesondere so genannter Freigänger-Katzen nicht zu gewährleisten. Das Ziel der Einnahmebeschaffung und damit finanziellen Entlastung der Kommunen würde bereits durch den zu betreibenden Verwaltungsaufwand, der zur Durchsetzung der Steuer und Aufrechterhaltung der Steuergerechtigkeit notwendig wäre, mehr als aufgezehrt.	0
23	Moratorium für externe Gutachten	Ab sofort sollen keine externen Gutachten mehr vergeben werden, bevor nicht die Sachkompetenz innerhalb der Verwaltung, bei den Betrieben der Stadt (Stadtwerke Solingen, Technische Betriebe Solingen u.s.w.) und anderen Akteuren (Sozialverbände, Bürgerenergiegenossenschaft u.s.w.) angefragt wurde. Es ist schwer einzusehen, dass Solinger Sachkompetenz zwar in ganz Deutschland zur Beratung eingeladen wird, "Propheten im eigenen Land" aber nichts gelten.	50.000 bis 100.000 EUR	8	82	76	6	70	Es ist Geschäft der laufenden Verwaltung prioritär eigens vorgehaltene Sach- und Fachkompetenz des Personals für gutachterliche Arbeiten zu nutzen. Ein kompletter Verzicht auf externe Gutachten ist jedoch nicht in allen Bereichen möglich, da nicht für alle zum Teil sehr speziellen Themenkomplexe der notwendige Sachverstand innerhalb der Verwaltung vorgehalten wird und auch nicht in der Stadt selber abrufbar ist, wie zum Beispiel für Klimagutachten im Umweltbereich. Soweit möglich gibt es eine Reihe von Arbeitsgruppen aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zur Erarbeitung einzelner Themenbereiche wie zum Beispiel aktuell zum Handlungskonzept Wohnen. Das Vorhalten von Fachkräften für eventuell nachgefragte spezielle Einzelthemen erscheint dauerhaft als nicht sinnvoll. Ein Spar- bzw. Einnahmebetrag kann nicht beziffert werden.	0
24	Geldeinnahmen für Solingen	Jeder Bürger ist verpflichtet für 15 l Müll pro Woche zu bezahlen. Auch Tiere machen Müll, für die soll auch eine Mindermenge festgelegt werden und die Eigentümer sollen es bezahlen.	keine Angabe	2	40	6	34	-28	Nach hiesiger Auffassung ist der Vorschlag mit dem Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW nicht vereinbar. Das vorzuhaltende Mindestvolumen bezieht sich auf die gemeldeten Personen. Haushalten, die mehr Müll produzieren (wodurch auch immer) ist es unbenommen, dieses Mindestvolumen zu überschreiten. Ein nur theoretisch möglicher Sparbetrag müsste dem Abfall-Gebührenzahler gutgeschrieben werden und hätte keine Effekt für den städt. Haushalt.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

25	Spendenbeitrag bei Kulturveranstaltungen	Durch die Ausweisung der tatsächlichen Kosten mit der Angabe einer Spendenstelle könnten Menschen, die die Kultur erhalten wollen, Ihren Eintritt angemessen bezahlen.	50.000 bis 100.000 EUR	1	37	26	11	15	Der Ausweis der tatsächlichen Kosten erfolgt bereits über die Darstellung des Haushaltes im Internet. Dass auch Spenden möglich sind, wird den Bürgerinnen und Bürgern nicht entgangen sein, gleichwohl könnte das Kulturmanagement verstärkt darauf hinweisen. Auch die Fördervereine (z.B. Initiative zur Förderung der Eigeninszenierung, Freunde der Bergischen Symphoniker u.a.) unterstützen bereits die Veranstaltungen im Theater und Konzerthaus. Gleichzeitig wären auch zahlreiche Veranstaltungen wie z.B. die Slams, Viertelklang, Jazzworkshop oder Kulturnacht nicht umsetzbar, gäbe es nicht nennenswerte Spenden aus der Bürgerschaft. Die nachfolgende Beantwortung erfolgt beispielhaft auf das Theater und Konzerthaus bezogen. Der Gesamthaushalt für 2017 sieht einen Zuschussbedarf in Höhe von 4.649.516 Euro vor. Gemäß Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing vom 06.10.2016 rechnet das Theater und Konzerthaus mit einem Verkauf von etwa 60.000 Tickets in 2016. In 2017 wird der Verkauf auf etwa 63.000 Tickets prognostiziert. Da der o.g. Zuschuss bereits die Einnahmen aus den Ticketverkäufen berücksichtigt, wäre folglich der Zuschuss auf die Tickets umzulegen. Das ergibt einen Zuschussbedarf von rund 74,00 Euro je Ticket. Dieser Betrag wäre gem. des Vorschlags von Teilnehmer StMertensSG die notwendige Spendensumme der Besucher zusätzlich zum bereits bezahlten Ticketpreis. Nach Umrechnung der vom Teilnehmer geschätzten Mehreinnahmen müssten rund 675 bis 1.350 Besucher das Spendenangebot wahrnehmen. Das halten wir jedoch für unrealistisch. Gleichwohl hat das Theater und Konzerthaus das Thema auf der Agenda. Im Zuge der HSP-Maßnahmen aus 2015, die in die HH 2016 ff. voll eingerechnet sind, soll das Sponsoring und das Spendenvolumen erhöht werden. Hierzu sind jedoch noch Strukturen und Prozesse zu entwickeln und zu etablieren. Die o.g. Idee wird dazu aufgegriffen. Eine Umsetzbarkeit und entsprechende Ansprache der Besucher wird im Rahmen der zu schaffen Strukturen überlegt. Eine Höhe zu nennen, wäre zum jetzigen Zeitpunkt sehr spekulativ und nicht seriös abbildbar.	0
26	Konzentration auf politische Qualität 1	Auflösung der Bezirksvertretungen. Das eingesparte Sitzungsgeld wird zur Erhöhung der Sitzungsgelder für den Stadtrat benutzt. Ergebnis: Mehr qualifiziertes Interesse an der Ratsarbeit. Höhere Effizienz der politischen Arbeit durch besser ausgebildete Politiker und damit Stärkung des Images "Solingen". Die Weltmarke "Solingen" lebt von der handwerklichen Qualität ihrer Produkte. Das muss auch für die politische Arbeit gelten. Themen der Bezirksvertretungen werden auf die Ausschüsse des Rates verteilt. Diese werden dadurch aufgewertet und immer ist die Auswirkung der politischen Beschlüsse auf die Situation vor Ort Thema.	keine Angabe	11	53	27	26	1	Bezirksvertretung sind in der Gemeindeordnung NRW seit 1975 pflichtig vorgesehen. Gedanke des Gesetzgebers war es, für die Bevölkerung gewählte Ansprechpartner für ihren Bezirk zu installieren. Nach § 35 Absatz 3 GO NRW soll es in der kreisfreien Stadt Solingen wenigstens drei Bezirksvertretungen geben. Von einer Sollvorschrift darf nur in atypischen Einzelfällen abgewichen werden. Dies liegt hier nicht vor. Komplette ist der Vorschlag aus rechtlichen Gründen daher nicht umsetzbar. Zum HSK 2015 wurde mit der Maßnahme Mneu19 vorgeschlagen, die Bezirksvertretungen auf drei zu reduzieren. Eine politische Mehrheit für diesen Beschluss wurde nicht erreicht. Stattdessen wurden die freien Budgetmittel der Bezirksvertretungen um jährlich 20.000 Euro reduziert. Eine Reduzierung auf drei Bezirksvertretungen darf nur zu Beginn einer neuen Wahlperiode umgesetzt werden. Da dies für 2020 abgelehnt wurde, wäre eine Reduzierung ab 2025 möglich.	0
27	Konzentration auf politische Qualität 2	Bau eines Saales, der eine vernünftige Debattiersituation für die Politik ermöglicht. Also Bau eines Ratssaales, der modern ausgestattet ist: alle Plätze mit Mikrofon, mit Internet, mit vernünftiger Ton- und Bildübertragung und mit wertschätzender Akustik und Sitzposition für alle, nicht nur für die Verwaltungsbank und den Oberbürgermeister. Vorteil: straffere Sitzungsabläufe, da die Pausen entfallen, bis mal jemand an ein Mikrofon gegangen ist. Stärkung der Debattenkultur, da schneller geantwortet werden kann und das Schaulaufen des Redners durch den Saal zum Mikrofon entfällt. Insgesamt entsteht eine höhere politische Qualität, die gerade für Solingen sowieso imageprägend ist.. Vgl. meinen Vorschlag "Konzentration auf politische Qualität 1". Ort dafür? Rathausparkplatz oder Park hinter dem H+ Hotel am Schlagbaum.	keine Angabe	3	36	8	28	-20	Der Vorschlag ist inhaltlich sicher betrachtenswert, auch im Hinblick auf den angestrebten elektronischen Sitzungsdienst oder die Übertragung der Ratssitzungen ins Internet. Einer Umsetzung steht jedoch die derzeitige Haushaltssituation entgegen, da eine derartige Maßnahme hohe Investitionskosten mit sich bringt.	0
28	Einsparungen von Personalkosten	Einsparung von Personalkosten durch Erhöhung der Berichtsspanne auf allen Ebenen. Streichung von Führungsebenen einhergehend mit der Delegation von Verantwortung ggf. Neubewertung von Arbeitsplätzen. Ich helfe bei der Durchführung. Ich bin Personalmanager a. D. und Seniorexperte.	über 100.000 EUR	3	44	31	13	18	Die Einsparung von Personalkosten war auch ein Ergebnis der produktkritischen Untersuchungen in 2010, die im damaligen HSP zu Einsparungen im Umfang von 10% des Stellenplans führten.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

29	Eigenverantwortliches Sparen der Ämter und Stellen fördern	Grundsätzlich wissen die Fachleute in den einzelnen Stadtteilen selbst am Besten was zu tun ist. Frei von den politischen Vorgaben aus dem Stadtrat, frei vom Stadteidecken. Ich habe bei einem großen deutschen LKW Hersteller in Krisenzeiten einmal einen sehr einfachen Ansatz kennen gelernt. Jede Abteilung war aufgefordert 10% einzusparen. Wie gespart wurde war den Abteilungen selbst überlassen. Dh. es war auch zulässig zu investieren wenn belegbar am Ende 10% niedrigere Kosten pro Jahr entstanden. Der Haushaltsplan 2017 geht von einem Haushalt von ca. 600 Mio € aus, das Jahresergebnis ist mit ca -32 Mio € prognostiziert. Dh. wenn die Vorgabe für alle Mitarbeiter bedeuten würde "spart 5%", dann wäre das ein Riesenschritt. Beispiel aus Solingen ist die Renovierung der Geschwister-Scholl-Schule. Hier wurde zuerst eine fachlich falsche Kostenabschätzung abgegeben. Als dann Kosten gesenkt werden mussten, konnte die Fassade zum Beispiel einfacher und kostengünstiger ausgeführt werden. Das eine an sich sinnvolle Belüftung nicht mit ausgeführt werden konnte lag dann daran, dass die - wie gesagt fachlich schlecht gemachte - Kostenabschätzung zu weit von den in der Realität gegebenen Kosten abwich. Ich bin mir sehr sicher, dass fast jeder städtische Mitarbeiter in seinem Bereich genug Ideen hätte. Nur leider müsste man dafür die Politik raus halten, denn die würde jedes Mal wieder die Bedenken in den Vordergrund stellen. Mich erinnert Haushaltspolitik immer so ein bißchen an Hochzeit oder Geschenke/Kleidung für Neugeborene. Der Verstand setzt aus und es wird gern zu viel Geld ausgegeben. "Sie können sich das doch leisten", "Man heiratet doch nur einmal", "Gönnen Sie sich doch mal was". Herr Zwegat wäre da genau der Richtige um die Politik an dieser Stelle wieder zu erden.	über 100.000 EUR	6	52	51	1	50	Im Rahmen der dezentralen Produktverantwortung ist jeder Dienst der Stadtverwaltung bereits sensibilisiert in seinem Fachbereich wirtschaftliche Aspekte bei der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln zu beachten. Der Rat der Stadt ist zuständig für den Erlass der Haushaltsatzung und des Stellenplans, die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen, die Festlegung von Wertgrenzen für die Veranschlagung und Abrechnung einzelner Investitionsmaßnahmen gemäß § 41 h der Gemeindeordnung. Demnach sind politische Vorgaben aus dem Stadtrat zu berücksichtigen und im Falle eines Ratsbeschlusses von der Verwaltung umzusetzen. Fachliche Beschlussvorschläge und Informationen werden dem Rat in Form von Vorlagen zur Verfügung gestellt. Ein „Raushalten“ der Politik ist nicht möglich. Voraussetzungen sind nicht nötig, da der Vorschlag nicht in dieser Form umgesetzt werden kann.	0
30	Entschädigungszahlungen von Verkehrsverbund VRR bzw. Deutscher Bahn AG	Die Stadtverwaltung tritt in Verhandlungen mit dem VRR mit dem Ziel ein, dass dieser bzw die Deutsche Bahn AG für jeden Zug der Linie S 1, der in Hilden endet, statt wie fahrplanmäßig vorgesehen bis Solingen HBF zu fahren, eine Entschädigung in Höhe von nicht unter 6.000 € an die Stadtkasse Solingen zahlt. (Wenn man den Personennahverkehr ohne Fahrtausweis nutzt, 'Schwarzfahren', muss man derzeit ein 'erhöhtes Beförderungsentgelt' von 60 € bezahlen. Die Entschädigungszahlung sollte sich an diesem Betrag orientieren. Der VRR bzw. die Deutsche Bahn AG sollten je Zugausfall 60 € multipliziert mit der Zahl der durchschnittlichen Fahrgäste je Zug auf der Strecke Hilden-Süd - Solingen an die Stadtkasse Solingen zahlen.) Erwartete Einnahmen: über 300.000 €	über 100.000 EUR	0	51	47	4	43	Es gibt vertragliche Vereinbarungen zwischen dem VRR und der Aufgabenträgerschaft für den Schienenpersonennahverkehr. Dieser Vertrag sieht bereits Pönale für Schlechtleistungen vor. Die Pönale kommen durch die vertragliche Vereinbarung jedoch dem VRR zu Gute. Es wären Vertragskündigungen notwendig und die einzelnen Kommunen müssten die Gesamtverwaltung der einzusetzenden Mittel und der Investitionen bearbeiten. Es wären zusätzliche Personale in nicht abschätzbarer Höhe notwendig	0
31	Schließung Heidebad	Das Heidebad schließen und dafür ein Kombibad bauen, das sowohl bei gutem als auch bei schlechtem Wetter besucht werden kann und zu stabilen Einnahmen führt.	keine Angabe	2	52	20	32	-12	Die politischen Gremien haben sich für einen Neubau des Hallenbades Vogelsang entschieden. Es gibt keinen Vorschlag und keinen Beschluss, das Heidebad zu schließen.	0
32	Dienstwagen 1 % Regel		keine Angabe	4	10	6	4	2	Aus dem Beitrag geht kein Vorschlag hervor.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

33	Baumaßnahmen wirklich nötig?	Einsparung von Geldern ist möglich, indem darauf verzichtet wird, einen Fallschutz an einer seit mindestens 80 Jahre existierende Mauer zu errichten. Diese Mauer dient den Kindern der Siedlung zum Spielen, Wanderer aus dem Lochbachtal können sich hier kurz ausruhen. Mir ist kein Fall bekannt, indem es an dieser Mauer zu Unfällen kam. Dafür haben schon viele Anwohner dieser Siedlung auf oder an ihr gespielt....- und sie haben es unbeschadet überlebt. Also bitte ein bisschen mehr Vertrauen in die Menschheit, dass diese Mauer (sie steht am Franklinplatz) keine Gefahr für Solingens Bürger bietet. Und eigentlich ist die Natursteinmauer, ohne Zaun darauf, auch nett anzusehen und gehört einfach zum Bild der Siedlung!	keine Angabe	1	42	40	2	38	Auf die Anbringung eines Fallschutzes an der Mauer zur Sicherung konnte aufgrund geltender Vorschriften (Verkehrssicherungspflicht) nicht verzichtet werden. Die Kommune ist verpflichtet diese Maßnahmen entsprechend umzusetzen. Die Umsetzung bietet sich aktuell an, weil dort Platten neu befestigt werden müssen und im Zuge dessen auch die Einhaltung geltender Vorschriften Berücksichtigung finden. (Vgl. Fallschutz am Fühl-/Spielstein in der Hauptstraße oder die Lok Schnaufi im Engelsberger Hof)	0
34	Vermeidung von Kosten externer Moderation	In den vergangenen Monaten haben zahlreiche Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger stattgefunden, bei denen auf die Hilfe teurer, externer Gesellschaften zurückgegriffen wurde. Dabei moderierte dann z. B. auch wiederholt eine WDR-Redakteurin. Da die Stadt über zahlreiche eigene Fachkräfte im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verfügt, sind dies unnötige Kosten.	10.000 bis 50.000 EUR	1	83	80	3	77	Die Beauftragung der externen Moderation wurde aus den laufenden Mitteln der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beglichen. Der Einsatz war nach Einschätzung der Pressestelle notwendig, da die Veranstaltungen im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2015 unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise erheblich an Zulauf gewannen und die Gesprächsatmosphäre sich zunehmend aggressiv auflud. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pressestelle, die seit Ende 2014 schon eine ganze Reihe von Informationsabenden selbst geleitet hatten, aber für diese Einsätze nicht speziell geschult sind, befürchteten, dass ihnen die Regie aus den Händen gleiten könnte. Der sehr erfahrenen Kommunikationsexpertin ist es gelungen, die Gesprächskultur zu wahren, so dass alle Seiten zu Wort kamen und die Info-Abende versöhnlich und konstruktiv, also erfolgreich, verliefen. In einer ähnlich angespannten Situation würde die Pressestelle deshalb wieder auf das Mittel der externen Moderation zurückgreifen.	0
35	Verkleinerung der Stadtverwaltung	Natürlich ist es am einfachsten, Gelder stets bei den Bürgern der Stadt zu generieren. Da die Kosten dieser Kommune jedoch schon überaus hoch sind und das Leben hier entsprechend teuer, müssen andere Wege beschritten werden. Andere Städte haben meinen Vorschlag (z.B. Essen) schon erfolgreich gegen alle Stimmen praktiziert. Ich schlage vor, die Verwaltung um min. 5 % zu verkleinern. Es würde sich hieraus ein Sparpotential von mehreren Millionen ergeben. Überlastete Positionen sollten hierbei durch Umstrukturierungen gestützt werden, andere massiv abgebaut.	über 100.000 EUR	3	66	51	15	36	Dies wurde in Solingen bereits im Jahr 2010 praktiziert. Mit dem Beschluß des damaligen Haushaltssicherungskonzeptes wurden sogar rund 10 % aller Stellen gestrichen und in den Folgejahren auch haushaltswirksam umgesetzt. Diese produktkritische Begleitung wurde in den Folgejahren verstetigt und wird künftig durch das eingerichtete HSP-Team fortgesetzt.	0
36	Einführung eines Flüchtlings-Soli für Verwaltungsangestellte	Da die Verwaltung der Stadt Solingen allem Anschein nach geschlossen hinter der Flüchtlingspolitik steht, sollte jeder auch einen entsprechenden persönlichen Beitrag dazu leisten. Ich schlage daher einen Flüchtlings-Soli, dem Einkommen entsprechend zwischen 50 und 250 Euro p.a. für jeden Verwaltungsangestellten vor. Es kann ja nicht immer nur die Kuh beim Gewerbetreibenden gemolken werden.	über 100.000 EUR	10	67	14	53	-39	Der Vorschlag ist unsachlich und wird daher nicht beantwortet.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

37	Reduzierung des Globalzuschuss für verbandliche Aufgaben	Lt. Plan erhalten 5 Verbände eine pauschale Zuweisung von je 102.596 mit angedeuteter Steigerung, das ist über ein 1/2 Million Euro, deren Leistung weder kontrolliert noch nachgewiesen werden und das für eine Stadt, die deutlich in Schulden steckt. Diese Beträge würde ich schrittweise gern gekürzt wissen, sodaß im ersten Jahr ein Spareffekt von 100.000 Euro entsteht und im Zweitem ca. 200.000 Euro usw. bis wir tatsächlich auf die Summe 0 kommen und nur noch per Bedarf nachbessern. Ich glaube, den Verbänden geht es deutlich besser als der Stadt und von daher macht das für mich Sinn.	über 100.000 EUR	5	51	44	7	37	Grundlage der Global- oder Einzelzuwendungen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege bildet der § 5 Abs. 3 des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches. Danach sollen die Tätigkeiten der Träger der Sozialhilfe und der Träger der freien Wohlfahrtshilfe gemäß dem Subsidiaritätsprinzip darauf gerichtet sein, sich zum Wohle der Leistungsberechtigten wirksam zu ergänzen. Die daraus resultierende Übernahme von konkreten Einzelaufgaben, die ansonsten die Stadt womöglich mit höherem Aufwand selber durchführen müsste, werden entweder durch direkte Vergütung oder Einzelzuwendungen honoriert. Um diese Einzelaufgaben überhaupt wahrnehmen zu können bedarf es einer administrativen Infrastruktur der Verbände, die Grundlage für die sogenannten Globalzuschüsse ist. Im Einzelnen sind dies: Wahrnehmung spitzenverbandlicher Aufgaben in der Jugendhilfe, Altenhilfe- und Sozialplanung, Mitwirkung in den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsgemeinschaften sowie in der Pflegekonferenz, der Gesundheitskonferenz; Beratung der Verwaltung in den Arbeitsfelder Kinder, Jugend, Gesundheit, Soziales und Altenhilfe; Mitwirkung in der AG nach § 78 SGB VIII und der von der Stadt Solingen eingerichteten Planungs- und Arbeitsgruppen; Mitwirkung in Arbeitsgruppen des Regionalbüros des Bergischen Städtedreiecks; Mitwirkung in den Arbeitsgemeinschaften der Freien Wohlfahrtspflege in der Stadt Solingen; Beratung und Unterstützung angeschlossener Mitgliedsvereine und Verbänden und weiterer Gruppen; Zusammenarbeit und Unterstützung des Forums Jugend- und Soziales; Geschäftsführung des jeweiligen Wohlfahrtsverbandes; Querschnittsverwaltung, Buchhaltung, Personalverwaltung, Telefonzentrale, Sekretariat (Zuschussanträge, Verwendungsnachweise, Statistiken, Zentrale...) Sozialberatung: offene Sprechstunde für jeden und alle denkbaren Notlagen, FSJ als Unterstützung für die unterschiedlichen Leistungsbereiche des Wohlfahrtsverbandes, Unterstützung für unterschiedliche Arbeitsbereiche durch Mitarbeiter mit Mehraufwandsentschädigung und ehrenamtliche Helfer, die Gewinnung, Begleitung und Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit für den Wohlfahrtsverband: Verbandsarbeit, z. B. Vorstandstätigkeit, Organisation von Sammlungen, Festen und Feiern, Mitgliederbetreuung. Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung und dem Jobcenter; Unterstützung und Schaffung ehrenamtlicher Arbeit Arbeitsfelder, Beratung, Begleitung und Förderung/Weiterbildung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer; Beratende Begleitung und Mitwirkung in kommunalpolitischen Gremien (JHA, ASGWSB, Behindertenbeirat, ZuWI, Seniorenbeirat) Mit den vor Ort tätigen Wohlfahrtsverbänden wurde im September 2009 eine Vereinbarung über den Umfang und die Finanzierung und Qualität der Leistungen geschlossen, die ab dem 01.01.2010 in Kraft getreten ist. Grundsätzlich ist die diese Vereinbarung mit einem Vorlauf von einem halben Jahr möglich. Allerdings steht zu befürchten, dass der infrastrukturelle Aufwand der Verbände dann auf die Einzelleistungen verlagert werden muss. Die Vergütung wurde nach Beschluss des Verwaltungsvorstandes jährlich um 2 % (Lohnkostensteigerung) erhöht. Dieser gilt noch für das Jahr 2017. Wenn ab 2018 darauf verzichtet würde, könnte eine geringe Einsparung (2% von 450.000 € = 9.000 €) erfolgen. Die Vereinbarungen müssten bis zum 30.06.2017 mit Wirkung für das Folgejahr gekündigt werden. Danach müssten alle Vereinbarungen und Verträge zur Erfüllung von Einzelaufgaben neu verhandelt und die Vergütung entsprechend nach oben angepasst werden.	9.000
38	Schließung der Bergischen Symphoniker	Die Symphoniker kosten die Stadt aktuell ca. 2 Mio. € p. a.! Die Verwaltung argumentiert immer gegen diesen Vorschlag mit der Aussage, dass die Musiker unabhängig von der Schließung weiter beschäftigt werden müssen. Das mag stimmen, ABER: - Arbeitnehmer/Beamte gehen naturgemäß irgendwann in Rente; die Musiker sind nicht alle gleich alt und auch nicht erst 23, - Ggf. suchen sich die Musiker einen alternativen Job oder kommen teilweise in anderen Orchestern unter, - somit steigt die Einsparung nach der Schließung nach und nach an (immer, wenn einer in Pension geht oder einen anderen Arbeitgeber gefunden hat), - weitere Einsparungen ergeben sich durch unmittelbar wegfallenden Instandhaltungsaufwand für das Equipment, keine Neuanschaffungen etc.	>100.000	5	87	60	27	33	Aufgrund bestehender Verträge zwischen den Städten Remscheid und Solingen ist eine Schließung des Orchesters vor dem Jahr 2029 nicht möglich. Im Falle von Insolvenz- oder Liquidationsverfahren kämen Abfindungs- bzw. Gehaltsfortzahlungen im zweistelligen Millionenbereich allein auf die Stadt Solingen zu. Im Falle eine Insolvenz käme auch noch ein hoher Reputationsschaden, der sich nicht beziffern lässt, auf die Stadt Solingen zu. Bis zum Jahr 2029 sind die Voraussetzungen für eine Schließung der Bergischen Symphoniker nicht gegeben.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

39	<p>Eine sinnvolle Optimierung beim ÖPNV anstreben – nicht durch Streichungen und Kürzungen das Angebot verschlechtern!</p>	<p>Ein gutes ÖPNV-Angebot ist ökologisch und ökonomisch wichtig für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt! Dem entgegen schlägt die Unternehmensberatung Rödl & Partner für den ÖPNV als Teil der von Insolvenz bedrohten BSG harte Einschnitte im Angebot vor: - Komplette Streichung mehrerer Linien in den Randgebieten - Einstellung des Nachtexpress von Sonntags bis Donnerstag. Der letzte Bus fährt dann um 23:30. - Streichung einer Linie samstags und sonntags sowie mehrerer anderer Linien am Sonntag. - die Linie nach Solingen-Burg soll stark ausgedünnt werden. Sollte Burg nicht eigentlich wiederbelebt werden? Die vorgeschlagenen Kürzungen würden besonders zum Problem für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Familien mit schulpflichtigen Kindern in den Solinger Randgebieten. Auch die vom ÖPNV abhängigen Jugendlichen würden stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Familien, die nach Solingen ziehen wollen, um in ruhiger Randlage zu wohnen, würden abgeschreckt, weil ihre Kinder ohne das „Eltern-Taxi“ keine Möglichkeit hätten, zur Schule zu kommen. Der Erhalt eines gut funktionierenden ÖPNV ist ebenso wichtig für die Unternehmen, damit alle Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz erreichen können. Die geplanten Kürzungen werden zur persönlichen Mobilitätsrettung einen Umstieg auf PKWs zur Folge haben. Damit würden die Busse leerer, die Straßen voller, die Luft schlechter und die Wohnqualität gemindert. Solingen nimmt als „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ am UN-Programm für die kommunale Umsetzung der Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ teil. Die geplanten Kürzungen würden einem der von der UN beschlossenen Ziele entgegen laufen: „Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen.“ Die Spar-Vorschläge der Beratungsfirma Rödl & Partner zur Musikschule wurden mittlerweile aus dem derzeit laufenden Online-Bürgerhaushalt für 2017 herausgenommen, weil sie auf falschen Annahmen beruhten. Liegt die Rödl & Partner mit seinen Annahmen beim ÖPNV richtig? Eine Insolvenz der BSG wird jedenfalls weder mit den vorgeschlagenen, noch mit weiteren Kürzungen beim ÖPNV abzuwenden sein.</p>	50.000-100.000	7	60	52	8	44	<p>Das ist kein neuer Bürgervorschlag, sondern ein Kommentar zum Verwaltungsvorschlag BSGneu10</p>	0
----	--	--	----------------	---	----	----	---	----	--	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

40	Konzentration auf politische Qualität 3	Nach dem Zufallsprinzip werden pro Stadtteil ein Bürger oder eine Bürgerin ausgewählt, die am Meinungsbildungsprozess innerhalb des politischen Systems teilnehmen (Teilnahme an Ratssitzungen oder an Arbeitskreisen, da wo Entscheidungen fallen). Diese Menschen werden von einer Art Politikpädagogen betreut, der den komplizierten Meinungsbildungsprozess in einer Demokratie und speziell in Solingen erklärt. Der Pädagoge könnte von der Stadtverwaltung gestellt werden. Hindernisse, die der politischen Teilhabe der ausgewählten Personen entgegenstehen, werden mit Hilfe der Stadt beseitigt (Einnahmeausfälle, Babysitter, oder Dolmetscher). Diese Personen bekommen Rederecht und/oder das Recht, ihre Meinung niederzulegen und zu veröffentlichen. Es gibt eine Pflicht, diese Meinung zu bewerten (warum der Meinung gefolgt wird oder warum nicht. Das könnte eine gute Ergänzung des Parteiensystems sein, das in Solingen einzelnen Familien eine ungemessen hohe Einflussnahme über Jahrzehnte ermöglicht. Das betrifft alle Parteien. Finanzierung durch Verzicht auf Honorare für externe Berater.		3	22	12	10	2	Diese Maßnahme ist mit den Regelungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen unvereinbar. Derartige Möglichkeiten der Einbringung Dritter durch gestaltende Teilnahme an „Ratssitzungen oder Arbeitskreisen, wo Entscheidungen fallen“, lassen die gesetzlichen Regelungen der Kommunalverfassung in der geschilderten Form nicht zu. Der hinter der Anregung liegende Gedanke der verstärkten Bürgerbeteiligung spiegelt sich aber bereits seit den achtziger Jahren in den jahrzehntelangen Veränderungen der Gemeindeordnung für Beteiligungsrechte wieder. Beispielhaft sei die Einführung sogenannter „sachkundiger Bürger“ und „sachkundiger Einwohner“ genannt, die genau die Einbeziehung von zusätzlichem Sachverstand außerhalb von verpflichtenden Parteimitgliedschaften in Ausschüssen ermöglicht oder die Einführung eines sogenannten „Bürgerantrages mit Anregungen und Beschwerden“, der Möglichkeit der Durchführung von Einwohnerfragestunden in Rat und Bezirksvertretungen, die Einführung des Instrumentes des Bürgerbegehrens oder des Bürgerentscheids.	0
41	Konzentration auf politische Qualität 4	Die Vorschläge von Rödl & Partner zur Sanierung der Musikschule sind zurückgezogen worden. Die nicht mehr sichtbaren Ratschläge des Finanzsektors (Rödl & Partner) an den Kultursektor (Musikschule SG) klingen aber noch im Ohr. Finanziert der Kultursektor Musikunterricht an Orchideeninstrumenten? Die Assoziation "Liebhaberei" wird sicherlich nicht zufällig nahegelegt. Ist der Kultursektor zu billig? Da dieses löbliche Portal einen Beitrag zur Bürgerbeteiligung und damit zur politischen Qualität in SG darstellen will, wäre es schön, wenn auch unangenehme Fragen nicht durch Bauernopfer (Rödl & Partner) sondern durch Mitteilungen beantwortet würden: Deshalb noch einmal die Frage 1: Erzielt die Musikschule Einnahmen durch den Unterricht von Orchideeninstrumenten? Decken diese evtl. den Aufwand? Die Frage 2 lautete: Gibt es im Umfeld eine Musikschule, die höhere Gebühren nimmt als die unsrige? Sollten Kosten durch die Beantwortung der Fragen entstehen, böte sich als Finanzierung eine Kürzung der Rechnung von Rödl Partner wegen Minderleistung an.	0-10.000	1	15	9	6	3	Die sogenannten Orchideeninstrumente wie Akkordeon, E-Bass, Horn, Tuba oder Oboe erzielen für das jeweilige Instrument einen Umsatz, der den entstehenden Honoraraufwand übersteigt. Nach Abzug der Honoraraufwendungen erwirtschaftet die Musikschule einen Gewinn. Die Entgelte der Musikschulen der Nachbarstädte fallen je nach Einzel- oder Gruppenunterricht unterschiedlich aus. Insgesamt kann dazu ausgeführt werden, dass die Musikschule Solingen im Vergleich dieser Städte eher zu den hochpreisigen Instituten gehört. Durch die vorgeschlagene Maßnahme wird keine Ergebnisverbesserung erzielt, sondern der Verlust der Musikschule erhöht sich.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

42	BGSneu07: Solinger Bädergesellschaft (SBG): Ertragspotenzial durch Preisanstieg bei Vermietung der Schwimmbecken	Seit fast 40 Jahren bin ich in unserer Stadt für gehandicapte Menschen ehrenamtlich tätig. Wenn ich diesen Beitrag und die dazugehörigen Kommentare hier lese und auch noch diese Abstimmung betrachte, bin ich einfach fassungslos! Wie ist es möglich, dass ein so lapidar formulierter Einsparbeitrag, als Diskussions- und Abstimmungsgrundlage ins Bürgerbeteiligungsportal gelangt? Sind die 12.000 Euro wirklich elementar für die Sicherung des Haushaltes und rechtfertigen somit einen so ausgrenzenden Vorschlag der Verwaltung? Kann man diesen Vorschlag als gesetzliche Zusicherung einer vollen Einbeziehung der Menschen mit Behinderung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft auffassen? Ich frage mich allen Ernstes, ob wirklich jedem, das seit dem 23.03.2009 gültige Gesetz, nämlich die Behindertenrechtskonvention bekannt ist? Hierzu meine herzlichste Empfehlung an Alle, dieses Gesetz intensiver zu lesen, damit solcher Lapsus nicht noch einmal passiert. Die zuständigen Politiker, Verwaltung und auch die Leiter der vielen Einrichtungen, die sich für diese nicht kleine Gruppierung von NUR ca. 25.000 registrierten Behinderten in unserer Stadt verantwortlich zeichnen, sind sicher bestens im Thema. Wurden sie gefragt? Anscheinend nicht! Sonst stände dieser Vorschlag des Beratungsunternehmens Rödl & Partner hier nicht so als Spar- und Einnahmenvorschlag der Verwaltung. Die Eintrittspreise der Vereine Reha- und Behindertensportverein Solingen 1953 e.V (RBS) und auch der Behinderten Sportgemeinschaft Solingen e.V. (BSS) sollen auf 2,40 € je Person und Nutzungstag angehoben werden. Die Umsetzung dieses Vorhabens bedeutete für jeden Teilnehmer: 2,40 € mal 52 Wochen - entsprechen 124,80 € an jährlichen Mehrkosten! Im Falle einer wöchentlich zweimaligen Nutzung (Dienstag und Donnerstag) wären es sogar 249,60 € jährlich. Diese Beträge sind für sehr viele Mitglieder nicht bezahlbar, da sie bei der Lebenshilfe beschäftigt sind oder nur auf ein sehr, sehr geringes Einkommen bzw. Rente zurückgreifen können. Eine Preisanhebung in diesem Ausmaß hätte unweigerlich die Auflösung der beiden genannten Vereine, den Entzug der sportlichen Betätigung, der sozialen Kontakte und somit der gesellschaftlichen Teilhabe für diese Menschen zur Folge. Ich würde mir wünschen, dass jeder Abstimmungswillige vorher persönlich eine Einrichtung der Lebenshilfe oder ähnliches in Augenschein nimmt und sich dort über die Menschen einen Einblick verschafft. Mit ihnen in Kontakt tritt und auch Erkundigungen über die Arbeit und Einkommensverhältnisse einzieht. Des Weiteren auch den Lebensraum, die Lebensweisen und Lebensart und vieles mehr in Erfahrung bringt und dann sein eignes Gewissen prüft und wirklich erst danach abstimmt. Arnold Falkowski	k. A.	13	35	19	16	3	Das ist kein Bürgervorschlag, sondern eine Stellungnahme zum Vorschlag BSGneu07	0
43	Vogelsang	Behinderte laut Gesetz Anspruch auf eine uneingeschränkte Teilhabe ! So ein Spar Beitrag gehört wirklich nicht in dieses Forum .diese Gruppe ist hier schutzlos und kann sich nicht selber zu Wort melden..man kann nur den wenigen dankbar sein, die sich für diese Menschen stark machen.	k. A.	10	16	12	4	8	Das ist kein Bürgervorschlag.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

44	Badneubau	ST Vorschläge: m.E. am geeignetens Weyersberg. Jedoch ist Neubau notwendig??? Schwimme seit Jahren dort jede Woche: sichtbar alles sauber und OK (fast) Vorschlag :Pulldach 100.000,- ; Rundumpfleger 80000,-; Innendach alles OK dennoch 50000,- Fassaden-Glas 200000,-; Technik 1500000,-, sonstiges Planung 70000,-; macht ca. 2 Millionen! Wie schmeißt Ihr mit dem Geld um Euch? Gruß HJ Weller	k. A.	1	22	2	20	-18	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
45	Freiwilliger Lohnverzicht in Höhe von 8% von Solinger Mitarbeitern des höheren öffentlichen Dienstes und Spitzenbeamten (Besoldungsordnung ab A15/komplette Besoldungsordnung B)	Aufgrund der dramatischen Lage sollen die Spitzenbeamten, sprich die komplette Besoldungsordnung B, wie auch die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes der Besoldungsordnungen ab A15 auf 8% ihres Gehaltes/Soldes freiwillig verzichten. Die Besoldungsordnungen betreffen hierbei die Mitarbeiter des höheren Dienstes oder die Stadtspitze, wie Oberbürgermeister und Dezernenten. Der freiwillige Lohnverzicht ist mehr als ein symbolischer Wert. Er soll vorläufig bestehen bleiben bis die Kämmerei die veranschlagte schwarze Null für den Etat in 2021 präsentieren kann. Bei der festgelegten Besoldungsordnung von 4.737,97 Euro/monatlich bis 12.376,97 Euro/monatlich ist der freiwillige Lohnverzicht vertretbar, eine Unterstützung für die Stadt und zeitgleich ein Motivator. Dass der freiwillige Lohnverzicht keine schwarze Null alleine bringt ist logisch, aber das macht eine Hundesteuer schon mal erst recht nicht ;-) http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/einkommenstabellen/besoldungstab_nordrhein-westfalen_160801.pdf http://www.rp-online.de/nrw/staedte/solingen/buergerhaushalt-nur-zwei-besucher-bei-info-abend-aid-1.6299502	>100.000	5	65	44	21	23	Ein freiwilliger Verzicht auf Bezüge wäre gem. § 2 Abs. 3 Landesbesoldungsgesetz rechtswidrig: „Auf die gesetzlich zustehende Besoldung (...) kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden.“ Darüber hinaus sei angemerkt, dass durch viele Führungskräfte freiwillig unbezahlte Mehrarbeit in nicht unerheblicher Höhe geleistet wird.	0
46	Keine Finanzierung von Vereinen oder sonstigen Vereinigungen	Damit die Stadt wirklich wieder ihren Haushalt geregelt bekommt und gleichzeitig weiter handlungsfähig bleibt, ist der Vorschlag, dass keine Vereine, ausgenommen jene, die zum Erhalt der öffentlichen Ordnung und Sicherheit (z.B. freiwillige Feuerwehr) und die zum Allgemeinwohl beitragen, mehr Fördergelder in irgendeiner Weise erhalten. Vereine sollten in der Lage sein sich selbst zu tragen und können sich nicht auf Kosten einer Stadt sanieren oder fördern lassen. Ein Verein kann ja auch Bufdis oder Ehrenamtler einstellen, wenn dieser ebenfalls Finanzprobleme hat.	k. A.	1	59	16	43	-27	Zuweisungen und Zuschüsse sind grundsätzlich in der Anlage 23 zum Haushalt geregelt. Dabei ist zwischen freiwilligen und gesetzlich festgeschriebenen Zuschüssen unterschieden. Weiterhin gibt es dann Zuschüsse, die vertraglich gebunden sind und Zuschüsse die ohne vertragliche Bindung ausgezahlt werden. Die Anlage 23 wird aktuell im Rahmen eines Projektes „Zentrale Zuschussbeauftragung“ mit den Zuschussempfängern gemeinsam auf evtl. Optimierungs- und Konsolidierungsmöglichkeiten untersucht. Weiterhin wird die Anlage 23 jährlich in den Haushaltsberatungen der Politik intensiv diskutiert und mit Zustimmung der Politik in dieser Form fortgeschrieben. Das Potential kann aktuell nicht beziffert werden, da es ergebnisabhängig vom Projektergebnis ist.	0
47	Nebenkostenerstattungen für Kunden des Jobcenters	Ich vermiete mehrere Wohnungen an Kunden des Jobcenters. In diesem Zusammenhang erstelle ich Nebenkostenabrechnungen, deren Gutschriften an die Mieter ausgezahlt werden, da hinsichtlich dieser Guthaben zwischen mir als Vermieter und dem Jobcenter keine Vereinbarungen bestehen. Ich gehe davon aus, dass diese Rückzahlungen für das Jobcenter ins Leere laufen und schlage deshalb vor, entsprechende Abführungsvereinbarungen zu schließen, da mögliche Nachzahlungen auch vom Jobcenter geleistet werden. Durch die gefallenen Energiekosten werden auch dieses Jahr in meinem Umfeld z.T. erhebliche Nebenkostenerstattungen entstehen.	10.000-50.000	3	46	39	7	32	Die Kundinnen und Kunden, die durch das Kommunale Jobcenter Solingen Leistungen beziehen, sind verpflichtet, ihre Nebenkostenabrechnungen dem Jobcenter vorzulegen. Etwaige Guthaben werden dann mit den zu gewährenden Leistungen verrechnet. Einspareffekte sind daher nicht vorhanden.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

48	Land und Bund	M.E. haben das Land und der Bund durch die sog. "Reformpolitik" der vergangenen Jahre viele Kosten auf die Kommunen abgewälzt (Sozialausgaben, Bildung...) Deshalb sollten sich die Kommunen mit vielen Migrant/inn/en und sozialen Problemen (Arbeitslosigkeit etc.) viel deutlicher bei der Landes- und Bundesregierung Gehör verschaffen. Unsere Landtags- 8und Bundestagsabgeordneten betreiben zu viel Parteipolitik und setzen sich nicht für SG ein: sie sollten endlich in die Pflicht genommen werden, für SG und nicht für CDU bzw. SPD einzutreten. Der Solidaritätsbeitrag muss auf die notleidenden Kommunen z.B. in NRW umgeleitet oder abgeschafft werden.	k.A.	1	36	30	6	24	Der Vorschlag Land und Bund für Aufwendungen in Anspruch zu nehmen, die durch Bundes- und Landesgesetze „verursacht“ werden, erfolgt bereits gegenüber dem Land durch das Konnexitätsgesetz. Beim Bund gibt es keine rechtlich entsprechende Möglichkeit. Daher versucht Solingen durch den Kämmerer Ralf Weeke mit dem Kommunalbündnis "Für die Würde unserer Städte" sich für eine Verbesserung des finanziellen Ausgleichs der finanzschwachen Städte beim Bund einzusetzen. Letzmalig erfolgte im September ein Besuch, bei dem der Bundesrat die Entschließung in die Ausschüsse verwiesen hat. Der Vorschlag ist demnach bereits laufendes „Alltagsgeschäft“ der Verwaltung bzw. der Verwaltungsleitung. Weitere Voraussetzungen sind nicht notwendig, da die Umsetzung lfd. erfolgt. Entsprechende Finanzierungsanteile durch Bund- und Land werden in der laufenden Haushaltsplanung bereits berücksichtigt.	0
49	Ausdehnung bewirtschafteter Parkraum	Wer Platz für sein Auto braucht, sollte auch dafür zahlen. Grundstücke für andere Dinge kosten schließlich auch Geld. Aber noch immer ist der Parkraum vieler, auch zentrumsnaher, Straßen unbewirtschaftet. Während man beispielsweise an der unteren Düsseldorfer Straße Parkgebühren verlangt, ist das Parken direkt um die Ecke, am Heiligenstock, kostenlos. Warum? Man sollte den Parkraum also viel flächendeckender bewirtschaften. Sinnvoll wäre es auf vielen Straßen auch, die Parkmöglichkeiten zu reduzieren (Attraktivierung des Straßenraums!) und die verbleibenden Stellplätze für Anwohner zu reservieren - dann aber mit kostenpflichtigem Anwohnerparkausweis. Das wären verlässliche Einnahmen.	>100.000	12	57	12	45	-33	Der Parkraum im Bereich der Fußgängerzone Düsseldorfer Straße ist erforderlich, da hier Parkraumüberlagerungen durch Kunden, Einzelhandel und Bewohner vorhanden sind. Hier ist ein Nutzerwechsel angestrebt, damit der Parkraum optimal genutzt wird. Im Bereich Heiligenstock ist eine solche Überlagerung zurzeit nicht vorhanden, so dass bei einer Bewirtschaftung des Parkraums nur eine Verdrängung des Parksuchverkehrs in die anliegenden Anwohnerstraßen erfolgen würde. Die Einrichtung von Bewohnerparkplätzen unterliegt einigen Beschränkungen, so ist es nicht möglich 100 % des Parkraums für Bewohner zu reservieren. Eine weitere Voraussetzung ist, dass in dem bewirtschafteten Bereich Parkdruck herrscht. Der Vorschlag lässt sich nicht realisieren. Eine Einsparung oder Mehreinnahme ist nicht zu erzielen.	0
50	Austausch der Beleuchtung	Austausch der Straßenbeleuchtung aber auch der Beleuchtung in allen öffentlichen Gebäuden auf LED Technik. Die Kosten hierfür amortisieren sich in kürzester Zeit und die Umwelt profitiert nebenbei auch noch.	k. A.	3	65	60	5	55	Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik hat bereits im Jahr 2011 insbesondere auf verkehrswichtigen Straßen (Hauptverkehrsstraßen) mit einem entsprechend hohen Verkehrsaufkommen begonnen. Soweit möglich wurde die Umrüstung mit Fördermitteln des Bundesumweltministeriums finanziert. Auch in diesem Jahr wurden rd. 650 LED-Leuchten mit einem Investitionsvolumen von ca. 280.000 Euro beschafft und sukzessive auf Hauptverkehrsstraßen installiert. Im Rahmen verfügbarer Investitionsmittel ist beabsichtigt, auch in den kommenden Jahren mit der Umrüstung fortzufahren. Voraussetzung für weitere Umrüstungen in den nächsten Jahren ist die Zurverfügungstellung von entsprechenden Investitionsmitteln im Haushaltsplan der Stadt Solingen. Wenn man das Investitionsvolumen im Jahr 2016 in Höhe von 280.000 Euro zugrunde legt, ergibt sich durch die Umrüstung von rd. 650 Straßenleuchten auf LED-Technik auf Basis des derzeit für die Stadt Solingen geltenden Energiepreises eine Energiekosteneinsparung von ca. 13.300 Euro jährlich. Für öffentliche Gebäude wird die Maßnahme bereits umgesetzt, soweit dies finanzwirtschaftlich vertretbar ist. Bei Neubauten und größeren Sanierungen werden bereits LED Leuchten eingesetzt. Ein flächendeckender Austausch wird aus Kostengründen nicht stattfinden. Bei einem Austausch der Leuchten ist auch mit zusätzlichen Anpassungsarbeiten an den jeweiligen Decken und Wänden zu rechnen. Ein Austausch der vorhandenen Beleuchtung ist wirtschaftlich nur darstellbar, wenn Fördermittel genutzt werden können. Eine vollständige Eigenfinanzierung rechnet sich leider nicht, da die folgenden Kapitalkosten die eingesparten Stromkosten übersteigen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der sehr günstige Preis, den die Stadt für den selbst produzierten Strom zahlt. Ein Einsparbetrag ist entsprechend nicht zu erwarten.	0
51	Umbau Birker Bad	Hier muss ein Publikumsmagnet hin wie z.B das Ebertbad in Oberhausen das als Veranstaltungsort umgebaut wurde. In Kombination könnte hier auch eine Diskothek mit Biergarten entstehen und so auch das Nachtleben in der Innenstadt beleben und den Südpark mit der Innenstadt verbinden. Damit würden gleichzeitig auch die Frequentierung der unteren Hauptstraße zunehmen und diese Lage z.B. auch für die Gastronomie attraktiver machen. Auch aus den Umliegenden Städten würden dann mehr Besucher kommen. Aber bitte keinen Umbau in eine Markthalle, das ist eine totgeburt mit Ansage!	k. A.	5	46	30	16	14	Die vorgeschlagene Maßnahme ist mangels Investor nicht umsetzbar. Im Rahmen der Vermarktung des Birkerbades haben zahlreiche Gespräche, Besichtigungen und Verhandlungen mit Interessenten stattgefunden. U. a. wurde von einem Solinger Unternehmer auch eine Umnutzung des Birkerbades im Sinne des vorliegenden Antrages geprüft. Leider fand sich für ein solches Projekt kein Investor und keine Bank, welche ein solches Projekt finanzieren wollte. Insoweit musste eine solche Nutzung als nicht finanzierbar verworfen werden. Die Höhe der notwendigen Investitionen für eine solche Umnutzung, für die bereits eine sehr detaillierte Planung bestand, wurde vom damaligen Interessenten nicht genannt. Zwischenzeitlich besteht ein Optionsvertrag mit einem Projektentwickler, der das Birkerbad kaufen und in Abstimmung mit der Stadt einer denkmalverträglichen Nutzung zuführen möchte.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

52	Freiwillige Bürgerabgabe	Viele Bürger in Solingen haben Interesse Infrastruktur, Dienstleistungen und Kultur in Solingen zu erhalten und zu stärken. Daher sind sicherlich auch viele bereit, die Stadt für diese Anliegen finanziell zu stärken. Mein Vorschlag ist, die Bürger zu einer freiwilligen, monatlichen Bürgerabgabe zu bewegen. Beispielsweise 20, 50, 100 oder mehr Euro. Neben den vielen kleinen Beiträgen gäbe es sicherlich unter den Vermögenden auch Bürger, die große Beiträge leisten können und den Standort Solingen gerne stärken. Einnahmen von mehreren Millionen Euro pro Jahr sind hier denkbar. Die sich beteiligenden Bürger könnten entsprechend gewürdigt werden, vielleicht auch in einigen Bereichen Vergünstigungen erhalten (kostenloser Eintritt in Museen o.ä.). Transparenz oder Zweckgebundenheit der Einnahmen sind natürlich sicherzustellen.	>100.000	4	51	20	31	-11	Eine Bürgerabgabe ist eine freiwillige Zuwendung für einen religiösen, wissenschaftlichen, gemeinnützigen, kulturellen, wirtschaftlichen oder politischen Zweck. Spenden kann jeder Bürger an die Stadt Solingen zu verschiedensten Zwecken richten. Hier sind einmalige, aber auch monatliche Spenden in unterschiedlichster Höhe möglich. Durch die geplante Einrichtung eines „Bürgerfonds“ sollen möglichst viele Akteure in der Solinger Stadtgesellschaft motiviert werden, durch Eigenengagement und Initiative gemeinsam mit der Verwaltung eine sogenannte win-win-Situation herzustellen. Für die Projekte wurden bereits entsprechende Anschubfinanzierungen im Haushalt berücksichtigt (in 2016: 60.000 EUR). Für die Umsetzung ist eine konzeptionelle Erarbeitung eines Konzeptes zur freiwilligen „Bürgerabgabe“. Das Einnahmepotential kann nicht beziffert werden.	0
53	Hallenbad Vogelsang	In Esslingen wurde um ein " altes " Bad ein neues angebaut und dann das " alte " mit einbezogen. Heute steht hier ein modernes Bad mit Saunalandschaft usw. Das wäre eine Idee für unser Hallenbad Vogelsang. s. Merkel'sches Schwimmbad Esslingen	k. A.	11	46	34	12	22	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
54	Mobilitätsabgabe	Die Stadt Solingen führt eine Mobilitätsabgabe für jeden Haushalt ein. Für einen Betrag von 20,- € monatlich pro Person können alle Busse der Stadtwerke und alle öffentlichen Parkplätze kostenlos genutzt werden. Größter Nutzen ist die sichere Finanzierung des Busverkehrs, außerdem entstehen Kostenreduzierungen durch die Abschaffung der Parkscheinautomaten und weniger Kontrollaufwand. Insgesamt ist mit Mehreinnahmen + Ausgabenreduzierung von 20 Mio € jährlich zu rechnen	>100.000	9	62	35	27	8	Nach erster Einschätzung dürfte die Stadt Solingen eine Mobilitätsabgabe der vorgeschlagenen Art aufgrund der fehlenden gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage allein durch die Schaffung von Ortsrecht gar nicht erheben. Darüber hinaus dürfte eine jeden Bürger treffende, gesetzlich geregelte Mobilitätsabgabe, unabhängig davon, ob er die Leistungen des ÖPNV in Anspruch nimmt oder nicht, verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen.	0
55	Anzahl der Wahlstimmbezirke verkleinern	Der Zuschnitt von Wahlstimmbezirken orientiert sich an der Zahl der Wahlberechtigten in einem Bezirk. Durch abnehmende Wahlbeteiligung und zunehmende Briefwahl wird der Zahl der Wähler im Wahllokal stets weniger. Die Auslastung des Wahlvorstandes sinkt. Eine Bewältigung von zurzeit zwei Stimmbezirken durch einen Wahlvorstand erscheint möglich. Die Einsparung beträgt die an Erfrischungsgeldern, an Verwaltungsaufwand und an Verbrauch von ehrenamtlichen Engagement.	0-10.000	1	59	47	12	35	Die Anzahl der Stimmbezirke kann nicht generell verkleinert werden, da die Arbeitsbelastung der Wahlvorstände nicht nur von der Wahlbeteiligung sondern auch von der Anzahl der Zählvorgänge beeinflusst wird. So sind bei Bundes- und Landtagswahlen jeweils 2 Zählvorgänge und bei Kommunalwahlen 3 -4 Zählvorgänge notwendig (Oberbürgermeister, Rat, Bezirksvertretung, ggfs. Integrationsrat). Lediglich bei den Europawahlen ist nur ein Zählvorgang (mit allerdings sehr vielen Parteien) notwendig. Die Wahlbeteiligung vorherzusagen ist sicherlich ebenfalls nur eingeschränkt möglich, da sich die Aufmerksamkeit der Parteien – auch speziell neuer Parteien – gerade auf die Aktivierung neuer Wählerschichten abzielt. Dies war insbesondere bei Landtagswahlen in letzter Zeit zu beobachten (Wahlbeteiligung bis zu 10 % höher). Nicht zu vergessen sind die Auswirkungen bei verbundenen Wahlen wie zuletzt in 2015 (Europawahl und Kommunalwahl am selben Tag). Dabei ist die Arbeit der Wahlvorstände ausschließlich im Ehrenamt zu leisten. Wird die Arbeitsbelastung über Gebühr erhöht, wird es zusätzlich schwieriger Personen zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu motivieren. Eine Umsetzung ist daher nicht sinnvoll.	0
56	Fraktionsgelderhöhung wieder zurücknehmen	Leider ist es nicht erklärlich warum sich der Rat in dieser Situation sich die Fraktionsgelder um ca. 130.000 EUR erhöht hat. Unabhängig des großen Medienspektakel über die Malteser ging diese Meldung fast unter: http://www.rp-online.de/nrw/staedte/solingen/ratsfraktionen-genehmigen-sich-hoeheren-zuschuss-aid-1.6079502 . In dieser Situation hätte man eher eine Entlastung erwartet statt einer Erhöhung von ca. 20% ,aber scheinbar sieht man das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes schon erreicht.	>100.000	11	76	70	6	64	Die Maßnahme ist theoretisch umsetzbar, setzt aber einen neuen Beschluss der Fraktionen voraus. Entgegen der Behauptung aus dem Vorschlag war sehr wohl eine Erklärung dem von den Fraktionen im Rat entwickelten Erhöhungsantrag beigefügt. Das kann man in Teilen in dem mit Link zitierten Medienartikel auch nachlesen.	130.000

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

57	VIP Pass für MVA	Die MVA ist gut besucht und jeder der samstags schon mal da war, weiss das sich die Wartezeiten schon ausdehnen können. Warum nicht dazu einen VIP-Dienst einrichten, der für einen kleinen Aufpreis, eine bevorzugte Einfahrt gewährt. Dies ließe sich, mittels Webangebot(PAYPAL, Überweisung, etc) leicht einrichten und könnte simpel umgesetzt werden. Die Mehreinnahmen könnten zur Stützung der anderen Betriebe dienen z.B. Hallenbad, etc. Gleiches gilt natürlich für alle anderen Stellen, wo Zeit teuer ist.	k. A.	4	34	11	23	-12	Das Problem der Wartezeiten besteht in der Infrastruktur des MHKW. Bedingt durch das Baujahr des MHKW wurde ein Standort innerhalb der Stadt gewählt, der den damaligen Ansprüchen Rechnung trug. Unter heutiger Betrachtung, bei der Veränderung der gegenwärtigen Randbedingungen, sind sowohl zu enge und zu kurze Zu- und Abfahrtswege, erhebliche Platzprobleme durch eine zu enge Bebauung der Peripherie, als auch der Bestand nur einer Fahrzeugwaage als Gründe definierbar. Dies führt trotz aller Bemühungen der Beschäftigten, bei einer Anlieferungsfrequenz von ca. 130.000 PKW's pro Jahr, hin und wieder zu einer Warteschlange, leider auch innerhalb öffentlicher Anfahrtsstraßen. Die Idee eines VIP Dienstes ist gut und wird eine Diskussionsbasis darstellen, wenn allen Kunden eine auskömmliche Infrastruktur der Anlieferung in Form einer Gleichbehandlung bis zur Waage, zur Verfügung gestellt wird. Eine Privilegierung könnte dann im weiteren Ablauf erfolgen z.B. durch ein bargeldloses Bezahlungssystem oder ähnlichem, unter Nutzung entsprechender Softwarelösungen. Zurzeit löst der Vorschlag leider nicht die Problematik der Wartezeit aller, sondern lediglich einiger Kunden. Dies wirft insbesondere dann die gleichen Probleme wieder auf, wenn sich eine Vielzahl der Kunden für diesen Weg entscheiden. Auch der VIP Partner müsste im Rahmen unserer Vorgaben seine Abfallzusammensetzung darstellen und gewogen werden. Die Wägung selbst, sowie die damit verbundene Klärung der Abfallzusammensetzung, benötigen einen Ablaufzeitraum der bewältigt werden muss. Damit wäre zwar der Vorteil der operativen Vorbeifahrt eines Einzelnen am gemeinen Kunden gegeben, aber das Problem der Wartezeiten für alle Kunden des MHKW wird nicht gelöst. Aber genau darin liegt unser Interesse. Um diesem Problem allumfänglich zu begegnen besteht die Strategie der Betriebsleitung der TBS darin, die Privatanlieferungen langfristig vom MHKW weg, zu dezentralen Wertstoffhöfen zu führen. Dies würde nicht nur die Anliefererfrequenz beim MHKW entzerren, sondern auch die Anfahrwege der Kunden aus den einzelnen Stadtteilen berücksichtigen. An diesen Vorgaben wird zurzeit gearbeitet. Ob ein Effekt für den städt. Haushalt überhaupt denkbar ist, ist höchst fraglich. Wahrscheinlich müssten zusätzliche Einnahmen beim MHKW in die Kalkulation der Anlieferungsentgelte einfließen.	0
58	Vereinheitlichung der Sitzungsgelder für Aufsichtsräte und Sparkassenverwaltungsrat	Die Höhe der Sitzungsgelder für die Teilnahme an Sitzungen von Aufsichtsräten und dem Verwaltungsrat der Solinger Stadtparkasse sollen vereinheitlicht werden und sich an den Regelungen der Sitzungsgelder für Rats- und Ausschusssitzungen orientieren.	10.000-50.000	0	52	50	2	48	Für die Teilnahme an Sitzungen von Aufsichtsräten, in die Vertreter des Rates benannt und entsandt wurden, zahlt die Stadt Solingen keine Sitzungsgelder. Soweit „Sitzungsgelder“ oder ähnliche Erstattungen für den Aufwand geleistet werden, werden diese durch das jeweilige Unternehmen selbst geleistet. Die Höhe richtet sich nach den von den Unternehmen in Eigenverantwortung geregelten Beträgen, bei der Sparkasse beispielsweise aufgrund abgestimmter Verbandsempfehlungen. Die Beschlussfassung entzieht sich der Zuständigkeit des Rates oder der Verwaltung der Stadt. Es ergibt sich kein Einsparpotential für den städtischen Haushalt.	0
59	Geschäftsführer- und Vorstandsgehälter senken	Auch führende Mitarbeiter städtischer Unternehmen müssen einen Sparbeitrag leisten. Die Gehälter von Geschäftsführern städtischer GmbHs sollten bei Vertragsverlängerungen oder bei neuen Arbeitsverträgen spürbar abgesenkt werden. Ebenso gehören die Gehälter der Vorstände der Stadtparkasse Solingen zur Diskussion gestellt. Im Jahr 2015 verdiente allein der Vorstand Stefan Grunwald 418 Tsd. Euro. Sein Stellvertreter Manfred Kartenberg bekam 384 Tsd. Euro. Diese Gehälter sind reinster Irrsinn, gerade wenn man sich dazu noch die prekäre Situation der Stadt vor Augen hält. https://www.sparkasse-solingen.de/pdf/vertragsbedingungen/Jahresbericht.pdf	>100.000	5	69	66	3	63	Die angegebenen Vorstandsgehälter sind korrekt wiedergegeben und öffentlich zugänglich (siehe Jahresbericht der Stadt-Sparkasse Solingen). Die Gehälter orientieren sich an den Empfehlungen des Rheinischen Sparkassen und Giroverbandes. Sie liegen im Rahmen der Empfehlungen für eine Sparkasse der Größe der Stadt-Sparkasse Solingen und werden nicht von der Stadt Solingen bezahlt.	0
60	Erhöhung der Bußgelder für Verschmutzung	Ich weiß nicht in welcher Größenordnung ich hier denke, jedoch würde ich versuchen, durch eine dramatische Erhöhung von Bußgeldern für z.B.: Zigarettenkippen oder Kaugummi auf den Boden werfen oder vor allem auch Hundekot auf Gehwegen oder Rabatten, die Einnahmeseite zu stützen. Vor allem würde dies unabhängig davon, dem Stadtbild und der Sauberkeit sehr gut tun.	k. A.	10	58	56	2	54	Grundlage der dargestellten Vorschläge sind Ahndungen von Ordnungswidrigkeiten aus dem Bereich des Projektes "Saubere Stadt - immer schön sauber bleiben" (2006/2007) unter der Federführung des damaligen Ordnungsdezernenten mit Beteiligung von TBS und SD 32, in welchem unter anderem zu ahndende Verstöße in Art und Höhe des Verwarnungs- bzw. Bußgeldes festgelegt wurden. Sinn und Zweck sind Verschönerungen bzw. Erhalt des Stadtbildes, Gesundheit (Tierkot in Sandkästen), Sauberkeit, Erziehung etc. Eine Änderung des Bußgeldkataloges der Stadt Solingen wäre grundsätzlich möglich, eine positive Auswirkung auf den Haushalt der Stadt Solingen hätten diese Verwarnungs- bzw. Bußgelder voraussichtlich nicht, da die Überwachung/Feststellung sehr personalintensiv und die Anzahl der einzelnen Personen beweissicher zuzuordnen festgestellten Verstöße tatsächlich gering ist.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

61	Senkung der Grund- und Gewerbesteuer	Anstatt die Steuern kontinuierlich zu erhöhen wäre es doch sinnvoll mal über eine Investition in Form einer Senkung der o.g. Steuern nachzudenken, analog der umliegenden Städte (Monheim, Langenfeld, Leichlingen etc) Ziel muss es sein Solingen wieder attraktiv zu machen für Unternehmen und Einwohner. Ich kann nicht verstehen was Solingen so besonders macht, dass entsprechende Sätze verlangt werden und auch noch über Erhöhungen nachgedacht wird. Meiner Meinung nach ist dies eine Spirale nach unten .	k. A.	4	44	32	12	20	Die Gemeinde ist aufgrund der Teilnahme am Stärkungspakt II verpflichtet im Jahr 2018 einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Dieser richtet sich nach § 75 Abs. 2 der GO wonach die Gesamtsummen der Erträge und Aufwendungen übereinstimmen müssen. Die Ausgaben der Gemeinde müssen demnach durch die Erträge gedeckt werden. Wenn vorrangige Deckungsmittel wie sonstige Deckungsmittel (Mieten, Bußgelder, Pachten..) nicht ausreichend können über spezielle Entgelte (Gebühren, Beiträge und Eintrittsgelder) die Ausgaben gedeckt werden. Wenn jedoch auch diese Mittel nicht ausreichen, müssen die Steuern für die Ausgaben als Deckungsmittel genutzt werden. Eine Senkung der Steuern wäre demnach nur möglich, wenn ein entsprechender Überschuss im Haushalt bestehen würde.	0
62	Flächennutzung Solinger Naherholungsgebiete	Derzeit leiden die Solinger Naherholungsgebiete subjektiv unter einer stark verminderten Nutzung durch die Bürger, weshalb die laufenden Ausgaben für deren Erhaltung berechtigter Weise auf den Prüfstand gehören, bzw. über eine Attraktivitätssteigerung nachgedacht werden muss: Beispiel Bärenloch: Die vorhanden Einrichtungen, wie Skatepark, Beachvolleyball, Basketballplatz, Spielplatz werden nur sehr unzureichend genutzt. Selbst an Nachmittagen im Sommer kommt man höchstens auf 5-7 Familien. Beispiel Gräfrather Heide: s.o.. Beispiel Brückenpark: s.o. M.E. gilt es festzustellen, wieso der Nutzen zur Zeit so gering aus fällt (demographischer Wandel der Anlieger? Unzureichende Infrastruktur? Unkenntnis über das Angebot? Fehlendes Begleitangebot?), um im nächsten Schritt über eine Einsparung (Umnutzung/Aufgabe), bzw. Investition nachzudenken.	10.000-50.000	3	30	11	19	-8	Erfahrungsgemäß besteht eine geringe Toleranz in der Öffentlichkeit und der Politik in Bezug auf die Schließung von Anlagen oder den Abbau von Geräten/Bänken etc. Diese Erfahrungen wurden zuletzt bei der Schließung der Grünanlage Dickenbusch – als Folge der beschlossenen Einsparungen im Grünunterhaltungsbudget – gemacht. Auch eine konzeptionelle Herangehensweise (Aufstellen von Kriterien, Erstellen von Steckbriefen) erhöht die Toleranz nicht wesentlich. Hinsichtlich der Feststellungen zu den Spielbereichen kann dem Bürgervorschlag nur zugestimmt werden. Auch aus diesem Grunde entwickelt die Verwaltung derzeit ein Spielplatzentwicklungskonzept. Das Ziel dabei ist es, die Strukturen bedarfsgerecht zu verändern. Anstatt viele kleine Spielplätze, die meist unattraktiv sind, zu unterhalten, soll deren Bestand zugunsten größerer Spielplätze (z. B. Bärenloch), die dann auch attraktiviert werden sollen, verringert werden. Mit der Attraktivierung sollte sich dann auch die Nutzungsintensität erhöhen. Finanziert werden soll die Attraktivierung aus den ersparten Aufwendungen für die kleineren Anlagen. Zudem soll hier insgesamt noch ein Betrag von 50.000 € jährlich ab dem Jahr 2018 eingespart werden. Weiteres Potential darüber hinaus wird nicht gesehen.	0
63	Gebühren für Privatanlieferungen an Wertstoffhöfe	Anstelle der kostenfreien Anlieferung an die Wertstoffhöfe sollte auch hier über eine minimale Bürgerbeteiligung nachgedacht werden. So würde z.B. ein Beitrag von 2.5€ je angelieferten Sack von Gartengrünschnitt oder 1€/kg Schrott, Plastik oder Altpapier ein deutliches Plus in der Stadtkasse bedeuten.	>100.000	10	42	5	37	-32	Die „kostenlose“ Anlieferung von Grünschnitt am Wertstoffhof wird über die Abfallgebühr finanziert. Gleiches gilt für das Altpapier, sofern es sich nicht um Verpackungen handelt. Verpackungsabfälle (Plastik, Metall und Papier) werden über die Dualen Systeme finanziert und müssen kostenlos angenommen werden. Außerdem würden Schrott und Altpapier gar nicht auf dem Wertstoffhof landen, da diese Materialien – aufgrund ihres Marktwertes - auch von privaten Entsorgern kostenlos angenommen werden (manchmal gibt es dafür sogar Geld). Die Einnahmen würden nicht zu einer Verbesserung des Haushaltes führen.	0
64	Schwimmbadplanung	Ich wünsche mir im neuen "Vogelsang" jeweils eine kleine Damen- und Herrensauna an den Duschen angeschlossen, Vorbild sind die sanitären Anlagen in den nordischen Ländern!	k. A.	3	23	15	8	7	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
65	Personal (und Soziales)	Auch wenn es schmerzt, aber schaut man sich die größten Kostenblöcke im Haushalt an (http://www.stadtsolingen.de/haushalt-2017/PDF/HH_B_Vorbericht.pdf), dann sind dies Personalkosten und Sozialabgaben. Und vermutlich ließe sich hier der größte Einsparungseffekt erzielen. Doch da Sozialabgaben früher oder später jedem Bürger zu Gute kommen (alle werden älter und wollen umsorgt werden), bleibt nur die innere Struktur übrig. Es müssten externe Controller Arbeitsplatz für Arbeitsplatz untersuchen. Vermutlich würde sich der ein oder andere Arbeitsplatz von 2 auf 1 reduzieren lassen. (Braucht jede öffentliche Einrichtung einen eigenen Hausmeister, oder können sich benachbarte Gebäude auch einen teilen?). Doch wer sägt schon gerne am eigenen Ast...	k. A.	3	34	23	11	12	Der Bürgervorschlag ist bereits vorhanden (Nr. 35).	0
66	Neubau Schwimmbad	Ich bin dafür, daß das neue Schwimmbad hinter der Müllverbrennungsanlage gebaut wird. Dort ist genug Platz für das Bad und auch für die Parkplätze. Eine Anbindung von der Viehbachtalstraße ist nicht nötig, da die Kapazität der Sandstraße ausreicht.	k. A.	3	34	4	30	-26	Das ist kein Bürgervorschlag.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

67	Spiel mit den Steuern	Sicherlich ist die schönste Einnahmesituation einer Kommune eine volle Kasse durch die Gewerbesteuer. Auf dem jetzigen Niveau sind allerdings kaum Anreize für den Standort Solingen gegeben. Natürlich muss dieses auch erst einmal finanziert werden und an Geld fehlt es zur Zeit. Ergo benötigen wir eine "Vorfinanzierung" Mein Vorschlag: per 2017: Erhöhung der Grundsteuer um 150 Punkte. Dies sollte uns etwas Luft und Puffer schaffen um die Hürde 2018 irgendwie nehmen zu können. Um einen Anreiz für Gewerbetreibende zu bieten, muss ein entsprechender mittelfristiger Plan her, daher: 2018-2023: Senkung der Gewerbesteuer um 20 Punkte pro Jahr. Sollte dieses entsprechend Früchte tragen, stufenweise Rückführung der Grundsteuer ab 2020. Dies klingt natürlich mal erst hart aber Medizin schmeckt meist nie. Wichtig ist wirklich eine solide Gewerbestruktur. Arbeitsplätze sichern, Arbeitsplätze vielleicht sogar wieder mehr vor Ort zu haben etc. etc. Ich denke durchaus ein Investment in die Zukunft und nicht für die Katz.	k. A.	1	27	13	14	-1	Eine Vorfinanzierung oder eine „Grundsteuererhebung auf Vorrat“ ist grundsätzlich nicht zulässig. Die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung richten sich nach §77 der GO. Demnach legt der Gesetzgeber die Rangfolge der Deckungsmittel fest. Diese Deckungsmittel sind nach der Höhe der zur Erfüllung der Gemeinde notwendigen Aufwände zu beschaffen. Zunächst sind sog. "sonstige Deckungsmittel" und "spezielle Entgelte" zu nutzen. Erst dann können Steuern als nachrangiges Deckungsmittel eingesetzt werden. Eine Vorratsfinanzierung entspricht daher nicht dem Grundsatz des Bedarfsdeckungsprinzips. Die Höhe der Aufwendungen findet die Grenze in der Mussvorschrift des Haushaltsausgleichs gemäß §75 Abs. 2 GO.	0
68	Orchester streichen oder Preise anheben	Durch die Sinfonieorchester im Umkreis (Wuppertal, Düsseldorf etc) würde diese Streichung keine alzu großen Auswirkungen haben.	>100.000	8	46	24	22	2	Aufgrund bestehender Verträge zwischen den Städten Remscheid und Solingen ist eine Schließung des Orchesters vor dem Jahr 2029 nicht möglich. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wurde mit Beginn der Spielzeit 2015/2016 der sog. Orchester-Soli eingeführt. Durch die Anhebung der Eintrittsgelder um einen 20-prozentigen Aufschlag nur auf Veranstaltungen mit den Bergischen Symphoniker sollte eine Ergebnisverbesserung von bis zu 90.000,00 € erreicht werden. Im Geschäftsjahr 2015/2016 wurden hierüber Mehreinnahmen in Höhe von rd. 66.000,00 € erzielt.	0
69	Bürgerbüro verkleinern	So selten wie der Bürger ins Bürgerbüro kommt kann er auch mal 1h warten. Dadurch können locker 2 - 4 Stellen eingespart werden. Weiterhin gibt es in der Verwaltungsgruppe 3 Mitarbeiter, obwohl die Haupttätigkeit an das Callcenter gegeben wurde. Der Leiter des Teams erzählt in Sportkreisen, dass er während der Arbeit für die Spruchkammer des Fussballverbandes arbeiten darf. Warum zahlt das der Bürger? Auch hier könnte man 1 Stelle sparen, da die Tätigkeiten weggefallen bzw verlagert wurden.	>100.000	0	33	8	25	-17	Es gibt derzeit in Solingen 3 gut funktionierende Bürgerbüros, 2 davon bieten zusätzlich Kfz-Zulassungen an. Eine jetzt erfolgte Umfrage hat eine hohe Kundenzufriedenheit ergeben, da sich auch die Wartezeiten im Gegensatz zu manch anderen Kommunen im Rahmen halten. Eine Verschlechterung des Serviceangebots wird kritisch gesehen, zumal eine Verringerung keinesfalls zu den vom Verfasser angegebenen Personalkostenreduzierungen führt. Die Behauptung, dass ein Mitarbeiter während der Arbeit für die Spruchkammer des Fussballverbandes arbeiten würde ist falsch. Die Sitzungen der Spruchkammer finden außerhalb der Arbeitszeit statt.	0
70	Mehr Selfservices	Die Mitarbeiter und auch die Bürger sollten viel mehr im Internet selber machen können. Hier muss die Verwaltung viel moderner werden. So können z.B. Urlaubs- und Dienstreiseanträge elektronisch angelegt und freigegeben werden. Es wäre kein Papier und keine manuelle Erfassung mehr nötig.	50.000-100.000	1	32	31	1	30	Der Bürgervorschlag ist Bestandteil von Online-Services, die im Rahmen der Digitalisierung (eGovernment (siehe Stellungnahme zu Nr. 20, da vorhandene HSP-Maßnahme) und Employee-Self-Services) bereits geprüft werden. Die Prüfung, welche bisher für die Mitarbeiter/innen erbrachten Services durch sogenannte Self-Services automatisiert erbracht werden können ist bereits angestoßen. Die Voraussetzungen sind erst noch im Rahmen eines Projektes zu erarbeiten. Die Einsparpotentiale sind erst noch im Rahmen des vorgenannten Projektes zu ermitteln. Mögliche Einsparpotentiale werden sich in den betroffenen Diensten ergeben. Die Umsetzung wird jedoch auch zu einer Ausweitung des IT-Budgets führen.	0
71	Aufgabe der Gebäude Gasstr	Die Gebäude Gasstr sollte man aufgeben und z.B. In Objekte der Sparkasse verlagern. Da diese immer mehr ihre Filialen schließt gibt es genug Objekte. So z.B. In Aufderhöhe, Ohligs und Merscheid.	50.000-100.000	2	21	9	12	-3	Die Maßnahme kann nicht sinnvoll umgesetzt werden. Die Kapazitäten der Gebäude an der Gasstraße werden voll genutzt, so dass eine alternative Unterbringung eine vergleichbare Größenordnung haben müsste. Eine einzelne Filiale der Sparkasse wäre dafür sicherlich nicht ausreichend, entsprechend käme nur eine Verteilung auf verschiedene Objekte in Betracht. Dies wiederum widerspricht der grundsätzlich beabsichtigten Vorgehensweise, möglichst wenige Standorte vorzuhalten. Es ist davon auszugehen, dass Renovierungs- und Umbauarbeiten notwendig wären. Eine alternative Unterbringung wäre nur dann finanziell darstellbar, wenn mit deutlich geringeren Aufwendungen zu rechnen wäre. Davon kann jedoch nicht ausgegangen werden, da auch dann mit Gebäudekosten wie Miete und Nebenkosten kalkuliert werden muss, wobei die Objekte an der Gasstraße mit relativ geringen Betriebskosten betrieben werden können. Es kann kein Einsparbeitrag festgestellt werden.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

72	Konsequentes Ahnden von Verstößen im ruhender Verkehr	In den Aussenbezirken wird in Bushaltestellen, absolutem Halteverbot etc geparkt. Mehr Politessen können hier schnell viel Geld erwirtschaften.	50.000-100.000	2	31	23	8	15	Um entsprechend den dargestellten Berechnungen tätig werden zu können, sind die vorhandenen Stellenanteile keinesfalls ausreichend und müssten entsprechend geschaffen werden. Daher ist die Maßnahme in der gewünschten Form derzeit nicht umsetzbar. Inwieweit eine personelle Aufstockung der Verkehrsüberwachungskräfte zu Mehreinnahmen führen, kann nicht abschließend bewertet werden. Bislang werden Parkverstöße an Haltestellen von Busfahrern aufgenommen und entsprechende Maßnahmen durch die Bußgeldstelle eingeleitet. Problembehaftete Bereiche werden zudem im Monatsgespräch mit den verkehrslenkenden Stellen (auch SWS) erörtert und Maßnahmen abgestimmt. Auch die Überwachung der Halteverbotszonen in den Außenbereichen erfolgt -im Rahmen der personellen Möglichkeiten - regelmäßig.	0
73	Kürzung Beiträge der AWO	Die Beiträge der AWO sollten auf 1/4 gekürzt werden. Das würde für den Bürger keinen Nachteil bieten.	50.000-100.000	3	29	17	12	5	Der Vorschlag basiert auf einer falschen sachlichen Einschätzung. Es wird der Eindruck erweckt die Gelder werden ohne Gegenleistung gewährt. Die Stadt Solingen arbeitet im Bereich der sozialen Träger mit allen Wohlfahrtsorganisationen zusammen. Die Gelder der Stadt an die Träger werden hierbei für die im Auftrag der Stadt Solingen betriebenen Einrichtungen und Projekte (zum Beispiel Kindergärten, Beratungsstellen...) an die unterschiedlichen Träger gezahlt. Die Arbeit der sozialen Träger ist damit eine wichtige Säule des sozialen Miteinanders in der Stadt .	0
74	Freiwillige Feuerwehr Rupelrath und Merscheid schließen	Die Freiwilligen Feuerwehren von Rupelrath und Merscheid könnten mit der Freiwilligen Feuerwehr Ohligs zusammengelegt werden. Die Einsatzgebiete grenzen aneinander und gerade Rupelrath ist dünn besiedelt und benötigt keine eigene Wache. Dieses würde Gebäude und Fahrzeuge sparen.	50.000-100.000	2	28	12	16	-4	Bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme ergäben sich durch den Verstoß gegen den am 12.01.2005 vom Rat der Stadt Solingen beschlossenen Brandschutzbedarfsplan (BSBP) erhebliche inhaltliche aber auch rechtliche Konsequenzen, die ggf. bis zu einem Organisationsverschulden reichen können. Wesentliche inhaltliche Konsequenzen wären z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • Verringerung der für den Grundschutz planerisch vorzuhaltenden Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr um 60 Kameradinnen und Kameraden. Dies entspricht einer Verringerung um 25 % (von 8 auf 6 Löscheinheiten) und damit einer deutlichen Reduzierung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr z. B. bei Großeinsatzlagen, bei Sturm- und Unwettereinsatzlagen oder bei Paralleleinsätzen. • Gerade Randgebiete wie Rupelrath werden von der Berufsfeuerwehr nicht in jedem Fall innerhalb der vorgesehenen Hilfsfristen erreicht. Hier erfolgt unter Umständen eine Verkürzung der Hilfsfrist durch die Alarmierung der Löscheinheit Rupelrath. • Nachfolgende Sonderaufgaben könnten nicht mehr ordnungsgemäß wahrgenommen werden: <u>Löscheinheit Rupelrath:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Abrollbehälter Hochwasser (Schwerpunkt Wipperkotten) -Technische Hilfeleistung (einschließlich Wasserrettungseinsätzen auf der Wupper) <u>Löscheinheit Merscheid:</u> <ul style="list-style-type: none"> - Betrieb Bereitstellungsraum. Für die Umsetzung wäre eine Änderung des Brandschutzbedarfsplanes durch Ratsbeschluss erforderlich. Das Einsparpotential kann nicht geschätzt werden.	0
75	Vollstreckung der Stadt verbessern	Die Stadt treibt viele Schulden nicht ein, da bei der Vollstreckung zuwenig Mitarbeiter arbeiten. Jeder weitere Mitarbeiter steht sicherlich für mehrere 100t €	k. A.	1	30	29	1	28	Die Anzahl der Vollstreckungsschuldner hat sich seit 2009 um 50 % erhöht. Die im Frühjahr 2016 durch die Gemeindeprüfungsanstalt erfolgte Beratung hat ergeben, dass im interkommunalen Bereich der Vollzeit-Stellen je 10.000 Einwohner der Wert für Solingen über dem Mittelwert liegt, die Personalaufwendungen in der Vollstreckung je Einwohner liegen im oberen Bereich. Ein Handlungsbedarf bzgl. Personalaufstockung wird nicht gesehen, da es durch Umstrukturierung und Veränderung von Abläufen bereits in 2015 erstmalig erreicht wurde, dass mehr Vollstreckungsforderungen abgewickelt wurden, als entstanden sind. Diese Entwicklung setzt sich in 2016 fort (Beispiel: Zugänge 2016 25.412, Abgänge 2016 29.697) d.h. der laufende Auftragsbestand wird laufend reduziert.	0
76	Todesanzeigen für städtische Mitarbeiter abschaffen	Die Todesanzeigen für Mitarbeiter, die seit vielen Jahren in Rente sind, sind eher scheinheilig. An die wenigsten erinnert man sich und nötig ist das im Endeffekt auch nicht.	0-10.000	2	47	29	18	11	Die Kosten betragen ca. 6.500 € pro Jahr. Eine Einsparung ist theoretisch möglich. Die Bedeutung der Nachrufe wird seitens der Angehörigen jedoch überwiegend positiv gesehen.	6.500
77	Feste von Vereinen auf städtischen Grundstücken prüfen	Viele Vereine (wie z.B. die Feuerwehr) feiern auf städtischen Grundstücken, verbrauchen dort Strom und Wasser und rechnen das nicht ab. Somit zahlt der Bürger hier für Energie und die Einnahmen gehen in die Kasse der Vereine.	0-10.000	3	28	11	17	-6	Die Stadt vereinnahmt die anfallenden Strom- und Wasserkosten bei Veranstaltungen auf Straßen, Wegen und Plätzen von dem jeweiligen Veranstalter. Es ist grundsätzlich so, dass bei einer rein privaten Nutzung der Grundstücke und Gebäude, die damit verbundenen Kosten dem Veranstalter in Rechnung gestellt werden. Im Einzelfall kann davon abgewichen werden, wenn der damit verbundene Aufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag steht. Die beispielhaft angeführte Feuerwehr ist kein Verein, sondern eine Einrichtung der Stadt. Es ist kein Einsparvolumen zu erzielen.	0
78	Pferdesteuer einführen	Es ist schon lange an der Zeit, dass die Pferdebesitzer zur Kasse gebeten werden. Dieses ist in anderen Städten längst gang und gäbe, warum noch nicht in Solingen?	10.000-50.000	6	46	33	13	20	Der Vorschlag ist bereits vorhanden. Eine Stellungnahme erfolgte unter Vorschlag Nr. 12	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

79	Ermittlungsdienst des Ordnungsamtes zusammenlegen	Viele Ermittlungen des Ordnungsamtes enden dadurch, dass der Gesuchte z.B. in Remscheid oder Wuppertal wohnt. Wenn man den Ermittlungsdienst mit den Städten zusammenlegen würde, dann würden kostspielige Amtshilfverfahren entfallen.	10.000-50.000	1	29	23	6	17	Inwieweit eine solche Zusammenarbeit im Rahmen der Bergischen Kooperation zu Einsparungen im Bereich der Personal- und Sachkosten führen würde, kann nicht ohne Weiteres beurteilt werden. Hierfür bedarf es einer organisatorischen Untersuchung, die im Rahmen des regelmäßigen Erfahrungsaustausches angeregt werden sollte. Daher kann zum Potential derzeit keine Aussage gemacht werden.	0
80	Kooperation der Stadtwerke im ÖPNV vorantreiben	Die Wuppertaler, Remscheider und Solinger Verkehrsbetriebe zusammenlegen. Das spart Verwaltungsmitarbeiter und auf Kosten in der Werkstatt und im Betrieb. So halten alle jeweils eine hohe Anzahl Fahrzeuge für Ausfälle etc zur Verfügung. Zusammen wären das deutlich weniger.	50.000-100.000	3	32	20	12	8	In der Vergangenheit wurde im bergischen Städtedreieck Wuppertal, Solingen, Remscheid bereits mehrfach der Versuch unternommen, die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe zusammenzulegen. Am Ende sind alle Versuche gescheitert, weil es entweder in einer oder mehreren Kommunen immer Bedenken gab. Letzter vergeblicher Versuch war im Jahr 2008 die bereits in Gründung befindliche RBSV GmbH, an der die jeweiligen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe aus Solingen, Remscheid und Velbert beteiligt werden sollten. In letzter Minute kam aus Velbert dann die Absage an die Partnerstädte. An einen neuen Versuch ist so bald nicht zu denken. Wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung dieser Maßnahme ist eine Einigung aller drei Verkehrsunternehmen sowie der Stadtverwaltungen, ein solches Vorhaben auch umzusetzen. Darüber hinaus sind zur Umsetzung einer solchen Maßnahme erhebliche Investitionen erforderlich. Schätzungen über ihre Höhe sind aus heutiger Sicht nicht seriös zu veranschlagen. Schätzungen des Spar-/Einnahmebetrages könnten erst im Rahmen eines Vorprojektes ermittelt werden, wenn alle beteiligten Unternehmen einen Blick in Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen sowie die Planungsrechnungen gewähren würden.	0
81	Rasspe Projekt stoppen	Für das ehemalige Rasspe Gelände gab es einen privaten Investor, der die Sanierung komplett aus Eigenmittel vorgenommen hätte und dort 120 gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen hätte. Darüber hinaus wären noch einige Tausend Qm Flächen zur Vermarktung durch die Wirtschaftsförderung übrig geblieben. jetzt soll mit 7 Mio € Steuergelder(davon 1 Mio aus SG) das Gelände saniert und zu einem Zentrum für IT-Dienstleister ausgebaut werden. 1.) Der private Investor würde innerhalb weniger Jahre zu einem Gewerbesteuerzahler. 2.) Das Gelände ist eine der wenig verblieben Flächen, mit sehr guter Autobahnanbindung für Schwerlastverkehr. 3.) It- Unternehmen suchen immer den Anschluss an den ÖPNV, da viele Mitarbeiter diesen stärker nutzen, als Mitarbeiter in anderen Branchen. Für diese Unternehmen, die nur Büroflächen benötigen, wären die seit 10 Jahren leeren Flächen im Südpark oder Leerstand in der City wesentlich besser geeignet. 4.) Herr Balkenhol und Herr Kurzbach haben in einem Interview erklärt, dass sie nicht davon ausgehen, dass Sie die investierte Summe jemals zurück bekommen.	>100.000	4	42	36	6	30	Durch das Engagement der Wirtschaftsförderung und der Stadt Solingen soll die gesamte Fläche für Solinger Unternehmen und/oder für Solingen erreichte Neuansiedlungen bereitgestellt und zudem zunächst nachhaltig von Altlasten befreit werden. Die Reaktivierung derartiger Gewerbebrachen ist erfahrungsgemäß nur selten wirtschaftlich. Wie ein privater Investor eine nachhaltige umweltbewusste Altlastensanierung durchgeführt hätte, ist nicht dargelegt worden. Auch die in Zukunft hier anzusiedelnden Unternehmen werden Steuerlasten gemäß den steuerrechtlichen Bedingungen tragen und damit auch zum Haushalt der Stadt Solingen positiv beitragen. Allerdings sind z.B. Betriebe aus der Logistikbranche wegen ihres hohen zusätzlichen Verkehrsaufkommens an der ohnehin schon stark befahrenen Straße sowie dem ungünstigen Verhältnis der Inanspruchnahme von Gewerbeflächen und den geringen Arbeitsplatzeffekten nicht das Ziel. Den zweifellos hohen Aufwendungen für die Reaktivierung des Gewerbegebietes stehen zumindest die zu erzielenden Veräußerungserlöse gegenüber. Allerdings wird das Risiko für die Stadt Solingen und die Wirtschaftsförderung dadurch minimiert, dass der AAV-Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung NRW als Vertragspartner und Maßnahmenträger diese Ausgaben zu 80% vorfinanziert. Die Refinanzierung erfolgt im Rahmen der tatsächlich erzielten Verkaufserlöse. Für die Durchführung der Erschließung werden Fördermittel aus dem regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm NRW eingesetzt. Somit wird hier weitsichtig und risikoarm agiert mit dem Ziel, dass nachhaltig entwickelte Gewerbeflächen für zukunftsfähige Unternehmen geschaffen werden.	0
82	Ausweitung Car-sharing	Carsharing sollte im großen Umfang erweitert werden und städtische Mitarbeiter sollen verpflichtet werden diese Fahrzeuge, und falls keins bereit steht den ÖPNV, zu nutzen. Das schont die Umwelt und führt zu einer deutlichen Verkleinerung des Fuhrparks	10.000-50.000	2	30	20	10	10	Carsharing/ Carpooling war bereits Gegenstand einer Maßnahme zur Haushaltssicherung im Jahr 2015 (M 268). Die Maßnahme ist abgeschlossen. Die Verwaltung hat dem Finanzausschuss am 03.12.2015 die Umsetzung erläutert und in einer weiteren Informationsvorlage am 16.06.2016 (Vorl.-Nr. 1762) dargestellt, dass derzeit keine weiteren Optimierungsmöglichkeiten bestehen. Zu den Kernpunkten der Umsetzung gehören: <ul style="list-style-type: none"> • eine Reduzierung städtischer PKW, • eine Ausweitung des Fahrzeug-Poolings und • die Einführung von „Kleinstwagen“ als Standardfahrzeuge. Die Intensivierung der ÖPNV-Nutzung ist aufgrund des damit regelmäßig verbundenen höheren Zeitaufwandes kein vorrangiges Instrument im Rahmen der Haushaltssicherung.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

83	Neues Schwimmbad	Ich schlage vor, für Solingen ein Freizeit- und Spassbad zu bauen, auch wenn dies verschiedene Gremien, zuletzt auch Gerd Brems, kategorisch ablehnen. Warum kann nicht mal etwas gebaut werden, was den Solingern Spass bringt wie das Monamare oder das Hildorado? Nur Standard kann jeder. Die Mehrkosten zu den gar nicht fixen 9 Mio. Betragen rund 5 Mio. Eur und spielen sich über die höhere Nutzung ein. Schon heute sage ich voraus, das die 9 Mio. nicht reichen da jedes Projekt der städtischen Hand teurer wird. Dann doch lieber gleich etwas vernünftiges, attraktives. Durch den Bau auf einem anderen Grundstück könnte der Betrieb aufrecht erhalten bleiben und das Grundstück später vermarktet werden. In Kombination mit der neuen BHC Halle würden sich sogar Synergieeffekte ergeben wie z.B Parkplätze, Heizkraft, Gastronomie, Personal. Wurde das einmal dutchdacht? Warum wird in Solingen immer nur im klein klein gedacht? Solingen bräuchte einmal einen Masterplan 2030, in dem zukunftsweisende Ideen nach Ideenwettbewerben festgelegt und dann nach und nach umgesetzt werden. Solingen kann das auch wenn es andere können. Man muss nur wollen	k. A.	3	27	3	24	-21	Die politischen Gremien haben sich für den Neubau des Hallenbades Vogelsang entschieden. Dafür stehen maximal 9 Mio. EUR zur Verfügung. Für den Bau eines Spaßbades wäre ein neuer Beschluss erforderlich. Die zur Verfügung stehenden 9 Mio. EUR sind für den Bau eines Spaßbades nicht ausreichend.	0
84	hallenba	hinter dem Hallenbad fällt das Gelände ab. dadurch entfällt ein Ausbaggern. es kann also ein neues Bad gebaut werden ohne das alte Bad sofort abreißen zu müssen. nach Fertigstellung kann das alte Bad abgerissen werden und es entsteht Platz für Parkplätze.	k. A.	2	25	15	10	5	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
85	Hohes Einnahmepotential	verspreche ich mir von einer Vermietung der Strecke Solingen - Glüder an die KFZ-Hersteller als Stoßdämpfer- und Fahrwerks-Teststrecke. Solch eine herrliche Buckelpiste findet man wahrscheinlich in ganz Deutschland nicht, oder sie müsste erst teuer hergestellt werden. Ferner könnte man dort für Fußgänger und Radfahrer Survivalkurse veranstalten. Solingen muss lernen, aus Nöten Nutzen zu ziehen. Wir schaffen das!	>100.000	2	19	8	11	-3	Der Vorschlag wird als Ironie verstanden und nicht weiter verfolgt.	0
86	Hallenbad	zu Wald gibt es keine Alternative	k. A.	2	21	18	3	15	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
87	Durchsetzen der Anleinplicht für Hunde	Täglich erlebt man als Fußgänger, Radfahrer oder Jogger das man von freilaufenden Hunden attackiert wird. Die uneinsichtigen Besitzer kommentieren dies dann mit "Der will doch nur spielen". Der Ordnungsdienst kann über Kontrollen und Bußgelder durchsetzen, das Hunde auf öffentlichen Plätzen angeleint werden, z.B. in den Fußgängerzonen, auf Spielplätzen, der Korkenziehertrasse, in Naherholungsgebieten und Parks.	10.000-50.000	2	41	32	9	23	Mit den vorhandenen Stellenanteilen ist eine Umsetzung der Maßnahme derzeit nicht möglich. Auch seitens des Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes erfolgen nach dortiger Mitteilung keine Kontrollen in diesem Bereich. Im Auftrag des Rates vom 18.02.2016 wurde jedoch ein Gesamtkonzept zur Ordnung, Sicherheit und Vorbeugung erstellt, welches u.a. die deutliche Ausweitung der Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes (und somit auch die Ahndung allgemeiner Ordnungswidrigkeiten) beinhaltet. Die dazugehörige Informationsvorlage (Nr. 1786) wurde zur ersten Lesung im Juni 2016 in den Haupt- und Personalausschuss sowie in den Rat eingebracht und wird aktuell überarbeitet. Eine Kostenschätzung ist derzeit nicht möglich.	0
88	Infrastrukturverein Solingen eV gründen	Vielleicht sollten Solinger Bürger einen Infrastrukturverein gründen. An diesen Verein können projektbezogene Spenden geleistet werden, wodurch man über die steuerliche Absetzbarkeit der Spenden zwangsweise Herrn Schäuble mit ins Boot holt. Wenn der Bund zu wenig zuschießt, müssen wir eben innovative Wege gehen und den Bund auf diese Weise an der Finanzierung bestimmter Projekte beteiligen. Die Verteilung der Mittel aus dem Verein obliegt dem Vereinsvorstand, nicht der Politik.	>100.000	1	16	8	8	0	Der Vorschlag richtet sich an Solingens Bürger und nicht an die Verwaltung. Die Gründung von Vereinen ist eine privatrechtliche Angelegenheit. Eine Umsetzung durch die Verwaltung ist nicht möglich.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

89	Leasingverträge für Notebooks/Laptops in der Verwaltung prüfen und kürzen	Die Stadt Solingen leistet sich in der Verwaltung sehr teurer Leaseingverträge für Notebooks. Da werden für Führungskräfte und die vielen neuen (teils unnötigen) Stabsstellen sehr teure Notebooks per Leasingvertrag angeschafft. Das geht dann hoch bis zu Stadtspitze mit z.B. einem Notebook im Wert von 5000,- € auf vier Jahre geleast. Mir sind in der Verwaltung keine Aufgaben bekannt, die nicht auch mit einem 1000,- € Notebook bewältigt werden könnten. Leider besteht immer noch eine "Rangordnung", nach der Vorgesetzte auch ein besseres Notebook/ bessere Hardware als die jeweils untergebenen Mitarbeiter haben müssen und auch haben können. Das ist eine veraltete Denkweise, animiert nicht zum Sparen, ist ein schlechtes Vorbild und belastet die Stadt und somit alle Bürger vollkommen unnötig. Es wäre auch ein Notebook-Pool möglich, nicht jeder braucht täglich ein Notebook. Das ist mit Konten, Remote-Zugriff etc. kein Problem mehr in der Handhabung...	50.000-100.000	4	49	48	1	47	Es gibt bei der Stadtverwaltung Solingen keine Notebooks in der genannten max. Kostenhöhe. Notebooks werden aus dem Standardwarenkorb beschafft, dies gilt sowohl für Mitarbeiter, als auch für Vorgesetzte. Dabei werden für alle Büroarbeitsplätze Standard-Notebooks eingesetzt. Leistungsfähigere und damit teurere Geräte gibt es in Sonderfällen nach Anforderung, z.B. für grafische Arbeitsplätze, Mobile Outdoor-Geräte usw. Neben der reinen finanziellen Bewertung erfolgt die Auswahl des Standards auch nach Qualitäten und der Verfügbarkeit einheitlicher Modelle. Das normale Standard-Notebook liegt deutlich unter den im Bürgervorschlag genannten 1.000 €.	0
90	Satzungsänderung zur Einsparung von Kosten bei Bürgerentscheiden	Während in anderen Städten und Gemeinden die Satzung die Zusammenlegung von Bürgerentscheiden mit Wahlen erlaubt und somit Geld gespart wird (Porto/ Personal), wird dies durch die Solinger Regelung (Satzung der Stadt Solingen für die Durchführung von Bürgerentscheiden) immer noch verhindert. Eine Zusammenlegung fördert auch eine hohe Wahlbeteiligung.	10.000-50.000	4	39	37	2	35	Die Umsetzung der Anregung ist theoretisch möglich, setzt aber einen Ratsbeschluss voraus, der die vom Antragsteller erwähnte Regelung im vom Rat beschlossenen Solinger Ortsrecht ausdrücklich umkehrt. Im Gegensatz zu den vom Anreger vorgetragenen Argumenten hat der Solinger Stadtrat in seiner Entscheidung bewusst eine Ablösung von Wahlterminen beschlossen, um eine ausschließlich von Inhalten ohne Verquickung mit anderen Entscheidungen getroffene Beurteilung des zur Abstimmung anstehenden Begehrens zu sichern.	4.800

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

91	Kein Neubau eines 2. Kunstrasenplatzes in SG- Aufderhöhe/Höher Heide – Gelder für Rücklagen zur Sanierung der existierenden Plätze in SG verwenden	Verzicht auf Neubau eines zusätzlichen Kunstrasenplatzes in Aufderhöhe. Freiwerdende Gelder können z.T. in die Einsparungen gehen, sollten aber auch als Rücklagen für die Sanierung der existierenden Kunstrasenplätze in Solingen verwendet werden. Minimierung der Risiken für die Haushalte der nächsten Jahre. Die geplanten Erlöse aus dem Verkauf des Ohligser Stadions (laut Rheinische Post : 3 Mill €) sollen z.T. in einen weiteren Kunstrasenplatz in SG-Aufderhöhe verwendet werden (laut RP : 1,5 Mill €). Die Kosten der Sanierung der existierenden Kunstrasenplätze ist bisher nicht gesichert – Kosten von bis zu 3 Mill € (Frank Schütz, sportpolitischer Sprecher der CDU) in den kommenden Jahren würden die mühsam erarbeiteten Haushalte wieder platzen lassen, da... • Mindestens 1.000.000 € nicht gesichert sind – zwar soll der Verkauf des Stadiongeländes auch 1,5 Mill € für die Sanierung bringen, aber damit fehlt immer noch Geld • Eine Umlage der Sanierungskosten von 250.000 €/Platz auf die Vereine nicht vermittelbar ist – der bereits jetzt erhobene Kunstrasenzuschlag von 70.000 €/Jahr verschwindet z.Zt. im städtischen Etat • Freiwillige Sammlungen („Förderverein Kunstrasen“) bisher überhaupt nicht erfolgreich sind – 20.000 € (vgl. ST vom 22.06.2016) Warum wird mit den freierwerbenden Summen aus dem Stadionverkauf keine Rücklage gebildet um alle existierenden Kunstrasenplätze zu erhalten und die Sanierungskosten für die nächsten Jahre im Haushalt zu sichern – statt einen Ersatzplatz zu bauen, bei dem der Bedarf nicht sauber analysiert wurde bzw. wo Kapazitäten ggf. im Stadtgebiet verteilt werden könnten : Dieses Projekt wurde schon im Vorfeld sehr kontrovers diskutiert (z.B. Artikel in der RP vom 20.06.2015), was den Bedarf für einen weiteren Platz im Stadtgebiet angeht. Eine aktuelle Bedarfsanalyse gibt es offenbar nicht. Es gibt z.Zt. 13 Plätze : Bernd-Kurzrock-Sportanlage, Herbert-Schade Sportanlage Schaberg, Sportanlage Adolf-Clarenbach-Str., Sportanlage Baverter Str., Sportanlage Brabant, Sportanlage Flockertsholzer Weg, Sportanlage Nebenplatz Herman-Löns-Weg, Sportanlage Höher Heide, Sportanlage Neuenkamper Str., Sportanlage Ritterstr., Sportanlage Weyersberg)Plätze 1 und 2), Sportanlage Zietenstr. • Wird der Platz überhaupt benötigt ? (vgl. RP vom 20.06.2015 und 18.09.2015) • 12 Plätze, nach Wegfall des Nebenplatzes Herman-Löns-Weg, sind immer noch eine stolze Zahl, um die uns andere Städte und Gemeinden beneiden. • Platz in Aufderhöhe/Höher Heide wird sehr stark frequentiert während andere Plätze im Stadtgebiet nicht ausreichend genutzt werden – wozu brauchen wir „Puffer“ ? • Gleichmäßige Verteilung der Vereine und Jugendmannschaften auf das Stadtgebiet ? • Union Solingen steht wiederholt in Fusionsgesprächen mit VfB Solingen – sind dann nicht Kapazitäten in anderen Stadtteilen eher sinnvoll. Weitere Fusionen von Vereinen, getrieben durch die sinkenden Mitgliederzahlen, werden immer wieder diskutiert. • Als Argument wird auf oft die steigende Zahl von Anmeldungen in Aufderhöhe/Höher Heide angeführt - Viele Kinder kommen auch aus anderen Stadtteilen nach Aufderhöhe (weil die Jugendarbeit so gut ist ?) während andere Jugendabteilungen nicht so beliebt sind – Image einiger Vereine ? Das kann kein Argument für einen Neubau sein, wenn andere Plätze nicht ausreichend genutzt werden nur	>100.000	2	32	29	3	26	Der Kunstrasenplatz Höher Heide 2 wird als Ersatzplatz für den wegfallenden Nebenplatz des Stadions Hermann-Löns-Weg weiterhin zwingend gebraucht. Erhebungen der vergangenen Jahre über die Mannschaftsmeldungen bestätigen diesen Bedarf. In der Regel trainieren 2 Seniorenteam gleichzeitig auf einem Platz. Bei den Jugendmannschaften ist der Platz für das Training je nach Altersklasse gleichzeitig von bis zu 4 Mannschaften belegt. Zudem drängen seit einigen Jahren verstärkt andere Sportarten auf die Kunstrasenplätze, die dort ebenfalls trainieren und spielen. Insbesondere wird hier auf Hockey, American Football und Rugby verwiesen. Auch die Solinger Schulen nutzen die Kunstrasenplätze verstärkt für die Durchführung des Schulsports.	0
----	--	---	----------	---	----	----	---	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

		weil Vereine „weniger beliebt sind“. • Solange viele Eltern ihre Kinder mit dem Auto zum Training bringen wäre eine Lenkung der Anmeldezahlen wohl vermittelbar. Zusammenfassend sollten gerade die Solinger Vereine ein massives Interesse am Aufbau von Rücklagen für die Sanierung haben, was auf diesem Wege geschehen könnte, da dies sonst sicher über erhöhte Abgaben, Sonderzahlungen oder Schließung von Plätzen gelöst werden müßte.								
92	Mehr Kontrollen der Hundebesitzer	In den letzten Jahren fällt auf, dass immer weniger Hunde eine Steuermarke tragen. Aus meiner Sicht scheint hier Handlungsbedarf zu bestehen. Ich plädiere dafür, auf stark frequentierten Ausführtrouten (z.B. Köcherstraße und alle anderen Straßen mit sehr viel Grünanteil) Kontrollen durchzuführen.	0-10.000	0	39	33	6	27	Die vorgeschlagene Maßnahme ist sinnvoll und bereits in Umsetzung. Die stetige Durchführung außendienstlicher Kontrollen von Hundehaltungen im gesamten Stadtgebiet stellt ein probates Mittel dar, die Steuergerechtigkeit und damit auch eine Optimierung der Einnahmen im städtischen Haushalt nachhaltig zu verfolgen. Schon seit dem Jahr 1994 werden in Solingen regelmäßig außendienstliche Kontrollen durchgeführt. Der Bestand steuerlich erfasster Hunde ist im Zeitraum von 1994 bis 2013 linear von knapp 6.000 auf rund 8.500 Hunde angestiegen. Mit der HSP-Maßnahme M275 wurden im Jahr 2013 die schon vorhandenen Stellenanteile für außendienstliche Kontrollen von Hundehaltungen in Solingen nochmals verdoppelt. Hiernach erhöhten sich die Bestandszahlen weiterhin stetig auf einen Stand von aktuell 9.442 steuerlich erfasster Hunde. Die mit der HSP-Maßnahme M 275 verbundenen Ziele der Einnahmesteigerung konnten erfüllt werden. Für 2016 wird die Einnahmesteigerung an Hundesteuer den geplanten Ansatz von 130.000 € voraussichtlich erreichen. Aus heutiger Sicht erscheint auch das für die Jahre 2017 ff. geplante Mehrergebnis an Hundesteuern von jeweils 170.000 € erreichbar. Eine weitere Aufstockung der aktuell vorhandenen 1,5 Stellenanteile für Zwecke der außendienstlichen Ermittlungen von Hundehaltungen ist aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich bzw. nicht mehr verhältnismäßig.	0
93	Freiwillige Beibehaltung des Zahlungszeitpunkts "Jahressonderzahlung Beamte"	Durch die aktuelle Dienstrechtsreform des Landes NRW wird die bisherige Jahressonderzahlung (im Volksmund auch Weihnachtsgeld) nicht mehr wie bisher Anfang Dezember ausgezahlt, sondern gleichmäßig auf die monatlichen Bezüge verteilt. Somit sind Teile der Summe nun teilweise bis zu 11 Monate früher als bisher zu zahlen. Da die Stadt Solingen über kein positives Kapital verfügt sind die Mittel am Kapitalmarkt zu einem mir unbekanntem Zins zu beziehen. Für die insgesamt ca. 650 Beamtenplanstellen ergibt sich überschläglich ein Finanzvolumen bei der Sonderzahlung von ca.700.000€. Ich möchte keine vollständige Zinseszinsrechnung aufmachen, aber nimmt man an, dass der Zinssatz bei ca.2% liegt beträgt der Zinsaufwand ca. 8.000€. Die Anzahl der Planstellen entstammt dem Haushaltsentwurf 2016 von der Internetseite http://www.stadtsolingen.de/haushalt-2016/ Hinzu kämen evtl. noch die Versorgungsempfänger. Wo mir Zahlen gerade nicht vorliegen. Hier der Vorschlag: Da es sich um eine gesetzliche Vorgabe handelt, kann das Kapital der Stadt nur freiwillig zur Verfügung gestellt werden. Die Beamten bekommen die gesamte Summe wie bisher mit den Dezemberbezügen ausgezahlt. Die Zinseinsparung kommt ausschließlich dem städt. Haushalt zu Gute. Ich sehe darin zwei Vorteile: a) die Zinseinsparung und b) die Beamten haben keine Nachteile und "müssen" sich ihr Weihnachtsgeld nicht "selbst zusammensparen". Finanzielle Einbußen für die Beamten entstehen im Vergleich zur bisherigen Praxis nicht. Möchte schon erwähnen, dass ich selbst städt. Beamter bin und die Dienstrechtsreform in diesem Punkt unsinnig finde.	0-10.000	3	23	17	6	11	Der Vorschlag ist in der Tat gem § 2 Abs. 3 Landesbesoldungsgesetz nicht rechtskonform umsetzbar. Die monatlichen Bezüge müssen in der Höhe der Tabellenwerte des Gesetzes gezahlt werden. Ein „Ansparen“ verbietet sich demnach.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

94	Stadtwissen nutzen	Ich erinnere mich an große Gutachten zum Zustand und Optimierungspotenzial unserer Stadt, die sehr teuer waren und, aus meiner Sicht, nichts hervorgebracht haben, was einem nicht fast jeder Solinger so bei einem Bier erzählt hätte. Ich habe das Gefühl, dass sich Entscheider gerne hinter Gutachten verstecken. Ich plädiere dafür, wo immer möglich auf externe Gutachter zu verzichten und z.B. Arbeitsgruppen innerhalb der Stadt zu bilden oder Fachleute aus der Stadt zu engagieren. Auch bei Projekten wie dem Stadtmarketing oder einem Tourismuskonzept bin ich dafür, lokale Agenturen und Kreative zu beschäftigen, die wissen, wie Solingen tickt und ehrliche Konzepte entwickeln. (Falls sowas ausschreibungspflichtig ist: Ausschreibungen kann man so formulieren, dass nur bestimmte Anbieter zum Zuge kommen können)	k. A.	2	24	23	1	22	Ein kompletter Verzicht auf externe Gutachten ist nicht in allen Bereichen möglich, da nicht für alle, zum Teil sehr spezielle, Themenkomplexe der notwendige Sachverstand innerhalb der Verwaltung vorgehalten wird und auch nicht in der Stadt selber abrufbar ist, wie zum Beispiel für Klimagutachten im Umweltbereich. Soweit möglich gibt es eine Reihe von Arbeitsgruppen aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft zur Erarbeitung einzelner Themenbereiche wie zum Beispiel aktuell zum Handlungskonzept Wohnen. Das Vorhalten von Fachkräften für eventuell nachgefragte spezielle Einzelthemen erscheint als nicht wirtschaftlich.	0
95	Hallenbad Vogelsang	Der Standort Vogelsang ist die beste Lösung, wenn daneben ein neues Bad gebaut werden könnte. Eine ungünstigere Alternative wäre das Grundstück hinter dem Busbahnhof. Ein Anbau am Klingenbad ist keine Lösung. Durch den Wegfall der Fußballfläche wird die Jugendarbeit kaputt gemacht. Außerdem fallen zuviele Parkplätze weg.	k. A.	1	31	26	5	21	Es handelt sich hierbei nicht um einen Vorschlag.	0
96	Hallenbad Vogelsang	Das Standort Vogelsang soll erhalten bleiben! Die Verkehrsanbindung ist sehr gut, auch optimal für kleinere Solinger, die dann auch mal alleine mit dem Bus anreisen können und nicht weite Fußwege haben.	k. A.	1	23	22	1	21	Es handelt sich hierbei nicht um einen Vorschlag.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

97	Senkung und Vermeidung von schulden	Investitionen nur dann wenn sie ohne Kredite mit Eigenmitteln finanziert werden.	k. A.	0	18	12	6	6	Unter Eigenmittel (Eigenkapital) versteht man die Differenz zwischen dem Vermögen und den Schulden sowie den Sonderposten. Nach § 41 Gemeindehaushaltsverordnung untergliedert sich das kommunale Eigenkapital in die allgemeine Rücklage, die Sonderrücklagen, die Ausgleichsrücklage sowie den Jahresüberschuss bzw. den Jahresfehlbetrag. Jahresüberschüsse erhöhen das Eigenkapital, wohingegen Jahresfehlbeträge dieses vermindern. Eigenmittel (Eigenkapital) hat die Stadt Solingen keines mehr, denn bereits Ende des Jahres 2014 trat die Überschuldung der Stadt ein, das heißt das bilanzielle Eigenkapital war vollständig aufgebraucht. Eine Finanzierung aus vorhandenen Mitteln durch die Stadt Solingen aus Ihrem Eigenkapital ist demnach nicht möglich, so dass andere Finanzierungen erfolgen müssen. Der haushaltsrechtliche Kreditbegriff ist in § 41 Nr. 19 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHV) geregelt. Danach handelt es sich um das unter der Verpflichtung der Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung aufgenommene Kapital mit Ausnahme der Kassenkredite. Kredite dürfen u. a. nur aufgenommen werden, wenn die zur Deckung der ordentlichen Tilgung von Krediten notwendige Zuführung zum Vermögenshaushalt (§ 21 Abs. 1 Satz 2 GemHV) im Verwaltungshaushalt nicht erwirtschaftet werden kann. Durch den Gesetzgeber wurde geregelt, dass Kommunalkredite allerdings nur aufgenommen werden können, wenn eine andere Form der Finanzierung nicht möglich ist (z. B. § 77 Abs. 3 GemO NRW)[2]. Damit handelt es sich gänzlich um einen Ausnahmetatbestand. Es muss bei entsprechendem Finanzbedarf im Haushalt der Stadt Solingen geprüft werden, welcher Aufwand ist notwendig, denn danach richtet sich auch die Finanzierung. Kredite dienen der Finanzierung von Investitionen oder zur Umschuldung (§ 86 Abs. 1 GemO NRW; auch die folgenden Zitate) und sind im Vermögens-, Kreditzinsen im Verwaltungshaushalt zu zeigen. Zur Kreditaufnahme gehören auch gemeindliche Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe und Krankenhäuser/Pflegeheime, die als Sondervermögen nach § 97 GemO geführt werden). Die Kreditaufnahme bedarf bei Gemeinden einer besonderen Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung (§ 78 Abs. 1 c GemO), bei Bund und Ländern im Haushaltsgesetz. Die aufgenommenen Kreditverpflichtungen sind der Aufsichtsbehörde spätestens 1 Monat vor der rechtsverbindlichen Eingehung der Verpflichtung schriftlich anzuzeigen (§ 86 Abs. 1 und 4 GemO), in manchen Bundesländern besteht sogar Genehmigungspflicht (z. B. § 85 Abs. 2 GemO Brandenburg). Nur im Rahmen der laufenden Verwaltung wird auf Anzeigepflichten verzichtet (§ 86 Abs. 4 GemO). Oberster Grundsatz der kommunalen Kreditwirtschaft muss es sein, dass die Summe aller Zins- und Tilgungsverpflichtungen in der Gegenwart und in der Zukunft die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht übersteigt. Die Kreditaufnahme hat im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft zu erfolgen. Die Maßnahme ist nicht umsetzbar, demnach sind keine Voraussetzungen zu schaffen. Eine Finanzierung des kommunalen Haushaltes der Stadt Solingen ohne die Aufnahme von Krediten ist mit der vorgelegten Planung des HH 2017 nicht möglich. Eine Umsetzung ist nicht möglich.	0
98	Hallenbad Vogel-sang	Der jetzige Standort des Hallenbades soll bleiben. Die Verkehrsanbindung für Jung und Alt stimmt, Parkplätze sind auch da. Also warum umziehen in Gegenden die für kleine und betagte Solinger nicht ohne weiteres erreichbar wären.	k. A.	1	21	19	2	17	Es handelt sich hierbei nicht um einen Vorschlag.	0
99	Hallenbad Vogel-sang	Der Standort des Hallenbades soll auch für den Neubau bleiben. Die Anbindung ist sehr gut und ausreichend Platz steht zur Verfügung.	k. A.	2	25	23	2	21	Es handelt sich hierbei nicht um einen Vorschlag.	0
100	Mehr Kreisverkehre statt Ampeln	lasst den Verkehr fließen und sich selbst regeln. Echte verkehrsbeeinflusste Ampelanlagen mit dem gleichen Effekt sind teuer nicht nur in der Anschaffung sondern im auch im Unterhalt. Kreisverkehre gibt es nicht zum Nulltarif (und es geht auch nicht überall), aber wahrscheinlich sind das Investitionen, die sich über die Zeit rechnen. Und für autonom fahrende Elektro-Fahrzeuge wird es auch einfacher ...	k. A.	1	34	33	1	32	Der Vorschlag ist deckungsgleich mit dem Verwaltungsvorschlag (M302)	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

101	Projekt-Budgets in der Verwaltung u.ä. aufheben	Vermutlich gibt es noch die Unsitte, einmal genehmigte Gelder auch ausgeben zu müssen, sonst gibt es im Folgejahr weniger Budget. Lasst den Abteilungsleiter etc. mehr freie Hand, sinnvoll zu wirtschaften.	10.000-50.000	2	26	24	2	22	Als genehmigte Gelder werden bei dieser Stellungnahme die Haushaltsansätze in den einzelnen Fachbereichen angenommen, sofern sie nach Haushaltsgenehmigung durch die Bezirksregierung in Ihren Ansätzen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Diese „Budgets“ in den Fachbereichen der Verwaltung werden mit den entsprechenden Erträgen und Aufwendungen in der jährlich erwarteten bzw. benötigten Höhe geplant. Dabei orientiert sich die Haushaltsplanung an den Grundsätzen der ordentlichen Planung. Die Planung wird jährlich mit Planungsparametern, je nach Fachbereich fortgeschrieben, die sich an der gesetzlichen und fachlichen Notwendigkeit, nicht aber ausschließlich am Jahresergebnis orientieren. Es ist davon auszugehen, dass die Mitarbeiter verantwortungsvoll, sparsam, aber auch wirtschaftlich mit den Ihnen öffentlich breit gestellten Geldern haushalten. Voraussetzungen sind nicht zu schaffen, da im Verwaltungshandeln bereits berücksichtigt. Es können keine weiteren Mittel eingespart werden.	0
102	Neu denken im ÖPNV	Warum immer an alten Zöpfen hängen, wenn sich um einen herum die Welt ändert? Ich rege an, bei ÖPNV eine Flatrate für Solinger einzuführen: Jeder Bürger (Baby bis Greis) zahlt jeden Monat 10 Euro und darf jederzeit in den Bus steigen und fahren soviel wie er will. Das wäre so etwas wie die GEZ-Gebühr für Radio/TV nur für den ÖPNV. Und es entspricht den Bezahlmodellen von Telefon, Versicherung, Privat-TV, etc. Für mich wäre es ein Traum und würde die Stadt zu einer tatsächlichen Großstadt machen. Nicht zu überlegen, wo man parken kann und wie man Wege optimiert, sondern einfach in den Bus einsteigen und mitfahren. In der Stadt nicht überlegen zu müssen, ob man eine Station geht oder ein Kurzstreckenticket kauft, sondern einfach mitfahren. Und wer nicht Bus fahren möchte, zahlt trotzdem, hat aber mehr Platz auf der Straße, weil weniger Autos umherfahren. Ich habe es nicht durchgerechnet, kenne auch die Kosten des ÖPNV nicht, weiß auch, dass wir im VRR sind und dass es für alle und jeden Bedenkenträger gibt. Ich würde mir nur wünschen, dass man das Modell nicht gleich in eine Ecke stellt sondern ernsthaft darüber nachdenkt. Denkbar ist, dass sich so der ÖPNV selber trägt, also der Zuschuß eingespart werden könnte. Vielleicht passt es in die aufkommende e-Mobilitätsstadt (die wir schon seit ewigen Zeiten mit den O-Bussen sind, aber aus der wir nichts machen).	>100.000	5	36	28	8	20	Der Vorschlag ist bereits vorhanden. (Mobilitätsabgabe Nr. 54)	0
103	Sperrmüllabfuhr	Eine Sperrmüllabfuhr sollte auch beim ersten mal im Jahr nicht kostenfrei sein. Da immer Sperrgut aus der Nachbarschaft dazu kommt, weil diese vielleicht sonst eine 2. Abfuhr bezahlen müssten und das Volumen der Abfuhr somit unberechtigt steigt, sollten diese Kosten besser auf alle verteilt werden. 10 Euro für die 1. und 20 Euro für jede weitere Abfuhr von Sperrmüll sind da sicher nicht überhöht!	50.000-100.000	2	22	13	9	4	Eine kostenpflichtige 1. Sperrmüllabfuhr ist rechtlich unproblematisch. Zusätzliche Investitionen sind nicht erforderlich. Für die Rechnungsstellung ist mit Personalmehraufwendungen zu rechnen. Die Sperrmüllabfuhr ist Teil der Gebührenbedarfsberechnung, die regelmäßig durchgeführt wird. Sämtliche Kosten, aber auch die Mehreinnahmen fließen zu 100% in diese ein. Erhöhungen oder Senkungen dieser Gebühr ent- oder belasten den Bürger unmittelbar und haben mit dem städtischen Kernhaushalt direkt nichts zu tun.	0
104	Hundekotsünder konsequenter Bestrafen!	Überall lassen Hundebesitzer ihre Lieblinge ihre Hinterlassenschaften ablegen! Leider hat man als Passant kaum eine Handhabe dagegen. Also sollte das Ordnungsamt mehr Kontrolle laufen und auch eine "Notfallnummer" erhalten, damit Ordnungswidrigkeiten schneller melden kann. Besonders verschiedene Verstöße auf Spielplätzen (Rauchen, Saufen, Kiffen ect.) können im Moment nicht geahndet werden.	10.000-50.000	4	30	27	3	24	Im Auftrag des Rates wurde bereits sein Gesamtkonzept zur Ordnung, Sicherheit und Vorbeugung erstellt, welches u. a. die deutliche Ausweitung der Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes (und somit auch die Ahndung allgemeiner Ordnungswidrigkeiten) beinhaltet. Die dazugehörige Informationsvorlage (Nr. 1786) wurde zur ersten Lesung im Juni 2016 in den Haupt- und Personalausschuss sowie in den Rat eingebracht und wird aktuell überarbeitet. Es folgt dann eine erneute Beratung in den Gremien. Voraussetzungen, finanzielle Auswirkungen sowie mögl. Kooperationen werden in der Vorlage geführt. Angaben betreffend Einsparungen werden in dem o. g. Konzept nicht thematisiert und können derzeit nicht eingeschätzt werden.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

105	Nachhaltigkeit nicht nur reden, sondern auch so handeln	Bitte bei allen Entscheidungen nicht nur die Kurzfristeffekte sehen, sondern auch mal ein paar Jahre weiter denken und die Auswirkungen in verschiedene Richtungen abwägen. Lieber mal auf einen (externen) Investor, der nur sein eigenes Wohl im Auge hat, verzichten und die Stadt sich eher organisch aus sich heraus entwickeln lassen. - Für die Unterstützung von Aufforstungsprogramme in unseren Partnerstädten in Afrika bekommt die Stadt Lob (zu Recht). Auf dem eigenen Stadtgebiet aber werden Grünflächen zu Gewerbegebieten gemacht, als ob wir noch am Anfang der Industrialisierung stehen (und die letzten Jahrzehnte nichts gelernt haben). - Wer entscheidet, dass Einkaufszentren in bestehende Strukturen hineingebaut werden dürfen (OLBO) und/oder durch das Einkaufszentrum die Verkaufsfläche signifikant erhöht wird (Hofgarten), darf sich nicht wundern, wenn die vorhandenen Flächen leiden, d.h. leerstehen. Wenn man nur 1+1 zusammengezählt hätte und sich über Auswirkungen Gedanken gemacht hätte, hätte man vielleicht einen Investor verprellt, aber Bürger glücklicher gemacht. - Man lässt sich als Stadt vielleicht einmal oder auch zweimal eine Gewerbe-/Brachfläche von einem Discounter wegschnappen, aber nicht ständig, wenn man angeblich zu wenig Gewerbefläche in der Stadt hat (kürzlich ehemaliges Autohaus in Höhscheid, ESAB, Credo, vor längerem Sozialamt am Central, Kampschulte, Krups, etc). Eine nachhaltige Stadtentwicklung sieht anders aus. - Mit teuren Geldern und Zuschüssen müssen Gewässer (Eschbach in Burg) für Starkregen fit gemacht werden, für Naturschutzmassnahmen werden Gelder ausgegeben. Beides wäre nicht notwendig, wenn man die Ursache für solche Ausgleichsmassnahmen gar nicht erst durch zu kurz gedachte Entscheidungen hervorrufen würde. Zu solchen Entscheidungen gehören Bodenversiegelungen durch neue Gewerbegebiete auf Grünflächen. Wenn z.B. das Ittertal mit weiteren Gewerbeflächen zugebaut wird, freut sich demnächst Hilden über Hochwasser in der Itter wie Burg über zuviel Wasser im Eschbach. Ach ja, die Kosten hätte dann ja Hilden ... anderer Haushalt Letztendlich zahlt sich Nachhaltigkeit aus, das liegt in der Natur der Sache. Im letzten Beispiel sind schon ein paar 100T € drin.	>100.000	3	24	24	0	24	<p>Der Bürgervorschlag spricht sich unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung von Einzelhandel und Gewerbe für eine stärker strategisch orientierte und flächenschonende Siedlungspolitik in Solingen aus. Bezüglich der Umsetzbarkeit dieser Anregung wird darauf hingewiesen, dass sich entsprechende Ansätze bzw. Maßnahmen bereits in der Umsetzung befinden. Seit Ende 2013 verfügt die Stadt Solingen demnach über ein kommunales Einzelhandelskonzept, welches seither als strategische Richtschnur für die Einzelhandelsentwicklung in Solingen dient und als solches auch im Rahmen der Bauleitplanung und der Abwägung von Einzelhandelsvorhaben regelmäßig Anwendung findet. Zu den Zielsetzungen des Einzelhandelskonzeptes gehören dabei neben der Stärkung Solingens in seiner gesamtstädtischen und landesplanerischen Funktion als Einzelhandels- und Versorgungsstandort insbesondere die Sicherung und Stärkung der zentralen Versorgungsbereiche in Solingen sowie die Etablierung einer flächendeckenden und mit den demographischen Herausforderungen im Einklang stehenden wohnungsnahen Grundversorgungsstruktur. Die Umsetzung dieser Ziele und der mit ihnen innerhalb des Einzelhandelskonzeptes formulierten Ansiedlungsregeln erfolgt insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung. Ihre Umsetzung bedingt dabei sowohl eine starke Konzentration zukünftiger Einzelhandelsentwicklungen auf die zentralen Versorgungsbereiche und wirkt gleichzeitig dahingehend, dass dem Ansiedlungsdruck ausgesetzte „Grüne-Wiese-Standorte“ und auch Gewerbestandorte einer zukünftigen Einzelhandelsentwicklung schrittweise entzogen werden. So gab es seit der Verabschiedung des Einzelhandelskonzeptes im Dezember 2013 bereits zahlreiche Investorengespräche und diverse Bauleitplanverfahren durch die mittels der Anwendung der Grundsätze des Einzelhandelskonzeptes Beiträge für eine flächenschonende Einzelhandelsentwicklung in Solingen geleistet wurden.</p> <p>Auch beim Thema Gewerbeflächenentwicklung gilt der Grundsatz eines ressourcenschonenden Umgangs mit Flächen. Dies heißt auch, dass die Revitalisierung bestehender Gewerbebrachen in der Regel Vorzug vor der Erschließung neuer Gewerbeflächen hat. Die Tatsache, dass bei brachfallenden Gewerbebrachen in Gemengelagen eine erneute gewerbliche Nutzung dieser Flächen teils nur mit Einschränkungen möglich ist, führt in Einzelfällen jedoch auch dazu, dass solche Flächen einer Alternativnutzung (z.B. Wohnen) zugeführt werden. Auch hier soll beispielsweise das derzeit in Erstellung befindliche Handlungskonzept Wohnen mittelbar einen Beitrag dazu leisten, Nutzungskonkurrenzen zu reduzieren, indem zum Beispiel der Bauleitplanung konkrete Hinweise zum perspektivischen Wohnraumbedarf sowie räumliche Empfehlungen zur Wohnraumentwicklung gegeben werden und so eine strategische und dem Grundsatz der „verantwortungsvollen Flächeninanspruchnahme“ verschriebene Siedlungsentwicklung unterstützt wird. Allerdings kann auch dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Standortanforderungen zahlreicher Gewerbebetriebe zum Beispiel aufgrund von Immissionsschutz oder aus verkehrlichen Gründen mischungsunverträglich sind, was zur Konsequenz hat, dass Gemengelagen für solche Betriebe nicht realisierbar sind. Eine vollständige Aufgabe der Neuentwicklung von Flächen wird insofern kaum realisierbar sein, es sei denn es würde von vornherein auf die Ansiedlung derartiger Betriebe am Standort Solingen sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen Impulse verzichtet werden. Durch z.B. entsprechende konzeptionelle Grundlagen wird bereits an der Umsetzung gearbeitet. Einsparungen, die sich im städtischen Haushalt niederschlagen, sind nicht zu erzielen.</p>	0
106	Videoüberwachte Verkehrskontrolle Mummstraße Richtung Schlagbaum	Es fahren sehr viele Fahrzeuge verkehrswidrig über die Mummstraße Richtung Schlagbaum, die die Polizei bei ihren sporadischen Kontrollen garnicht alle erfassen kann. Eine videoüberwachte Kontrolle könnte Abhilfe schaffen und auch dem abendlichen zur Showstellen von PS-prozenden Fahrzeug Einhalt gebieten.	10.000-50.000	6	21	13	8	5	Es bestehen rechtliche Bedenken, ob eine verstoßunabhängige Überwachung des fließenden Verkehrs zulässig ist. Zudem wird die Zuständigkeit bei der Polizei gesehen, da die Ordnungsbehörde kein Anhalterrecht besitzt.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

107	Konsequente Kontrollen vor Schulen und Kindergärten	Wie der Titel schon sagt: Würde das Ordnungsamt/die Polizei konsequent vor Schulen und KiTas gegen "kurz-parkende" und "mal-eben-wendende" Eltern vorgehen, kämen (zumindest innerhalb der ersten Wochen) pro Schule/KiTa täglich mindestens 5-10 Knöllchen zusammen. Bei geschätzten 40 Schulen und 80 KiTas sowie einem niedrig angesetzten Mittelwert von 7 Knöllchen á 10 Euro ergibt das tägliche Mehreinnahmen in Höhe von 8.400 Euro. Auf die Woche hochgerechnet sind das demnach 42.000 Euro (natürlich abzüglich der Personalkosten). Bis der Lerneffekt bei den Verkehrsteilnehmern eingesetzt hat, vergehen sicherlich ein paar fette Wochen. Letztendlich geht es mir aber auch weniger um die Mehreinnahmen als um die Rücksichtslosigkeit vieler Eltern den anderen und ihren eigenen Kindern gegenüber!	>100.000	0	27	21	6	15	Um entsprechend der dargestellten Berechnungen tätig werden zu können, sind die vorhandenen Stellen keinesfalls ausreichend und müssten entsprechend geschaffen werden. Daher ist die Maßnahme in der gewünschten Form nicht umsetzbar. Schulen und Kindergärten werden jedoch regelmäßig zu Schuljahresbeginn schwerpunktmäßig überwacht. Es erfolgen zudem konzentrierte Aktionen mit gezielter Unterstützung der Verkehrserzieher der Polizei sowie der kommunalen Messwagen. Um Kontrollen im gewünschten Maße durchführen zu können, wäre die Schaffung von 100 Stellen erforderlich.	0
108	Förderung des Freifunks (WLAN) in Solingen mit 2000,- €	Wuppertal hat es getan! (gesamt 7.000 Euro Fördergelder für Freifunk) Das Land NRW tut es! (10.000 Euro für das Solinger Finanzamt - Freifunk) Warum nicht auch die Solinger Stadt? Als Marketing, als Daseinsvorsorge und zur Anbindung der Fußgängerzonen? Mit 2000 Euro können 100 Freifunkrouter durch die Stadt finanziert werden. (z.B. mit 50 x TP-Link TL-WR841N und 50 x TP-Link TL-WR940N) zur Ausstellung bei Bürgern. Solinger Bürger haben bereits mit Hilfe des gemeinnützigen Verbunds freier Netzwerke Nordrhein-Westfalen e. V. damit begonnen, ihren Internetanschluss über Freifunk mit der Öffentlichkeit frei zu teilen oder die Funkreichweite zu erhöhen, damit ein Bürgernetzwerk entsteht. Der Verbund freier Netzwerke Nordrhein-Westfalen e. V. übernimmt ehrenamtlich die Einrichtung, den Datenverkehr und organisiert einen Freifunk-Stammtisch zur Information in Solingen.	k. A.	2	23	15	8	7	Unter dem Begriff Freifunk versammeln sich bundesweit eine Reihe nicht-kommerzieller Initiativen zum Aufbau freier (Funk-)Netzwerke. Freifunk-Netze sind Selbstmach-Netze und werden von engagierten Menschen in Eigenregie aufgebaut und gewartet. Jeder Nutzer im Freifunk-Netz stellt seinen WLAN-Router für den netzinternen Datentransfer zur Verfügung. Viele Teilnehmer stellen zudem ihren Internetzugang als WLAN-Hotspot zur Verfügung und ermöglichen so anderen den Zugang zum Internet. Im Bergischen Land sind mit dem „Freifunk Rheinland e.V.“ und dem „Verbund freier Netzwerke e.V.“ zwei Initiativen aktiv, die beide mittlerweile über Providerstatus verfügen und somit unter die Haftungsfreistellung fallen. Aus rechtlicher Sicht ist die Bereitstellung von WLAN-Hotspots unbedenklich. Durch die technische Kompatibilität verbinden sich WLAN-Hotspots, sofern sie sich in Funkreichweite befinden, zu einem gemeinsamen Netz. Da der Netzbetrieb sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert, ist die Einrichtung der WLAN-Hotspots zum Selbstkostenpreis möglich. Auf der nachteiligen Seite ist zu vermerken, dass es keine vertraglich zugesicherten Leistungen gibt, auf die man sich im Schadensfall berufen kann. Auch die technische Betreuung ist abhängig vom Engagement der Teilnehmer. Sollte der Betreiber eines Freifunk-Hotspots den Wunsch haben, über den reinen Netzzugang hinaus zusätzliche Funktionen und Inhalte über den WLAN-Hotspot anbieten zu wollen, so bietet Freifunk hier kein Angebot. Einschränkende Funktionen wie beispielsweise Jugendschutzfilter werden nicht angeboten. Zur Zeit gibt es neben Freifunk weitere Initiativen, die im Stadtgebiet öffentliche WLAN-Hotspots anbieten: Stadtwerke/Deutsche Telekom mit 25 Hotspots Unitymedia mit 17 Hotspots Zahlreiche Händler und Gastronomiebetriebe haben ebenfalls bereits WLAN-Angebote in Kooperation mit gewerblichen Anbietern (z.B. Hotspots, ITUMA, mycloud etc.) realisiert. Seitens der Verwaltung wird zur Zeit geprüft, ob an den touristischen Punkten in Solingen ein System mit Hotspots und zusätzlichen Informationsangeboten realisiert werden kann. Freifunk trägt wesentlich dazu bei, das WLAN-Angebot in Solingen zu vergrößern und in die Fläche zu bringen. Die Entscheidung, ob ein Freifunk-Hotspot installiert wird, sollte aber jedem Standorteigentümer überlassen werden. Ein Einsatz von Freifunk-Hotspots durch die Stadt Solingen kann im Einzelfall erfolgen (z.B. Flüchtlingsunterkünften) ist aber grundsätzlich durch die fehlenden Sicherheitsmechanismen (keine Jugendschutzfilter) im Sinne der Betreiberverantwortung an öffentlichen Gebäuden und insbesondere Schulen kritisch zu betrachten. Um Freifunk dennoch grundsätzlich zu unterstützen, wäre eine Zuwendung für den Verein zum Ausbau und Betrieb der Freifunk-Infrastruktur zu befürworten.	0
109	Mehr P+R Plätze zur Stärkung der Attraktivität von Solingen / ÖPNV	In Solingen gibt es kaum P+R Plätze zum Parken für Fahrzeuge. In den Nachbarstädten gibt es ein Vielfaches an P+R Parkplatzflächen (z.B. in Haan Gruiten am Bahnhof im Vergleich zum Vogelpark/HBf in Solingen). Wer Solingen für Familien von außerhalb zur attraktiven Wohnstadt machen will und die Ausfallstraßen / Umwelt entlasten will, der muss mehr Parkplätze mit Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr schaffen - sogenannte P+R Plätze (als Teil einer Strategie zur Stärkung des ÖPNV).	k. A.	3	27	24	3	21	In Solingen wurden bei den wichtigsten Bahnhöfen bzw. Haltepunkten P+R-Parkplätze zur Verfügung gestellt. Es gibt im Bereich des Bahnhofes Mitte den P+R-Parkplatz Brühler Straße mit 129 kostenlosen Stellplätzen. Am Solinger Hauptbahnhof in Ohligs gibt es 310 P+R-Parkplätze, die bewirtschaftet sind. An der S-Bahnstation Vogelpark ist aufgrund der fehlenden städtischen Flächen und aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Solingen eine weitere Realisierung von P+R-Plätzen nicht möglich. Die P+R-Parkplätze existieren bereits. Es sind keine Einsparungen bzw. Mehreinnahmen zu erzielen.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

110	Generelles Hundeverbot für Spielplätze	Sehr oft ist zu beobachten, dass Hundehalter mit ihren Vierbeinern Spielplätze aufsuchen, und Hunde finden das "große Hundeklo Sandkasten" toll. Die Häufchen im Sand sind einfach nur ekelig. Auch auf Spielwiesen und den Wegen findet man Hundekot. Ruft man bei der Stadt an wird der Sand ausgetauscht. Das kostet auch wieder Geld - und ein paar Tage später waren die Hunde wieder da. Durch Kontrollen (evtl. der Spielplatzkontrolleure oder das Ordnungsamt) könnte bei Nichtbeachtung ein Bußgeld oder Verwarngeld verhängt werden.	k. A.	5	28	24	4	20	Um entsprechend der Anregung tätig werden zu können, sind die vorhandenen Stellen keinesfalls ausreichend und müssten entsprechend geschaffen werden. Daher ist die Maßnahme in der gewünschten Form nicht umsetzbar. Im Auftrag des Rates vom 18.02.2016 wurde bereits ein Gesamtkonzept zur Ordnung, Sicherheit und Vorbeugung erstellt, welches u. a .die deutliche Ausweitung der Präsenz des kommunalen Ordnungsdienstes (und somit auch die Ahndung allgemeiner Ordnungswidrigkeiten) beinhaltet. Die dazugehörige Informationsvorlage (Nr. 1786) wurde zur ersten Lesung im Juni 2016 in den Haupt- und Personalausschuss sowie in den Rat eingebracht und wird aktuell überarbeitet. Es folgt dann eine erneute Beratung in den Gremien. Voraussetzungen, finanzielle Auswirkungen etc. werden ebenfalls in der Vorlage dargestellt. Angaben betreffend Einsparungen werden im Konzept aktuell noch nicht thematisiert und können derzeit nicht eingeschätzt werden.	0
111	An Folgekosten denken und dadurch sparen	Bei jeder Anschaffung, Baumaßnahme usw. stets an die Folgekosten denken. Beispiel: lange Bank in Ohligs, Glasplatte beim Denkmal auf dem Alter Markt. Sind folgekostengennicht kalkulierbar, besser auf die Anschaffung oder Maßnahme verzichten.	10.000-50.000	2	28	28	0	28	Die vorgeschlagene Maßnahme ist nicht konkretisiert oder bezogen auf Beispielmaßnahmen die bereits umgesetzt sind. Es werden stets im Rahmen der Lebenszykluskosten einer Investition auch die entsprechenden Folgekosten für den Haushalt der Stadt Solingen berücksichtigt. Dies ist unerlässlich, denn bei den Lebenszykluskosten eines Gebäudes machen die Folgekosten ca. 78% aus, die Planung und Errichtungskosten 20%, der Abbruch 2%. Hieran ist also deutlich erkennbar, dass eine folgekostengerechte Planung erhebliches Einsparpotential hat. Die Folgekosten (Betriebskosten) von Immobilien teilen sich z.B. bei Bürogebäude wie folgt auf: Instandhaltung 39%, Reinigung und sonstiges 21%, Bewachung 10%, Strom (Energie) 15%, Heizung und Raumlufttechnik (Energie) 12%, Wasser und Abwasser 3%. Voraussetzung für die Betrachtung der Folgekosten im Lebenszyklus einer Investition ist das vorhandene Fachwissen und gute Arbeitsablaufprozesse. Diese müssen standardisiert bei jeder Investition der Stadt Solingen, die Folgekosten bei verschiedenen Alternativen berücksichtigen und auf der Basis dieses umfassenden Vergleichs die wirtschaftlichste Alternative vorschlagen. Der Betrag kann nicht konkretisiert werden.	0
112	Rettet das Vogelsanger Schwimmbad	Es liegt vielen Menschen am Herzen, und es lohnt sich dafür zu kämpfen.	k. A.	2	17	15	2	13	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
113	Preiserhöhung für die Behinderten	Haben es die behinderten Menschen nicht schon schwer genug im Leben!!!	k. A.	0	7	1	6	-5	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
114	Bürgerbeitrag und ein Dankeschön dafür	Es wäre super, wenn wir Bürger uns konkret an der finanziellen Sanierung beteiligen könnten. Ein Dankeschön von der Stadt dafür wäre super: z.B. eine Bürgerkarte mit einigen Gutscheinen fürs Schwimmbad, Parken, Busbenutzung...oder eine Ermäßigung für Monatskarten oder Jahreskarten für die Busse.	50.000-100.000	0	7	2	5	-3	Einen Bürgerbeitrag im klassischen Sinne ist hier nicht gemeint, denn ein sogenannter Bürgerbeitrag bezeichnet im Allgemeinen den Generationenbeitrag, der eine Sonderabgabe in Form einer Pro-Kopf Zahlung oder als Aufschlag auf die Grundsteuer B vorsieht. Dieser Beitrag zwingt zu einem ausgeglichenen Haushalt, da er sich am jährlichen Defizit orientiert. Gemeint ist hier sicher eine Form der freiwilligen Beteiligung der Bürger an einer konkret vorgesehenen Maßnahme. Diese freiwillige Beteiligung ist bereits jetzt schon möglich, jedoch kann hier sicher auch die „Bewerbung“ noch intensiver erfolgen. Konkret vorgesehen ist auch die Einrichtung eines „Bürgerfonds“. Dadurch sollen möglichst viele Akteure in der Solinger Stadtgesellschaft motiviert werden, durch Eigenengagement und Initiative gemeinsam mit der Verwaltung eine sogenannte win-win-Situation herzustellen. Für die Projekte wurden bereits entsprechende Anschubfinanzierungen im Haushalt berücksichtigt (in 2016: 60.000 EUR). Voraussetzung für eine mögliche Prüfung ist die konzeptionelle Prüfung und Erarbeitung weiterer Felder, auf denen freiwillige Spenden umworben werden können. Der Einnahmebeitrag kann daher nicht konkret beziffert werden.	0
115	Mehr Sozialarbeiter und Schulsozialarbeiter	Wer heute investiert in Bildung und Betreuung, spart später viel Geld. Jetzt ist noch Luft nach oben drin, z.B. auch für die intensivere Betreuung von Flüchtlingen. Auch die Beratung bei Anträgen braucht oft Unterstützung durch Fachkräfte. Die intensive Betreuung von Familien spart Kosten für die Heimunterbringung entsprechender Problemkinder.	k. A.	0	11	8	3	5	Die Anregung, in Sozialarbeit zu investieren um mittelfristig Kosten in der Jugendhilfe zu sparen, findet sich bereits im HSP 2016, Steckbrief M023, verankert. In dem laufenden Projekt „Prozess-Optimierung bei den Hilfen zur Erziehung“ wird in dem Themenschwerpunkt „Präventionsketten“ u.a. beleuchtet, wie die Sozialarbeit an Schulen wirkungsvoll in die Prävention einbezogen werden kann. Die konkreten Projektergebnisse werden nach derzeitigem Stand im Frühjahr 2017 erwartet. Die kommunal notwendigen Investitionen sind noch nicht konkret zu benennen. Für den Haushalt der Stadt Solingen wird dabei vor allem die Fragestellung der künftigen Finanzierung von Schulsozialarbeit von Bedeutung sein. Die Kommunen werden ohne Unterstützung von Bund und Land nicht in der Lage sein, die erforderlichen Personalkosten zu stemmen. Die HSP Maßnahme 023 wird verbunden mit einer mittelfristigen Einsparung von jährlich 1 Million Euro in der Jugendhilfe.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

116	Kein Walter-Scheel-Platz	Der große Sohn der Stadt sollte nicht mit Füßen getreten werden. Angesichts seines Lebenswerkes sollten Rat/Verwaltung sich für eine Bürgerstiftung "Brücken bauen – Solingen In Memoriam Walter Scheel" einsetzen. Spendet das ST die Website(mehrsprachig)? Schwerpunkt der Stiftung sollte die Organisation von Austausch, Diskussionen u.ä. sein. Im Herbst 2017 könnte z.B. eine erste Veranstaltung im Haus Müngsten(Brücke!) sein zum Thema "Jugend berät EU". Die Parteien im Rat motivieren eine/einen ihrer jeweiligen EU-Abgeordneten zu kommen und eine/einen Abgeordnete/n ihrer EU-Fraktion aus einem anderen EU-Staat mitzubringen. Reisekosten trägt EU-Parlament. Solinger Oberstufenschüler bereiten Vorschläge vor, was die EU anstatt der Verlosung von Inter-rail-Tickets machen kann, um die Jugend für die EU zu begeistern. Die Diskussion zwischen den Abgeordneten und den Schülern wäre in Englisch. Vor Ort könnten die deutschen MdEP ihren Kollegen erläutern, was "über die Wupper gehen" bedeutet. Mit der Schwebefähre kann man allerdings sicher über die Wupper, wenn man zusammenarbeitet. Da deutsche Gründlichkeit verhindern wird, dass die Stiftung schon 2017 arbeiten kann, wäre die erste Veranstaltung (Miete/Equipment/Catering) über Sponsoring/Crowdfunding zu finanzieren. Die Stiftung sollte ihre Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Stiftungen u.ä. finanzieren/organisieren. Um z.B. Jugendliche aus Pariser Banlieues in Solingen mit Landjugend aus Ostpolen zusammenzubringen, könnten dt.-fr. Jugendwerk bzw. dt.-pl. Jugendwerk unterstützen. Das wäre andauernde Gedenkarbeit im Sinne Walter Scheels! Er war auch der erste Entwicklungsminister der BRD. Außerdem wäre bzgl. Stadtmarketing die Stiftungsarbeit effektiver als ein schnöder Platz.	k. A.	0	1	1	0	1	Der Überschrift nach zu schließen, resultiert dieser Vorschlag aus der inzwischen breiten öffentlichen Diskussion über eine geeignete Form der Ehrung des verstorbenen Solinger Ehrenbürgers Walter Scheel. Ob dies beispielsweise in die Benennung eines Platz, einer Straße, eines Gebäude oder vielleicht einer Stiftung mit seinem Namen mündet, ist eine politische Entscheidung, zu deren Abstimmung der Oberbürgermeister in Kürze die Initiative ergreifen wird.	0
117	Verkehrskontrollen vor 6Uhr	Es ist doch erstaunlich wieviele Menschen zwischen fünf und sechs Uhr, einen rechtsfreien Raum auf unseren Straßen sehen. Die Anhaltepflicht an grünen Pfeile, sowie die Tempobegrenzungen scheinen komplett aufgehoben zu sein. Führt man die Verkehrskontrollen schon ab fünf Uhr durch, würde die Stadt mit den eingenommenen Bußgeldern viel dazu verdienen und die Straßen sicherer machen.	50.000-100.000	1	13	9	4	5	Eine Ausweitung der Messzeiten ist mit den aktuellen Stellenanteilen nicht durchzuführen. Sporadisch werden nächtliche Einsätze bereits durchgeführt, dies erfolgt jedoch nur in Ausnahmefällen. Kontrollen zur Einhaltung der Anhaltepflicht bei "Grünpfeilen" unterliegen der Zuständigkeit der Polizei. Für eine Umsetzung des Vorschlags wäre eine erhebliche Stellenausweitung notwendig.	0
118	Umgestaltung Eilsenstrasse	Meiner Meinung nach wäre der Umbau des kleinen Parkplatzbereichs mit Sitzmöglichkeiten etc. reine Geldverschwendung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich dort Leute hinsetzen würden. Man sieht doch, dass selbst beim Umbau des Entenpfuhls kaum Menschen sich dort aufhalten. Die Sitzmöglichkeiten werden wenig genutzt und wenn, dann meistens nur, um auf den Bus zu warten. Dort wurde auch sehr viel Geld verschwendet, dass woanders dringender benötigt wurde und sinnvoller hätte ausgegeben werden können.	k. A.	2	16	14	2	12	Der Bürgervorschlag ist bereits vorhanden.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

119	Abfallbeseitigung / Straßenreinigung	Ich hab als ehemaliger Langenfelder mit meinem Umzug nach Solingen damit gerechnet, dass aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Solingen diverse städtische Dienstleistungen im Vergleich zu Langenfeld nur eingeschränkt angeboten werden. Überraschenderweise ist das Gegenteil der Fall. Solingen sollte sich im Bereich Abfallbeseitigung / Straßenreinigung ein Beispiel an Langenfeld nehmen. Im Einzelnen: Übertragen der Straßenreinigung auf die Bürger bei gleichzeitigem Wegfall der Straßenreinigungsgebühr. Selbst wenn die Stadt mit der Straßenreinigungsgebühr kostendeckend arbeitet, würde ein Wegfall der Gebühren die Bürger entlasten (erst Recht im Gegenzug zu der angekündigten Grundsteuererhöhung). Restmülltonnen nicht mehr vom Standplatz der Häuser holen. Ich habe als Neu-Solinger nicht schlecht gestaunt, als mich vor der ersten Restmüllabholung meine neuen Nachbarn darauf hingewiesen haben, dass hier die Tonnen bis zu 10m von den jeweiligen Standplätzen geholt und zurück gestellt werden. Die Abfuhr war dann ein Highlight, da ich noch nie ein Müllauto gesehen habe, was mit 4 - 6 Personen besetzt ist. In Langenfeld sind 3 Personen schon etwas besonderes. Feste Annahmestellen statt Grünschnittcontainer. Es wäre zu prüfen, ob nicht 4 - 5 über das gesamte Stadtgebiet verteilte Annahmestellen für Grünschnitt günstiger sind, als die Sammlung per Container in den Stadtteilen. Eine Fahrt von max. 10 Minuten für jeden Bürger zur nächsten Annahmestelle sollte zumutbar sein. Kostenpflichtige Sperrmüllabholung. Bereits in einem anderen Vorschlag erwähnt. In Langenfeld kostet jede Abholung 20 Euro. Auch das ist zumutbar.	>100.000	0	15	11	4	7	Die Sperrmüllabfuhr, Abholung der Restmülltonnen, Grünschnitt und Straßenreinigung sind Teil der Gebührenbedarfsberechnung, die regelmäßig durchgeführt wird. Sämtliche Kosten, aber auch die Mehreinnahmen fließen zu 100% in diese ein. Erhöhungen oder Senkungen dieser Gebühren ent- oder belasten den Bürger unmittelbar und haben mit dem städtischen Kernhaushalt direkt nichts zu tun.	0
120	Einfach mal die Bürger vorher fragen !!!!	Viele Unternehmungen und Investitionen der Stadt werden einfach über den Köpfen der Bürger hinweg entschieden, obwohl sie von größerer Tragweite sind. Unsere " Volksvertreter " sollten sich mehr an Ihren Auftrag erinnern, nämlich uns zu vertreten ! Es fehlt einfach die Kommunikation zwischen Bürger und Stadt ! Vorher gefragt, gäbe es sicher keine endlos überteuerte Sitzbank am Ohligser Bahnhof. Kommt einfach mal von Eurem erhobenen Sockel runter und erfüllt Euren Job ! Das heist Ihr schlagt vor, und der Bürger entscheidet !!! In der heutigen Internet Zeit kein großer Auftrag ! Warum zum Beispiel endet diese Bürgerbefragung einfach am Freitag ? Furcht vor Machtverlust ? Diese Befragung sollte als Mindestmaß Standart sein !!!	k. A.	1	11	10	1	9	Das Thema Bürgerbeteiligung ist für die Verwaltung ein wichtiger Faktor bei der Gestaltung der Zukunftsfähigkeit der Stadt. Zur Verbesserung der Kommunikation von Bürgerschaft und Verwaltung wurde deshalb Ende letzten Jahres eine Stabsstelle Bürgerbeteiligung eingerichtet, und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern werden neue Leitlinien zur Beteiligung entwickelt. Die Befragung zum Bürgerhaushalt war darauf ausgelegt, für einen begrenzten Zeitraum Vorschläge zum Haushalt zu diskutieren. Unabhängig davon wird die Plattform „solingen-redet-mit“ weiterhin permanent zur Verfügung stehen, um Informationen zur Bürgerbeteiligung in Solingen zu bündeln und um Abfragen zu speziellen Themen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.	0
121	betriebliches Vorschlagswesen stärken	Der Schatz im Unternehmen Die eigenen Mitarbeiter (der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe) wissen oft am besten, wie sich die Arbeit besser und günstiger gestalten lässt. Man muss nur sie nur richtig danach fragen und Ideen aufnehmen und umsetzen.	50.000-100.000	0	10	10	0	10	In der Verwaltung existiert bereits seit vielen Jahren ein Ideenmanagementsystem. Dabei gehen regelmäßig Mitarbeiterideen z.B. zu Einsparungen, zur Verbesserung von Abläufen oder des Arbeitsumfeldes (z.B. neue Geräte) aus der Verwaltung und den Betrieben ein. Sie werden auf Umsetzbarkeit geprüft und ggf. dann auch prämiert. Darüber hinaus wurde Ende 2014 eine einmalige Mitarbeiterbefragung für den Haushaltssanierungsplan 2016 durchgeführt. Darin waren die Mitarbeiter/innen aufgefordert, Vorschläge zur finanziellen Verbesserung der Stadt Solingen einzureichen. Eine Möglichkeit zur Prämierung im Rahmen des Ideenmanagements war darin ebenfalls vorgesehen. Die geringe Resonanz und das daraus resultierende sehr geringe mögliche Potential, führen allerdings bis auf weiteres nicht zu einer Wiederholung des Verfahrens. Das auf Dauer ausgerichtete Ideenmanagement ist der erfolgversprechendere Weg. Da es das Verfahren bereits aber gibt und das Potential abhängig von den Vorschlägen und deren Umsetzbarkeit gibt, ist eine Aussage zum einem zusätzlichen Potential nicht möglich und wird daher mit 0 € angegeben.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

122	E-City SOLINGEN	<p>Ich frage mich schon seit einiger Zeit, warum es wieder Städten wie Düsseldorf und Aachen vorbehalten sein muss die Elektromobilität als "Zugpferd" und Innovation für sich zu nutzen und damit Vorreiter zu sein auf dem Weg in die Zukunft. Das Bergische Land und seine Menschen sind nahezu prädestiniert dafür mit Ebikes, Seilbahnen und natürlich dem Obus mobil zu sein. Hier sind bei nahezu jeder Fahrt einige Höhenmeter zu bewerkstelligen. Ich selber fahre von Ohligs bis Mitte mit einem solchen E-bike, will nicht geschwitzt auf der Arbeit ankommen. Warum baut man nicht ein durchdachtes Fahrradnetz mit Wegeleitsystem, Servicestationen, gesicherten Parkgaragen und eigenen Schnellspuren für Ebikes und pedelecs? Genau das müsste mit Wuppertal und Remscheid zu einer eRegion Bergisches Land wachsen und so beworben werden. Das bergische Land braucht Innovationen, warum nicht mal in Sachen Infrastruktur andere Wege gehen so wie Wuppertal vor einigen Jahren mit der Schwebebahn. In der Rangliste der fahradfreundlichsten Städte landen Solingen, Wuppertal und Remscheid traditionell immer auf den letzten drei Plätzen - bundesweit.</p>	k. A.	1	8	7	1	6	<p>Im Rahmen des Elektromobilitätskonzeptes soll der gesamte Bereich der E-Mobilität und der dazugehörigen Infrastruktur auf seine Umsetzbarkeit untersucht werden. Dieses Elektromobilitätskonzept soll in Kürze beauftragt werden. Des Weiteren beinhaltet die Elektromobilität in Solingen den O-Bus, in Kürze wird der Batteriebetriebene Oberleitungsbus (BOB) in Solingen auf einer Teststrecke eingesetzt und weiterentwickelt. Für Solingen gibt es ein beschlossenes Radverkehrskonzept. Das Radverkehrsnetz wird kontinuierlich ausgebaut.</p>	0
-----	-----------------	--	-------	---	---	---	---	---	--	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

123	Jetzt mal Tacheles!	<p>Auf konkrete Fragen, in diesem Bürgerbefragungsportal, zu den exakten Schwimmbadkosten an den einzelnen Standorten nennt die Verwaltung und Politik immer nur lapidar „es sind 9 Millionen Euro veranschlagt“. Mit solchen „wisch waschi-Angaben“ will man dem Bürger einen Sparwillen suggerieren! Warum nur werden hier nicht wirklich alle Zahlen transparent gemacht? Dies mache ich jetzt, damit endlich Transparenz hineinkommt! Die Badkosten am MHKW setzen sich wie folgt zusammen: Straßenneubau von der „Vieh“ – Neubau einer Kreuzung mit Ampelanlage, denn von hier müssen die Autofahrer ja links hoch zum neuen Standort. Kanal für die Straßenabwässerung und Beleuchtung der Straße. Behindertengerechter Gehweg inklusive Radfahrweg. Bepflanzung der Straße. Folgekosten für die Straßenreinigung und Instandhaltung dieser neuen Straße sowie auch der Ampelschaltung! Bau der Parkplätze für die Autofahrer mit behindertengerechten Parkmöglichkeiten und der entsprechenden Zuwegung. Beleuchtung und Bepflanzung des neuen Parkplatzes. Neubau des Kanals, der Leitung für Fernwärme der der Stromversorgung. Abriss des Vogelsang-Bades und Rückbau des kompletten Grundstückes für einen eventuellen Käufer. Schaffung neuer Buss-Anbindung mit behindertengerechter Haltestelle. Erhöhung der Frequentierung der Busse und einiges mehr. Diese Kosten verschlingen locker ca. 6 Millionen Euro! Von den 9 Millionen verbleiben an diesem Standort für ein Neubau nur 3 Millionen!! Die Badkosten am Weyersberg setzen sich wie folgt zusammen: Abriss des Stadions und Neubau an einem anderen Standort. Auch hier müssen neue Anschlüsse für Strom-, Fernwärmenetz und Kanal neu geschaffen werden. Neubau der Zufahrt und der Parkplätze mit behindertengerechter Zuwegung. Beleuchtung und Bepflanzung der Parkplätze mit Folgekosten für Instandhaltung usw. Abriss des Vogelsang-Bades und Rückbau des kompletten Grundstückes für einen eventuellen Käufer. Ein Neubau auf dem Felsen-Untergrund? Diese Kosten kann ich nicht beziffern! Schaffung neuer Busanbindung mit behindertengerechter Haltestelle. Erhöhung der Frequentierung der Busse und einiges mehr. Diese Kosten verschlingen locker ca. 5 Millionen Euro! Von den 9 Millionen verbleiben an diesem Standort für ein Neubau nur 4 Millionen!! Die Badkosten an der Focher setzen sich wie folgt zusammen: Abriss des Altbaus mit Entsorgungskosten und ein Neubau des exakt gleichen Baukörpers verschlingen hier locker 4 Millionen. Von den 9 Millionen verbleiben an diesem Standort für ein Neubau nur 5 Millionen!! Mein Sparvorschlag zum attraktiven Schwimmbad am gleichen Standort ist ganz einfach: Baukörper nicht abreißen sondern kernsanieren mit Erhaltung aller intakten Einrichtungen wie: Nichtschwimmerbecken, Umkleiden, Restaurant, Duschplätzen mit den behindertengerechten Ausstattungen. Am vorhandenen Baukörper einen Anbau mit 50 Meter langen Bahnen errichten und das komplette Bad attraktiv ausgestalten. Hierfür stehen nach meiner einfachen Kalkulation mindestens 8 Millionen Euro zur Verfügung. Erst jetzt kann jeder Bürger/in völlig emotionslos und rein sachlich das kostengünstigste und optimale Bad auswählen. Dr. Klara Clemens</p>	k. A.	13	22	22	0	22	<p>Eine Kernsanierung des Hallenbads Vogelsang ist in der Vergangenheit eingehend von der Verwaltung und von Fachfirmen untersucht worden. Man hat festgestellt, dass eine Sanierung nicht rentabel ist. Alle relevanten politischen Gremien haben beschlossen, dass ein Neubau errichtet werden soll. Die Auswahl des Standorts erfolgt unter Berücksichtigung vieler Aspekte u.a. auch derjenigen, die Kommentar erwähnen werden. Zu den Berechnungen wird keine Stellung genommen. Fakt ist, dass der Betrag, der für den Bau zur Verfügung steht, 9.000.000 Euro ist. Ziel ist es, den Standort zu wählen, der insgesamt der beste für die Nutzerinnen und Nutzer ist ohne die betriebswirtschaftlichen Aspekte aus den Augen zu verlieren.</p>	0
-----	---------------------	---	-------	----	----	----	---	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

124	Bürgerbeteiligungsportal besser vorbereiten	<p>Falls es einen nächsten Bürgerhaushalt gibt, sollte das gesamte Vorgehen besser abgestimmt, geprüft und aufbereitet sein. Und früher starten. Das jetzige System ist unübersichtlich, nicht hinreichend moderiert und der Zugang zu Hintergrundinformationen unnötig schwer, obwohl sie eigentlich bereit stehen. Warum musste die Plattform jetzt unter solingen-redet-mit.de laufen ? 2010 und 2012 war es solingen-spart.de. Sparen ist etwas aktives, Reden würde ich eher passiv verorten. Was die Moderation angeht, warum wird nicht eingegriffen, wenn 10 mal der gleiche Sachverhalt aufgegriffen wird? Es wäre vielleicht sinnvoll Oberbegriffe zu schaffen, wenn mindestens 2 Vorschläge zu einem Thema kommen. Ich sage nur Schwimmbad, Elisenplatz, kommunaler Ordnungsdienst. Warum sind Antworten auf Kommentare im Normalfall ausgeblendet? Der Haushaltsentwurf liegt frei zugänglich auf der Seite der Stadt Solingen, warum wird nicht deutlich darauf hingewiesen? Warum sind die Kerninformationen nicht direkt auf dieser Plattform hinterlegt? Hinter jedem der Vorschläge stehen klar definierte Posten im Haushalt, Warum liegen diese Posten nicht in einer vorschlagworteten Datenbank? Jemand schreibt etwas über den kommunalen Ordnungsdienst, warum werden dann nicht sofort die relevanten Haushaltspositionen eingeblendet? Das ist kein Hexenwerk. Auf meine Frage nach einem zusammengefassten Haushalt wurde mir unter "Lob&Kritik" geantwortet: "In der Kürze der Zeit ist es leider nicht möglich, eine Zusammenfassung des Haushalts zu schreiben." In der Kürze der Zeit... dies zeigt wie wenig überlegt diese Plattform ist. Da ist mit heißer Nadel etwas gestrickt worden um Aktionismus zu zeigen. Erreicht wurden vielleicht 0,5% der Bürger die sich mehr oder minder einbringen. Die Frage wäre natürlich auch was diese Plattform gekostet hat. Das Gutachten das zu Grunde liegt hat ja weit über 100.000 € gekostet. Man liest ja nun zu Genüge, dass die Politik mit dem Gutachten nicht zufrieden. Nun, ich als Bürger bin auch mit den Politikern unzufrieden, da Sie diese Plattform leiblos haben umsetzen lassen. Das nächste mal die Sache mit mehr Ernst angehen oder es sein lassen.</p>	>100.000	2	13	13	0	13	<p>Die konstruktiven Hinweise werden für das nächste Online-Verfahren in der Planung und Umsetzung berücksichtigt. Zur Änderung des Titels der Plattform in "solingen-redet-mit" der Hinweis, dass die Plattform unter diesem Titel nicht nur für die Sparvorschläge zum Bürgerhaushalt genutzt werden soll, sondern auch andere Informationen zum Thema Bürgerbeteiligung sowie Abfragen und Online-Dialoge werden künftig auf dieser Internetadresse sichtbar sein. Die aktive und transparente Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern spielt für die Verwaltung eine immer größer werdende Rolle bei allen wichtigen Projekten und Vorhaben zur Gestaltung der Zukunft unserer Stadt und wird zur Zeit mit der Entwicklung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Lenkungsgruppe von Bürgerinnen/Bürgern, Politik und Verwaltung gemeinsam vorangetrieben.</p>	0
-----	---	---	----------	---	----	----	---	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

125	nächtliches Ausschalten von Straßenbeleuchtung	Wie in vielen (Ost-)deutschen Städten und Großstädten wäre auch hier die Überlegung sinnvoll nachts die Straßenbeleuchtung ausgewählter Straßen abzuschalten. Viele Beispiele anderer Städte zeigen, dass, besonders in Verbindung mit abgeschalteten Ampeln, ein deutliches Einsparpotential besteht. Auffällig ist dabei, dass weder Kriminalitätsraten noch Unfallraten einen nennenswerten Anstieg verzeichneten. Speziell bei Autofahrern wird die Aufmerksamkeit geschärft und befahrene Hauptstraßen sind in dem Falle auch für Fußgänger sicher. Alternativ bleibt nur jeder 3. oder 4. Straßenlaterne in Betrieb. Daher finde ich die Überlegung äußerst sinnvoll, denn warum sind die ganze Nacht alle Straßen hell erleuchtet, stellenweise mit gigantischen Flutlichtanlagen, wenn sowieso keiner unterwegs ist.	0-10.000	4	11	8	3	5	Die vorgeschlagene nächtliche Abschaltung der Beleuchtung auf ausgewählten Straßenabschnitten wurde bereits im Jahr 2009 umgesetzt. Der Rat der Stadt Solingen hat mit Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2009/2010 in seiner Sitzung am 18.12.2008 auch das Haushaltssicherungskonzept (HSK) für die Jahre 2009 bis 2013 beschlossen. Wesentlicher Bestandteil dieses Haushaltssicherungskonzeptes ist die Reduzierung der Brenndauer der Straßenbeleuchtung und der Einsatz von Energiesparleuchten. Die Aufnahme dieser Einsparmaßnahme ins Haushaltssicherungskonzept ist abgeleitet aus dem von der Gemeindeprüfungsanstalt im Rahmen der Untersuchung der Stadt Solingen festgestellten Einsparpotential für die Straßenbeleuchtung. Für das Jahr 2009 bedeutet dies eine Einsparvorgabe von 200.000 Euro und für die künftigen Jahre ab 2010 eine strukturelle Einsparung in Höhe von jährlich 340.000 Euro. Gemäß § 7 der vom Rat beschlossenen Haushaltssatzung der Stadt Solingen sind die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen bei der Ausführung des Haushaltsplans zwingend umzusetzen. Das Haushaltssicherungskonzept erhielt mit der Verabschiedung durch den Rat Beschlusscharakter und bildet für den Planungszeitraum des Doppelhaushaltes 2009/2010 den für die Verwaltung verbindlichen Handlungsrahmen zur Umsetzung. Nach dem Willen des Rates ist die HSK-Maßnahme „Straßenbeleuchtung“ unabhängig von Einsparmöglichkeiten in anderen Verwaltungsbereichen umzusetzen. Zur Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahme hat die Fachverwaltung ein an sachlichen Kriterien orientiertes Konzept erarbeitet, das dem zuständigen Fachausschuss des Rates in seiner Sitzung am 09.02.2009 vorgestellt worden ist. Zur Erreichung des Einsparziels in Höhe von 200.000 Euro für das Jahr 2009 wurde vom Vermögensmanagement in Zusammenarbeit mit dem Technischen Betrieb ein Maßnahmenkatalog von insgesamt 6 Einzelmaßnahmen erarbeitet und inzwischen auch umgesetzt. Neben der Ausschöpfung sonstiger technischer Möglichkeiten zur Energieeinsparung ist ein wesentlicher Baustein die Abschaltung nach einheitlichen Kriterien ausgewählter Streckenabschnitte im Stadtgebiet. Die von der Kommunalaufsichtsbehörde eingeforderte Abschaltung bezieht sich vornehmlich auf überwiegend anbaufreie oder anbauarme Ausfallstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrten und Innerortsstraßen außerhalb der bebauten Ortslagen. Die von der Abschaltung betroffenen Straßenabschnitte wurden letztlich als Ergebnis der Beratungen in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Polizei, Stadtdienst Ordnung und Verkehrsüberwachung (Vertreter der Straßenverkehrsbehörde) und dem Stadtdienst Schulen, festgelegt und umgesetzt. Bei der Abwägung wurden insbesondere Belange der Verkehrssicherheit berücksichtigt. Beispielsweise sind wichtige Wegebeziehungen zu Haltestellen und verkehrsbedeutsame Knotenpunkte ausgenommen worden. Das Gesamtkonzept wurde darüber hinaus juristisch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht und haftungsrechtlich durch den Kommunalen Schadensausgleich westdeutscher Städte als dem gemeindlichen Haftpflichtversicherer geprüft.	0
126	Erhöhung der Grundsteuer B	Die Grundsteuer B darf nicht erhöht werden Einsparmöglichkeiten bei den Bergischen Sinfonikern. Die müssen aufgelöst werden. Konzerte können eingekauft werden. Eine Zusammenlegung mit Wuppertal sollte nicht in Erwägung gezogen werden. Es kann nicht sein das der Sozial Schwache und der Mittelstand diesen Bereich Fördert. Bezahlen komplett sollen die die dieses buchen und besuchen. Mindes Einsparung pro Jahr 1,8 Mill	0-10.000	3	11	6	5	1	Der Bürgervorschlag ist bereits vorhanden (Nr. 38)	0
127	Hallenbad	Der Standort für das Bürgerbad soll Vogelsang bleiben.	k. A.	2	14	13	1	12	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
128	ÖPNV	Die Siedlungsbereiche die im Außenbereich liegen sollen vom ÖPNV weniger angefahren werden. Die Hauptstrecken dürfen nicht weiter eingeschränkt werden.	0-10.000	3	14	3	11	-8	Der Vorschlag ist bereits vorhanden. (BSGneu10)	0
129	Bezirksvertretungen	Die BV Gräfrath und Wald sollen zusammengelegt werden	0-10.000	2	9	9	0	9	Der Vorschlag ist bereits vorhanden. (Nr. 26)	0
130	Gewerbegebiete	Gewerbegebiete sind aufzuschließen	k. A.	0	9	3	6	-3	Der Bürgervorschlag ist nicht verständlich.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

131	Schallschutzmassnahmen an Bundesstrassen im Stadtgebiet	Viele Wohngebiete liegen an Bundesstr. und werden vom Lärm sehr in Mitleidenschaft gezogen. Z.B. Central /Waserturm usw. Der Wohnwert an diesen Verkehrsachsen kann erheblich verbessert werden, wenn Tempo 30 Km oder /und Flüsterasphalt dort festgelegt oder eingebaut wird. Die Gelder dürfen nicht nur in die Innenstadt Solingen/ Ohligs Wald fliesen dort geht es um Geschäfte und Geldverdienen, an den Verkehrsachsen lebt ein grosser Teil der Bürger. Es muss ein Masterplan mit Prioritäten Setzung aufgestellt finanziert und abgearbeitet werden.	k. A.	0	12	3	9	-6	Die Stadt Solingen führt jährlich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten das Tempo-30-Konzept im gesamten Stadtgebiet fort. Dieses Konzept bezieht sich nicht auf Hauptverkehrsstraßen. Für das Hauptverkehrsstraßennetz wurde ein Entwurf des Lärmaktionsplans Stufe II. erstellt. Dieser Entwurf soll im November 2016 im ASUKM diskutiert und beraten werden. Ziel ist die Zustimmung des Ausschusses zu einer Öffentlichkeitsbeteiligung. In dem derzeitigen Entwurf des Lärmaktionsplans Stufe II. sind sog. Hotspots enthalten. Hierzu zählt auch der Central. Bei den jeweiligen Hotspots sind im Entwurf auch Maßnahmenkonzepte hinterlegt, die zu einem späteren Zeitpunkt nochmals von der Politik beraten werden müssen. Im Rahmen des Förderprogramms „Zukunftsnetz Mobilität“ soll ein Masterplan Verkehr erstellt werden. Hierzu wird zu einem späteren Zeitpunkt ein Workshop durchgeführt. Aus den Konzepten müssen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden. Die Finanzmittel sind im Haushalt zu verankern. Eine Einsparmöglichkeit wird nicht gesehen.	0
132	Sinnvoll sparen und investieren	Zuerst einmal könnten die Bezirksvertretungen aufgelöst werden. Solingen ist zwar flächenmäßig groß, aber von der Einwohnerzahl doch so überschaubar, dass man eine entsprechende Beteiligung der Bürger an Entscheidungen auch über eine Plattform wie diese - jedoch bitte mit den nötigen Hintergrundinformationen direkt eingebettet - erreichen kann. Die Zahl der engagierten Bürger ist eh limitiert und man könnte sich auf wichtige projekte fokussieren. Zum Zweiten haben wir in den letzten Jahren zahlreiche Investitionen in Projekte gesehen, die angeblich zur Attraktivitätssteigerung der Stadt beitragen sollen. Hier wurde viel Geld in Bauprojekte investiert, ohne dass ein merklicher Erfolg zu sehen ist. Hier ist vielmehr auch der einzelne Bürger und die Gemeinschaft gefragt. Wenn jeder zum Einkaufen und zu Restaurantbesuchen nach Köln und Düsseldorf fährt, hilft keine bauliche Maßnahme. Attraktive Geschäfte, Restaurants, Spielplätze und vor allem eine Rückeroberung und soziale Kontrolle der städtischen Freiflächen durch die Bürgergemeinschaft sind hier wohl die einzige Lösung. Zuletzt noch ein mehr genereller Vorschlag, wie Attraktivität und Einnahmesituation verbessert werden könnten. Soweit dies rechtlich möglich ist, sollte der Flächenfraß durch die Ansiedlung von Discountern verhindert werden; diese Flächen bringen mehr Geld, wenn dort steuerpflichtiges Gewerbe angesiedelt oder besser noch Wohnungen gebaut werden (führt zu Lohn- und Einkommenssteuereinnahmen), was insbesondere für die verkehrsgünstigen Lagen gelten sollte	>100.000	5	9	7	2	5	Unter den allgemeinen rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen ist der Vorschlag einer Nicht-Ansiedlung von (Lebensmittel-) Discountern in dieser vereinfacht dargestellten Form nicht umsetzbar. In vielen städtebaulichen Situationen der Stadt Solingen ist aufgrund der Bestandssituation nach den rechtlichen Maßstäben des Baugesetzbuches die Ansiedlung von Lebensmittelmärkten rechtlich zulässig. Dies bedeutet, dass der Eigentümer oder ein interessierter Investor grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer entsprechenden Genehmigung haben. Dieser Rechtsanspruch kann nur durch Aufstellung eines Bebauungsplanes in einem aufwändigen Verfahren mit Bürgerbeteiligung, Untersuchungen, rechtlich belastbaren Begründungen etc. abgewehrt werden. Dabei sind mögliche Ansprüche auf Entschädigung z.B. für eine Bodenwertabsenkung oder auf Schadensersatz zu beachten. Nach der einschränkenden Rechtsprechung kann sich überdies eine Stadt auch nicht zur „discounterefreien Zone“ erklären. Die Stadt Solingen hat in ihrem kommunalen Einzelhandelskonzept als Zielsetzung festgelegt, dass Lebensmittelmärkte allgemein nur noch in den zentralen Versorgungsbereichen oder z.B. in einwohnerstarken Gebieten zugelassen werden sollen. In den letzten Jahren hat die Stadt Solingen bereits mehr als zwei Dutzend Bebauungsplanverfahren eingeleitet bzw. durchgeführt, um die Ansiedlung von Lebensmittelmärkten einzuschränken bzw. zu unterbinden. Insofern wird dem formulierten Anliegen – in der rechtlich gebotenen Form des öffentlich-rechtlichen Verfahrens – unter Einsatz erheblicher Ressourcen bereits Rechnung getragen. Insbesondere die im Vorschlag favorisierte Nutzung durch Gewerbesteuer zahlende Betriebe ist nicht ohne weiteres anstelle einer Discounter-Nutzung zu erreichen. Derartige Investitionen orientieren sich an eigenen Marktbedingungen. Allein der Versuch einer zwingenden Ausweisung einer gewerblichen Nutzung garantiert nicht die Realisierung, erst Recht wird dadurch auch in aller Regel nicht die Entstehung solcher Nutzungen entscheidend ausgelöst, die nach wie vor in dieser Größenordnung überwiegend im Bestand ihre Standorte finden. In rechtlich-wirtschaftlicher Hinsicht ist zudem festzustellen, dass auf dem Bodenmarkt die Grundstückswerte für Gewerbe weit unter den Werten für Wohnbauland liegen. Dennoch werden – s.o. – steuernde und einschränkende Planverfahren, soweit sie rechtlich begründbar sind, seit Jahren durchgeführt. Zum Thema Bezirksvertretungen auflösen gibt es bereits eine Stellungnahme unter dem Vorschlag 26.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

133	Wirtschaftsförderungs-GmbH abschaffen	<p>Ich schlage vor, die als GmbH außerhalb der Kernverwaltung organisierte Wirtschaftsförderung abzuschaffen. Grundfrage: Warum muß in einer freien Marktwirtschaft Wirtschaft überhaupt und auf kommunaler Ebene dazu noch gesondert gefördert werden? - Die Solinger Wirtschaftsförderung kostet seit Jahren mehr als sie durch Flächenverkäufe erwirtschaftet. - Bei den sogenannten Neuan siedlungen handelt es sich zumeist um Solinger Betriebe, die wegen erhöhten Flächenbedarfs ihren alten Standort verlassen wollten. - Der damit einhergehende Flächenverbrauch ist immens, da in der Regel zu große Flächen bereit gestellt werden, um für mögliche spätere Erweiterungen gewappnet zu sein, die dann aber zumeist nicht eintreten. Er ist insofern nicht weiter zu rechtfertigen, zumal hier in aller Regel für die Stadt nachteilige Verträge abgeschlossen werden: in anderen Kommunen ist es durchaus üblich, die Ansiedlung durch Pachtverträge oder aber mit einem Rückkaufsrecht für die Kommune zu bewerkstelligen, sodaß bei einer möglichen Insolvenz oder aber einem Fortzug des Unternehmens (vgl. Flora Frey) das Mitspracherecht der Kommune bei einer neuen Nutzung gewahrt bleibt. - Weder in Solingen noch in irgendeiner anderen Kommune ist bisher der Beweis geführt worden, daß die massiven infrastrukturellen Vorleistungen und individuellen Vergünstigungen für das einzelne ansiedlungswillige Unternehmen tatsächlich die immer wieder behaupteten Ergebnisse zeitigen, nämlich erhöhtes Gewerbesteueraufkommen, Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze und einen steigenden Anteil an der Einkommensteuer. Es liegt auch bundesweit keine wissenschaftliche Studie vor, die diesen Zusammenhang belegen würde. - In Zeiten, da Unternehmen nicht mehr auf natürliche Standortbedingungen oder aber Infrastrukturfaktoren wie z.B. Bahnanschlüsse angewiesen sind, weil alle Erzeugnisse und Waren per LKW von A nach B transportiert werden können, sind nahezu alle Kommunen in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf untereinander eingetreten, in dem sie mit ihren wie auch immer organisierten Wirtschaftsförderungseinheiten in den Bereichen Flächenausweisung, Verkehrsanschließung, Ver- und Entsorgung gewaltige infrastrukturelle Vorleistungen erbringen. Aus diesem für Solingen nicht zu gewinnenden interkommunalen Gerangel sollte sich die Stadt verabschieden und stattdessen vielmehr in die sogenannten weichen Standortfaktoren investieren (Grundfrage: Warum sollte ein Unternehmen sich vorrangig in Solingen ansiedeln wollen? Meine Antwort: mir fällt nichts dazu ein!) Auch die Gründung der privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungs-GmbH, die weder dem Kommunalrecht noch der Kontrolle durch den Stadtrat unterliegt und damit weitere Möglichkeiten für ein etwaiges Unternehmen bietet, außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung und mit Hilfe der GmbH gegen die "Verwaltung" ihre Eigeninteressen durchzusetzen, hat hieran nichts geändert. - Da sich die Arbeit der GmbH mithin überwiegend mit Fragen der Bestandspflege und der Anpreisung von Flächen auf Messen beschränkt, ist nicht einsichtig, warum diese Aufgaben nicht - wie früher von fachkundigen Abteilungen der Verwaltung versehen werden sollten.</p>	>100.000	4	18	17	1	16	<p>Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung wurden bis vor Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Jahr 1999 in Abteilungen der Stadt Solingen wahrgenommen. Die Aufgabenwahrnehmung ist daher grundsätzlich unabhängig von der Verortung in einem Amt oder in einer Gesellschaft. Sie ist grundsätzlich eine freiwillige Aufgabe innerhalb einer Kommune und in Solingen bislang stets von Politik und Verwaltung aktiv befürwortet und gewollt. Die privatrechtlich organisierte Wirtschaftsförderung Solingen GmbH & Co KG, ist eine 100%ige Tochter der Stadt Solingen über die Beteiligungsgesellschaft Solingen, die wiederum 100%ige Tochter der Stadt Solingen ist. Die Wirtschaftsförderung unterliegt einer direkten Kontrolle durch den Stadtrat über den Beteiligungsausschuss sowie den Haupt- und Personalausschuss. Daher können und sollen über die Form der GmbH auch keine Eigeninteressen gegen die Verwaltung durchgesetzt werden, denn der Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung prüft und überwacht zudem die Aufgaben und Arbeitsinhalte der Wirtschaftsförderung und die o.a. städtischen Gremien beschließen vorab über die Gesellschafterbeschlüsse der Wirtschaftsförderung.</p> <p>Grundsätzlich bewegen sich die Aufgaben der Wirtschaftsförderung umfänglich in dem Kundenviereck, Wirtschaft, Verwaltung, Politik, Bürgerinnen/Bürger und umfasst ein breites Dienstleistungsangebot von der Standortentwicklung und Revitalisierung von Gewerbeflächen bis hin zur Immobilienvermittlung, dem Firmenkundenservice, der Betreuung von Bestandsunternehmen sowie dem Ansiedlungsmanagement, dem Start-Up und -Gründer/innenmanagement oder dem Bereich Arbeitsmarkt und Fachkräfte u.a. mit dem Betrieb eines eigenen Stellenportals.</p> <p>Darüber hinaus wird das Fördermittelmanagement ebenfalls von der Wirtschaftsförderung abgedeckt. Ein breites Branchen- und Netzwerkmanagement, bei dem z. Zt. die Digitalisierung und das 3D-Netzwerk im Vordergrund stehen, wird ebenfalls aktiv umgesetzt. Dazu gehört auch die Gesellschaft der Neuen Effizienz. Internationale Beziehungen sowie Nachhaltigkeitsmanagement und die Betreuung von Forschungs- und Bildungseinrichtungen runden den Bereich ab. Im Bereich Kommunikation und Marketing setzt die Wirtschaftsförderung eigene Maßnahmen um, wie die Solingen Messe vieles mehr, so auch die Wirtschaftskommunikation insbesondere auch in sozialen Netzwerken.</p> <p>Die Entwicklung neuer Gewerbestandort, in den letzten Jahren aber vor allem die Revitalisierung ehemaliger gewerblich genutzter Flächen, ist eine weitere Aufgabe der Wirtschaftsförderung Solingen. Gerade auch hier hat sie eine klare Expertise entwickelt. Gerade bei der Entwicklung von Gewerbeflächen und den damit verbundenen baulichen Aufwendungen hat das Vorhandensein einer GmbH auch umsatzsteuerliche Vorteile, da die GmbH, im Gegensatz zur Stadt Solingen, Vorsteuerabzugsberechtigt ist.</p> <p>Die Arbeit der Wirtschaftsförderung Solingen GmbH & Co. KG beschränkt sich daher nicht mehr "nur" auf eine Anpreisung von Flächen auf Messen oder überwiegend der Bestandspflege. Das waren vielleicht wesentliche Basisaufgaben der Wirtschaftsförderung als sie noch Teil der städtischen Verwaltung war. Heute stehen darüber hinaus vielfältigste Dienstleistungen und Moderationsaufgaben im Vordergrund sowie die Anforderung auf notwendige Entwicklungen flexibel und Unternehmens- sowie Standortorientiert zu reagieren. Dazu gehören Fragestellungen zur demographischen Entwicklung genauso wie das Mitdenken und strategische Entwickeln für alle den Standort Solingen tangierenden Bereiche.</p> <p>Das Aufgabenspektrum wird vom Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Solingen GmbH immer wieder den Anforderungen angepasst und durch den Aufsichtsrat jeweils bestätigt. Die der Wirtschaftsförderung zugeordneten Aufgaben sind eine gewollte Investition in den Gesamtstandort Solingen und damit zunächst einmal Aufwand in Form von Ausgaben. Dies gilt letztlich für alle von der Kommune angebotenen, kostenfreien Dienstleistungen. Allein die Tatsache, dass die Wirtschaftsförderung in einer GmbH organisiert ist, bedeutet nicht zwangsweise, dass diese unternehmerisch im Sinne einer Gewinnmaximierung agieren soll. In diesem Falle würde die Gesellschaft die Gewerbeflächen an die/den Meistbietenden verkaufen wollen (z.B. an Logistikunternehmen oder großflächigen Einzelhandel etc.), was den nachhaltigen Zielsetzungen der Wirtschaftsförderung überhaupt nicht entsprechen würde. Die von der Wirtschaftsförderung gewollt wahrgenommene Entwicklung von Gewerbeflächen und der Revitalisierung von Gewerbebrachen, ist jeweils abhängig von den Aufwendungen, kostendeckend und mit Überschüssen bzw. nichtkostendeckend, wie z. B. in der Regel bei der Reaktivierung von Brachflächen. Die Bereitstellung gerade letztgenannter Flächen sind ein nachhaltiger Ansatz und damit ebenfalls positiv für die Gesamtstandortentwicklung von Solingen - auch wenn die Einzelstandortbetrachtung nicht zu Gewinnen für die Gesellschaft führt.</p> <p>Die Wirtschaftsförderung Solingen macht daher eindeutig viel mehr, als Flächen zu verkaufen</p>	0
-----	---------------------------------------	--	----------	---	----	----	---	----	---	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

									oder Firmen zu betreuen. Wenn die Aufgaben zukünftig von fachkundigen Abteilungen der Verwaltung wahrgenommen werden sollten, müssten die einzelnen Aufgaben auf verschiedene Fachstellen verteilt bzw. diesen zugeordnet werden. Unabhängig davon, dass das heute bereits in der Gesellschaft bestehende Personal von der Stadt Solingen zu übernehmen wäre, würde auch das Zusammenwirken der erforderlichen Dienstleistungseinheiten aus einer Hand entfallen. Qualitätsverluste verbunden mit entsprechend niedrigerem Servicelevel, wie vielfältige Schnittstellen, wären die Folge.	
134	Öpvn		k. A.	3	4	0	4	-4	Auf Grund des fehlenden Erläuterungstextes ist keine Stellungnahme seitens der Verwaltung möglich	0
135	Öffentlicher Baumbestand	Möglichst erhalten	k. A.	2	4	3	1	2	Auf Grund des fehlenden eindeutigen Erläuterungstextes ist keine Stellungnahme seitens der Verwaltung möglich. Der Vorschlag wird als Kommentar zum Verwaltungsvorschlag "Abschaffung der Baumschutzsatzung" interpretiert.	0
136	Bußgeld Verschmutzung Tierkot	Die derzeitigen Bußgelder Schrecken nicht genug ab und decken nicht die Kosten der Überwachung und Beseitigung. Deshalb schlage ich vor die Mindestsätze anzupassen und auch zwingend anzuwenden (Verwarnung bringt nichts) Verschmutzung mit Tierkot - auf Gehweg und Straße von 35 auf 50€ - in Anlagen von 35 auf 50€ - Spielplätzen und Sportplätzen von 50 auf 100 €	0-10.000	7	13	12	1	11	Grundlage der dargestellten Vorschläge sind Ahndungen von Ordnungswidrigkeiten aus dem Bereich des Projektes "Saubere Stadt - immer schön sauber bleiben" (2006/2007) unter der Federführung des damaligen Ordnungsdezernenten mit Beteiligung von TBS und SD Ordnung, in welchem unter anderem zu ahndende Verstöße in Art und Höhe des Verwarnungs- bzw. Bußgeldes festgelegt wurden. Sinn und Zweck sind Verschönerungen bzw. Erhalt des Stadtbildes, Gesundheit (Tierkot in Sandkästen), Sauberkeit, Erziehung etc. Eine Änderung des Bußgeldkataloges der Stadt Solingen wäre grundsätzlich möglich, eine positive Auswirkung auf den Haushalt der Stadt Solingen hätten diese Verwarnungs- bzw. Bußgelder voraussichtlich nicht, da die Überwachung/Feststellung sehr personalintensiv und die Anzahl der einzelnen Personen beweissicher zuzuordnen festgestellten Verstöße tatsächlich gering ist.	0
137	hallenbad vogelsang	das Hallenbad Vogelsang sollte seinen Standort behalten.es ist ein guter Standort mit guter Verkehrsanbindung mit verschiedenen Buslinien in allen Richtungen. Auch sollte es keine Preiserhöhungen für MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN geben.	k. A.	2	7	7	0	7	Das ist kein Bürgervorschlag.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

138	Schwimmbad-Neubau am Standort Vogelsang!	<p>In der Sportausschusssitzung vom 02.12.2015 wurde ein Neubau anstelle einer Sanierung des Schwimmbads am Standort Vogelsang beschlossen. Anfang September kam die dafür erhoffte und notwendige Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf zur Aufnahme eines Kredits in Höhe von € 9 Mio. Zusätzlich wurde die Maßnahme „Neubau des Hallenbades Vogelsang“ hier im Bürgerhaushalt „Solingen redet mit“ zur Abstimmung eingestellt – und natürlich bekommt dieser Vorschlag große Zustimmung. Doch zur Diskussion gestellt wurde überraschend auch der Standort für das neue Bad. So wird als erste Alternative ein Standort hinter dem Müllheizkraftwerk vorgeschlagen. Eine weitere Alternative soll ein Standort am Weyersberg neben dem Klingenbad sein. Vom Standort Vogelsang wird abgeraten, weil während der Bauzeit kein Schwimmbad zur Verfügung stehen würde. Bestand diese Erkenntnis denn vorher noch nicht? Auch wenn es etwas eng wird - es existieren bereits Planungen, wie man den Schwimmbetrieb in der Übergangszeit mit vorübergehenden Auslagerungen ins Klingenbad organisieren kann. Der Reha- und Behindertensport wurde dabei ausreichend berücksichtigt. Für den Standort MHKW soll die Nähe zum Fernwärmenetz sprechen – doch das Hallenbad Vogelsang ist bereits an das Fernwärmenetz des MHKWs angeschlossen. Wo liegt also der Vorteil? Am Weyersberg müsste ein Sportplatz für das Schwimmbad weichen. Zudem besteht der Baugrund aus Fels, was eine Bebauung schwierig und teuer macht. Für beide Standorte müsste erst die optimale Erreichbarkeit erschlossen werden. Das würde aber die Kosten für den Neubau in die Höhe treiben – für das Schwimmbad selbst würde dann weniger Geld zur Verfügung stehen. Die von der UN festgelegte behindertengerechte Ausstattung würde dadurch eingeschränkt, ebenso wie das gesamte Angebot. Die optimale Anbindung an den ÖPNV, wie sie am Vogelsang mit einer O-Buslinie und zwei Dieselbuslinien gegeben ist, wäre aber nie zu erreichen. Grüne und FDP haben mittlerweile ein klares Statement zum Standort Vogelsang abgegeben. Die BI „Solingen gehört uns!“ erwartet so viel Vernunft, dass sich auch alle anderen Entscheidungsträger wieder zu dieser Standort-Entscheidung positionieren werden.</p>	0-10.000	2	10	9	1	8	Das ist kein Bürgervorschlag.	0
-----	--	---	----------	---	----	---	---	---	-------------------------------	---

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

139	Fallschutzbelag an öffentlichen Spielplätzen/Gebäuden	Seit ein paar Jahren schreibt die Stadt Solingen als Fallschutzbelag unter Spielgeräten zertifizierte rot gefärbte Hackschnitzel aus. Diese sind deutlich (ca1/3) teurer als ungefärbte zertifizierte Hackschnitzel. Bei der Funktionsfähigkeit des roten und des naturbelassenen Fallschutzbelags besteht kein Unterschied. Der einzige Unterschied ist die Färbung und damit verbunden die erhöhten Kosten.	10.000 - 50.000	1	10	8	2	6	Es ist richtig, dass als Fallschutzbelag unter Spielgeräten zertifizierte rot gefärbte Hackschnitzel ausgeschrieben werden. Diese sind teurer als ungefärbte Hackschnitzel und unterscheiden sich in ihrer eigentlichen Fallschutzeigenschaft nicht. Die rote Einfärbung hat aus fachlichen Sicht jedoch einige entscheidende Vorteile, die nachfolgend dargestellt werden: die Farbe markiert klar und deutlich den vorhandenen Fallschutzbereich und hat damit eine Funktion. Dies wird von den Kindern und Jugendlichen deutlich als Fallschutzraum begriffen, ein Durchlaufen wird damit verhindert. Insbesondere im Bereich von Schaukeln ist zu beobachten, dass die Kinder, die nicht schaukeln, außerhalb des rot gefärbten Bereiches warten und in der Regel nicht in den Schwenkbereich der Schaukel laufen. Die klar erkennbare rote Farbe sorgt dafür, dass die Fallschutzflächen sich deutlich von den anderen Flächen, wie insbesondere Beetflächen unterscheiden. Immer wieder kommt es auf Spielplätzen zu der Situation, dass Hunde, ob angeleint -wie es sein sollte- oder nicht, ihr "Geschäft" verrichten wollen. Hier erfolgt durch die klare Erkennbarkeit des Bereiches dann eher eine Ansprache der Mitarbeiter und der Spielplatznutzer. Ein wesentlicher Aspekt ist die gestalterische Wahrnehmung der roten Flächen in einer überwiegend grünen Umgebung. Zudem sollen Spielflächen in einer für Kinder geeigneten Weise räumlich gegliedert werden, was mit eingefärbtem Material leichter möglich ist, als mit naturbelassenen Hackschnitzeln. Eine Annahme des Spielplatzes und seiner Element erfolgt auch über das Auge des Betrachters. Die Gestaltung kann von Kindern und Erwachsenen erlebt und in das Spiel mit einbezogen werden. Bei Förderanträgen ist neben der Funktionalität insbesondere die Gestaltung der Plätze für eine positive Förderentscheidung ausschlaggebend. Beispielhaft wird hier die Spiel- und Bewegungsachse am Nordbahnhof und der Spielplatz an der Hochstraße am neuen Galileum genannt. Der Eindruck und der durch die Einfärbung einladende Charakter der Flächen würde sich aus fachlicher Sicht negativ verändern, wenn ungefärbte Hackschnitzel verwendet werden bzw. verwendet würden. Am Beispielbild Nordbahnhof wird deutlich, wie sich der Fallschutzbereich als Farbtupferl positiv auswirkt. Aus rein wirtschaftlicher Sicht wäre unter Zugrundelegung des Jahresverbrauchs 2016 eine Einsparung von ca. 4.200 € möglich	4.200
140	Zukünftig lieber das Geld für Rödl & Partner und ähnliche Berater sparen!	Wenn Solingen sparen muss, dann bitte erst mal bei den sogenannten Beratern! Die Kommentare zeigen doch, dass sich viele BürgerInnen auch ihre Gedanken machen und deren Vorschläge sind kostenlos (na ja, bis auf die Kosten für dieses Portal natürlich).	k. A.	0	18	17	1	16	Der Bürgervorschlag ist bereits vorhanden.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

141	Sinnvolle Straßenreinigung	<p>Beispiel: Donnerstags wird im Bereich Worringerstraße, Neustraße, Köcherstraße etc. die Straßenreinigung durchgeführt. In der Praxis sieht das so aus, dass dort viele Fahrzeuge parken und die Kehrmaschine an vielen Stellen nicht an den Bordsteinrand kommt, also der Reinigungsvorgang nicht so gut verläuft wie es theoretisch machbar wäre. Viel Aufwand für ein schlechtes Arbeitsergebnis. Dies sieht in vielen anderen Bereichen der Klingengstadt Solingen ähnlich aus. Vorschlag 1: Einführung von Halteverbotszonen für den Zeitraum der Reinigung (wechselweise rechte bzw. linke Straßenseite) und damit eine gute Straßenreinigung. Das funktioniert übrigens in vielen Städten und Gemeinden. Vorschlag 2: In den Bereichen der Klingengstadt Solingen, in denen die Straßenreinigung nachweislich nicht effektiv ist, wird die Durchführung durch die Klingengstadt Solingen abgeschafft. Die Anwohnern bzw. Eigentümer müssen jetzt die Straßenreinigung in Eigenverantwortung durchführen. Hier bleibt es jedem selbst überlassen ob er das in Eigenregie übernimmt oder als Auftrag an einen Unternehmer weiterleitet. Die Stadtverwaltung gestaltet die Vorgaben und überprüft deren Einhaltung durch das Ordnungsamt. Das funktioniert übrigens in vielen Gemeinden. Positiver Nebeneffekt ist neben der besseren Straßenreinigung auch die zu erwartende Auftragsvergabe an Kleinunternehmen durch die Eigentümer und die damit sicherlich auch neue Arbeitsplätze und steigende Steuereinnahmen</p>	k. A.	1	4	2	2	0	<p>Vorschlag 1: Einführung von Halteverbotszonen Hierzu ist anzumerken, dass die Straßenreinigung im Rahmen des technisch machbaren durchgeführt wird. Die parkenden Fahrzeuge hindern nicht generell die Reinigung der Fahrbahn, lediglich die von parkenden Fahrzeugen besetzte Fläche wird nicht gereinigt, der größere Teil der Fahrbahn wird aber gereinigt. Die Fahrzeuge parken in der Regel auch nicht immer an den gleichen Stellen, so dass hierdurch die Ränder erreicht werden. Die Straßenreinigung hat zusätzlich zur maschinellen Reinigung eine Zusatzkolonne eingerichtet, der die eingesetzten Fahrer der Kehrmaschinen Problembe- reiche melden können, die dann von diesen Kolonnen durch Handreinigung gereinigt werden. Selbstverständlich könnte eine Straßenreinigung in tatsächlicher Hinsicht besser funktionieren, wenn Hindernisse in Form von parkenden Fahrzeugen nicht bestünden. Die Einrichtung solcher zeitlich begrenzten Haltverbotszonen wurde auch in der Vergangenheit oft ange- regt. Die TBS sehen diese Einrichtung aber als problematisch an, da es in vielen Anlieger- straßen für die Anlieger fast unmögliche ist, ihre Fahrzeuge woanders zu parken. In den In- nenstadtbereichen ist dies ebenfalls problematisch, da es dort viele Anwohnerparkplätze gibt, die eingeschränkt würden wie auch die Kurzzeitparkplätze für den Einkauf. Dies wurde in der Vergangenheit auch von den zuständigen verkehrslenkenden Stellen in Solingen (Straßen- verkehrsbehörde, Polizei) so gesehen und als nicht durchführbar eingestuft. Sofern Haltever- botszonen für die Reinigung eingeführt würden, muss die Einhaltung auch überprüft werden, so dass hierfür Personal benötigt wird. Vorschlag 2: Übertragung der Reinigung auf die an- grenzenden Eigentümer Bei einer Übertragung der Reinigungspflichten auf die Anlieger muss grundsätzlich geprüft werden, ob dies zumutbar ist. Die Zumutbarkeit wurde schon oft ge- richtlich überprüft. Hieraus ergibt sich, dass es zumutbar ist, die Reinigung von Geh- und Radwegen, Parkbuchten, Radwegen, reinen Anliegerstraßen und verkehrsberuhigten Berei- chen auf die Anlieger zu übertragen. Die Reinigung der Gehwege ist in Solingen auf die An- lieger übertragen. Sofern die Reinigung der Fahrbahnen auf die Anlieger übertragen wird, be- trifft dies auch den Winterdienst. Die Worringer Straße ist keine Anliegerstraße, da sie wei- tere Straßen erschließt. In der Neustraße gibt es eine Zu- und Abfahrt zu einem Einkaufs- zentrum. Eine Übertragung der Reinigung wäre bei diesen Straßen nicht zumutbar. In Bezug auf die im Beispiel aufgeführten Straßen könnte hier nur die Köcherstraße übertragen wer- den. Dabei wäre zu bedenken, dass alle Fahrbahnen, in denen eine Reinigung technisch möglich ist, von den TBS gereinigt werden. Hierfür werden von den Anliegern Gebühren er- hoben. Eine Übertragung der Reinigung führt somit zu keiner Entlastung des Haushaltes. Wenn die Reinigung auf die Anlieger übertragen wird, ist die Stadt aber verpflichtet, die Ein- haltung der Reinigung durch die Ordnungsbehörden zu überwachen. Das hierzu benötigte zusätzliche Personal bei den Ordnungsbehörden führt zu einer Mehrbelastung des Haushal- tes, welche aber gebührenrechtlich nicht abgerechnet werden kann.</p>	0
142	EXPO-Real	<p>Wie zu lesen war, war dieses Jahr der Stand auf der inter- nationalen Immobilienmesse in München doppelt so groß wie in den Vorjahren. Ziel ist es, internationale Investoren in die Region zu locken. Und wie auch zu lesen war, ist eine hochrangige Delegation aus mehreren Stadtvertre- tern zusätzlich zum Standpersonal für ein Tag vor Ort ge- wesen, um sich dort mit einem NRW-Minister zu treffen. Auch wenn dieser Stand ein Gemeinschaftsstand der drei bergischen Städte ist und wahrscheinlich über die Bergi- sche Gesellschaft GmbH abgerechnet wird, sind es Steu- ergelder, die letztendlich über Stadt fließen. Und sehr wahrscheinlich sind diese Kosten nicht unerheblich. Da ich selbst dort schon als Besucher bei einem ausstellen- den Kunden war, kenne ich die Kosten und den Aufwand im Vorfeld, was letztendlich auch Arbeitszeit/Geld kostet. Und ich kenne kein nennenswertes Ergebnis aus den letz- ten 10 Jahren Messeteilnahme. Mein Vorschlag ist, diese Messe nicht mehr zu besuchen. Die bisher benötigten Messe-Ressourcen sollten auf eine echte Wirtschaftsför- derung vor Ort und Direktansprache von regionalen Inves- toren angesetzt werden. Die fernen Investoren von OLBO und Clemens-Galerien machen es gerade vor, wie sich ein fehlender Lokalbezug auswirkt.</p>	> 100.000	0	7	5	2	3	<p>Diese Messe ist eine wichtige Projektanbahnungs-Messe und ein Ort für die gezielte Akquise von Projektentwicklern, Investoren, Betreibern u.v.m. "rund um das Thema Immobilien". In diesem Jahr stand das Omega-Quartier im Fokus der Messe. Es wurden zahlreiche Gesprä- che, geführt die bereits Vor-Ort in Solingen ihre Fortführung gefunden haben und noch wer- den. Auf dieser Messe werden allerdings keine Verträge abgeschlossen, weshalb in der öffentli- chen Wahrnehmung durchaus der Eindruck entstehen kann, dass durch die Messe keine nennenswerten Ergebnisse erzielt werden. So sind aber in den vergangenen Jahren nach- weislich doch vielfältige Projekte während der Messe initiiert und/oder akquiriert bzw. ent- scheidend vorgebracht worden (z.B. Hofgarten, Firmenansiedlungen, Altenheim auf der Schützenstrasse (Paul Breitner als Investor)).</p>	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

143	Faire Besteuerung für alle Tiere	Hallo, mein Vorschlag ist alle Tiere zu besteuern über die Hunde hinaus. Warum soll nur für Hunde gezahlt werden wenn das Geld für alles mögliche verwendet wird. Katzen, Pferde usw. a 150€ Jahresbeitrag wäre eine hübsche Summe. Natürlich wäre es ebenfalls gerecht die Hundesteuer abzuschaffen, dies würde jedoch ein zusätzliches Loch in die Haushaltskasse schaffen. MfG Ein Hundebesitzer	> 100.000	4	6	2	4	-2	Auf die Ausführungen zum Bürgervorschlag Einführen einer Katzensteuer wird verwiesen. Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.	0
144	frei	den alten Kader aus dem Rathaus (nicht nur den Bürgermeister) raus und neue Bürgerfreundliche Leute ersetzen	> 100.000	0	0	0	0	0	Der Vorschlag ist personalrechtlich nicht umsetzbar.	0
145	Gewerbsteuer erhöhen auf 490 Hebesatzpunkte	Eine schrittweise Anhebung der Gewerbsteuer von 475 auf das Niveau unserer vergleichbaren Nachbarstädte Wuppertal und Remscheid mit 490 Hebesatzpunkten ist angemessen und möglich! Der trotz einer leichten Erhöhung des Hebesatzes im Jahr 2015 erfreulicherweise auf ca. 86 Millionen gestiegene Gewerbesteuerertrag im Jahr 2015 beweist entgegen allen Unkenrufen: die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes führt nicht automatisch zur Steuerflucht und Senkung der Einnahmen. Wenn naheliegende Städte im Umkreis ihre Gewerbesteuern aus Konkurrenzgründen senken, muss dies kritisch kommentiert werden - zugleich ist deren Finanzierung nicht mit kreisfreien Städten wie Solingen vergleichbar. Wir schlagen wir vor, den Hebesatz schrittweise zu erhöhen: Im Jahr 2017 auf 485 und 2018 auf 490 (die Einnahmepotentiale bei einer Anhebung um 25 Punkte auf 500 beziffert die Stadt auf 4,3 Mio. € pro Jahr, eine Erhöhung um nur 15 Punkte auf 490 brächte dann vielleicht 3 bis 3,5 Mio. mehr ein). Und warum sollen die Unternehmen nicht auch ihren Anteil an der Stabilisierung des Haushaltes leisten, statt alles nur auf den kleinen Mann abzuwälzen???? Kleine Gewerbebetriebe wie Einzelunternehmen und Personengesellschaften - zum Beispiel der Handwerksbäcker im eigenen Betrieb - sind davon nur wenig betroffen, da diese Steuer in der Regel zum größten Teil wieder auf die Einkommensteuer angerechnet wird. Kapitalgesellschaften, die durch die Gewerbsteuer belastet werden, wurden 2009 durch die Senkung der Körperschaftsteuer deutlich entlastet.	> 100.000	0	1	1	0	1	Dieser Vorschlag wurde bereits von Solingen Aktiv in der Sitzung des Finanzausschusses am 15.02.16 eingebracht und politisch abgelehnt.	0
146	Höherer Konsolidierungsbeitrag der Stadtsparkasse	Wie schon in den letzten Jahr beantragen wir grundsätzlich, dass ca. 50 Prozent der Erträge der Stadtsparkasse an die Stadt abgeführt werden. Die Sparkasse Solingen erwirtschaftet derzeit Erträge von gut 4 Mio. € jährlich. Daher beantragen wir eine Erhöhung auf 2.000.000 € pro Jahr für die Jahre 2017 folgende.	> 100.000	0	1	1	0	1	Dieser Vorschlag wurde bereits von Solingen Aktiv in der Sitzung des Finanzausschusses am 15.02.16 eingebracht und politisch abgelehnt.	0
147	Übernahme von 100 Prozent aller Ausgaben für Flüchtlinge durch Bund und Land	Ausgaben für Flüchtlinge für Aufnahme und Integration sind bundespolitische Aufgaben, keine kommunalen. Die Stadt hat zudem keinen Einfluss auf die Zahl der Zugewiesenen und der gesetzlich festgelegten Maßnahmen. Dadurch entstehen ihr anteilige Kosten von ca. 40 %.		0	1	1	0	1	Dieser Vorschlag wurde bereits von Solingen Aktiv in der Sitzung des Finanzausschusses am 15.02.16 eingebracht und politisch abgelehnt.	0
148	Für einen radikalen kommunalen Schuldenschnitt auf Kosten von Banken und Sparkassen!	Bei Gesamtschulden von knapp 1 Mrd. € kann sich die Stadt Solingen niemals aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle befreien. Verstärkt noch ab dem Jahr 2020, wenn für das Land die Schuldenbremse greift - was auf die Kommunen abgewälzt werden wird. Nur ein Schuldenschnitt (z.B. auch durch einen von Kämmerer Weeke gefordertern "Altschuldenfond") kann der Stadt wieder Luft zum atmen geben - niemals aber ein noch so strammer "Sparhaushalt" auf Kosten der Bürger!	> 100.000	0	1	1	0	1	Dieser Vorschlag wurde bereits von Solingen Aktiv in der Sitzung des Finanzausschusses am 15.02.16 eingebracht und politisch abgelehnt.	0

Bürgerbeteiligte Haushaltssicherung 2016 - Auswertung der Bürgervorschläge

149	Wiederherstellung der Parkanlage Dickenbusch		k.A.	0	1	1	0	1	Die Wiederherstellung der Grünanlage Dickenbusch kann erfolgen, wenn die dafür nötigen Gelder wieder im Haushalt eingestellt werden. 2010 hat der Rat Sparmaßnahmen in der Grünflächenunterhaltung beschlossen, in denen auch die Einstellung der Pflege der Grünanlage Dickenbusch enthalten war. Seitdem sind ausschließlich Finanzmittel im Budget, um einen Mindeststandard in Bezug auf die Verkehrssicherung und den Erhalt der Wegeverbindung Kölner Straße - Katternberger Straße zu gewährleisten. Der Zustand der Grünfläche Dickenbusch war seither schon mehrfach Gegenstand der Beratung in Sitzungen der Bezirksvertretung (BV) Mitte und des Umweltausschusses (ASUKM). Es wurde u.a. auch nach Patenschaften gesucht. Leider haben sich keine Paten (Vereine oder einzelne Bürger/Anwohner) gefunden, die zu einem dauerhaften Engagement bereit waren. Die Bezirksvertretung hat im April 2016 einen Beschluss auf den Weg gebracht, der zum Ziel hat, den "Sparabschluss" von 2010 aufzuheben und die Grünanlage wieder zu pflegen (vgl. Vorlage Drs.-Nr. 968, hier Anlage 2).	0
150	Kooperationen mit Nachbarstädten	Durch den Ausbau der Kooperationen mit den Nachbarstädten sollten weitere Sparpotentiale ermittelt werden. Dabei sollte bedacht werden, dass Solingen eine eher kleine Großstadt ist und es auch ausreichen kann, wenn bestimmte, von den einzelnen Bürgern seltener genutzte Institutionen (z.B. im Kulturbereich, Theatervorführungen etc.) nur außerhalb vorhanden sind.	k. A.	0	0	0	0	0	Seit vielen Jahren gibt es die Arbeitsgruppe zur interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Städten Wuppertal, Remscheid und Solingen. Dieser „Bergischen Steuerungsgruppe“ gehören die drei Stadtkämmerer, die drei persönlichen Referenten der Oberbürgermeister und themenabhängige Spezialisten an. Durch systematische Betrachtung der hoheitlichen Aufgaben der Städte identifiziert die Arbeitsgruppe Aufgabengebiete, die aus ihrer Sicht Hinweise auf potentielle Kooperationen ergeben und beauftragt die Organisationsabteilungen der Städte, gemeinsam zu prüfen. Ergebnisse dieser interkommunalen Zusammenarbeit sind beispielsweise der Zweckverband der Bergischen Volkshochschule, die gemeinsame Feuerwehrleitstelle von Wuppertal und Solingen, die gemeinsame Versorgungsverwaltung und das „Bergische Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsinstitut“. Aktuell werden weitere Kooperationsmöglichkeiten natürlich auch unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit geprüft. Für die Prüfung weiterer Kooperationsmöglichkeiten werden bereits vorhandene Personalkapazitäten in den Organisationsabteilungen und aus den jeweiligen Fachgebieten der drei Städte gebunden.	0
151	Kooperationen mit Nachbarstädten	Durch den Ausbau der Kooperationen mit den Nachbarstädten sollten weitere Sparpotentiale ermittelt werden. Dabei sollte bedacht werden, dass Solingen eine eher kleine Großstadt ist und es auch ausreichen kann, wenn bestimmte, von den einzelnen Bürgern seltener genutzte Institutionen (z.B. im Kulturbereich, Theatervorführungen etc.) nur außerhalb vorhanden sind.	k. A.	0	0	0	0	0	Der Bürgervorschlag ist bereits vorhanden.	0
152	Kooperationen mit Nachbarstädten	Durch den Ausbau der Kooperationen mit den Nachbarstädten sollten weitere Sparpotentiale ermittelt werden. Dabei sollte bedacht werden, dass Solingen eine eher kleine Großstadt ist und es auch ausreichen kann, wenn bestimmte, von den einzelnen Bürgern seltener genutzte Institutionen (z.B. im Kulturbereich, Theatervorführungen etc.) nur außerhalb vorhanden sind.	k. A.	0	0	0	0	0	Der Bürgervorschlag ist bereits vorhanden	0